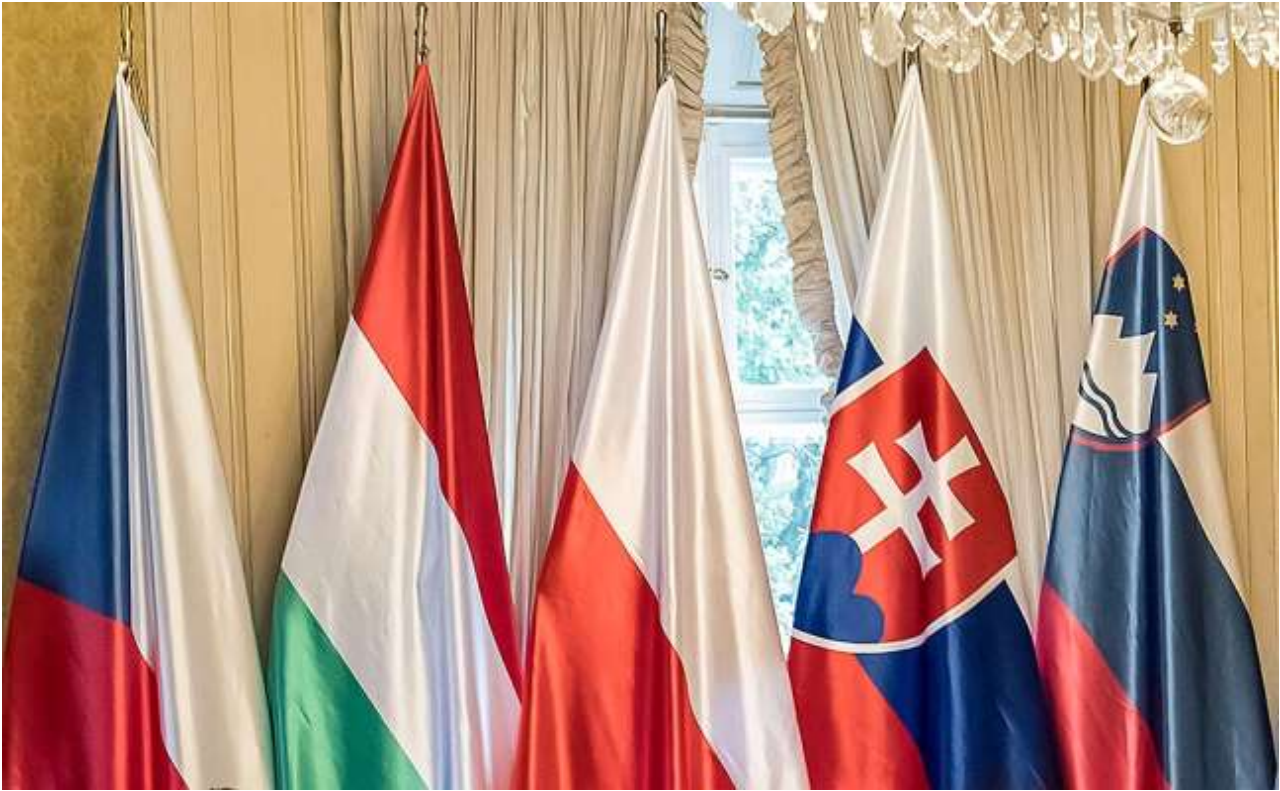


01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 02. bis 08. August 2021

09. 08. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Einem Artikel der Zeitschrift *Növekedés* vom 30. Juli zufolge wird in Ungarn eine private Söldnerfirma mit Kapital aus Dubai gegründet. Der Gründer dieses Unternehmens, das in den Emiraten registriert sein wird, Richárd Bagjos, selbst ein ehemaliger ungarischer Offizier, der auf militärische Angelegenheiten spezialisiert ist, erklärt, dass er „Sprengstoffexperten, Computerspezialisten, Sanitäter und sogar Radarbediener und Dolmetscher, nicht nur bewaffnete Wachen“ sucht. Er hofft, bis zu 20.000 Soldaten aus mehreren Ländern rekrutieren zu können. Diese könnten dann überall auf der Welt eingesetzt werden, auch in Afghanistan, Iran und Irak.
- Am 13. Juli hat die ungarische Nationale Infrastrukturdirektion eine Ausschreibung für den Ausbau der Autobahn M2 zwischen Vác (50 km nördlich von Budapest) und der slowakischen Grenze veröffentlicht.
- Der amerikanische Moderator Tucker Carlson vom amerikanischen Sender Fox News kündigte am Dienstag, den 3. August, an, dass seine Sendungen Tucker Carlson Tonight und Tucker Carlson Originals diese Woche aus Budapest gesendet werden. Der amerikanische Journalist nutzte die Gelegenheit, um sich mit Ministerpräsident Viktor Orbán zu treffen... ein Treffen, das den Zorn der Liberalen auf der anderen Seite des Atlantiks erregte, von denen einer so weit ging zu erklären, dass „Orbán's Ungarn die einzige Achsenmacht ist, die mit den Nazis gekämpft hat, die derzeit als neofaschistischer Staat regiert wird, der im Nationalismus von Blut und Boden verwurzelt ist“ ...
- Das indische Pharmaunternehmen Bharat Biotech, das den Anti-Covid-Impfstoff Covaxin herstellt, gab am Donnerstag, den 5. August, auf seinem Twitter-Account

bekannt, dass der Impfstoff vom Ungarischen Nationalen Institut für Pharmazie (Országos Gyógyszerészeti Intézet) ein Zertifikat für „gute Praxis“ erhalten hat. Die ungarischen Gesundheitsbehörden haben sich zu diesem Thema nicht geäußert, was darauf schließen lässt, dass Covaxin in Ungarn wahrscheinlich nicht zugelassen wird.

- József Szájer, ehemaliger Vorsitzender der Fidesz-Delegation im Europäischen Parlament, der am 29. November 2020 von seinem Amt zurücktrat, nachdem er an einer gegen die Covid-Restriktionen verstoßenden Party in Brüssel teilgenommen hatte, gab am Freitag, den 6. August, seinen Rücktritt bekannt: „Mein Anwalt in Belgien teilte mir heute mit, dass [...] mein Fall vom 27. November 2020 bezüglich des Verstoßes gegen das Versammlungsverbot und des Drogenbesitzes von den Behörden untersucht und ohne rechtliche Konsequenzen abgeschlossen wurde, kein förmliches Verfahren eingeleitet wurde und kein Antrag auf Aufhebung der Immunität gestellt wurde. Ich wurde mit einer Geldstrafe von 250 Euro belegt, weil ich gegen die [Covid-] Beschränkungen verstoßen hatte.“
- Da die EU-Gelder für das ungarische Konjunkturprogramm derzeit von Brüssel blockiert werden, hat die ungarische Regierung am Donnerstag, den 5. August, beschlossen, die betreffenden Projekte vorzufinanzieren, damit sie dennoch ohne Verzögerung beginnen können.

Polen

- Am 31. Juli nahm der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und voraussichtliche künftige Bundeskanzler Armin Laschet an den Feierlichkeiten zum 77. Jahrestag des Warschauer Aufstands teil.
- Ebenfalls am 31. Juli organisierten die Clubs der *Gazeta Polska* in Warschau eine Demonstration vor dem polnischen Verfassungsgericht, um diese polnische Institution in ihrem Widerstand gegen den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zu unterstützen.
- Unter indirekter Bezugnahme auf diese Spannungen zwischen Polen und der Europäischen Union erinnerte der slowenische Ministerpräsident Janez Janša am Donnerstag, den 5. August, die PAP daran, dass die EU nicht das Recht hat, einem Mitgliedstaat ihre Ansichten aufzuzwingen.
- Kristina Timanovskaya, eine Athletin, die an den Olympischen Spielen in Tokio teilnahm und die von den belarussischen Behörden nach einem Streit mit ihren Trainern nach Minsk zurückgeschickt werden sollte und die am Flughafen von Tokio die japanische Polizei um Hilfe gebeten hatte, erhielt mit einem humanitären Visum Asyl in Polen, wo sie am 4. August nach einem kurzen Zwischenstopp in Wien eintraf. Ihr Ehemann, der Weißrussland überstürzt in Richtung Ukraine verließ, nachdem er von den Schwierigkeiten seiner Frau erfahren hatte, ging ebenfalls nach Polen und erhielt dort Asyl. Der stellvertretende polnische Außenminister Marcin Przydacz sagte zu diesem neuen Fall, in den Weißrussland – Polens Nachbarland – verwickelt ist: „Kristina Timanovskaya ist sicher in Warschau gelandet. Sie möchte den beteiligten diplomatischen und konsularischen Diensten für die Planung und Durchführung ihrer Reise danken. Polen zeigt einmal mehr seine Solidarität und Unterstützung.“
- Am Samstag, den 31. Juli, besuchte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und voraussichtliche künftige deutsche Bundeskanzler Armin Laschet Warschau, um der zivilen Opfer des Warschauer Aufstands zu gedenken. Während seines Besuchs traf Laschet auch mit Staatspräsident Andrzej Duda und Premierminister Mateusz Morawiecki zusammen und gab der Tageszeitung *Rzeczpospolita* ein Interview, in dem er ein erneutes Aufgreifen der Reparationsfrage durch Deutschland ausschloss: „Deutschland ist sich seiner historischen Verantwortung bewusst, [aber] die

Reparationsfrage ist in gegenseitigem Einvernehmen endgültig geregelt worden. Die ständige politische Instrumentalisierung dieser Themen ist nicht hilfreich. Außerdem reicht es meines Erachtens nicht aus, sich auf den Wiederaufbau des Sächsischen Schlosses zu konzentrieren...“, während er für die europäischen Institutionen in ihrem Tauziehen gegen die polnische Souveränität Partei ergreift: „Eine große Errungenschaft der Europäischen Union ist die Rechtsgemeinschaft, in der sich die Mitgliedstaaten verpflichten, das gemeinsame europäische Recht zu achten. Die Achtung des gemeinsamen europäischen Rechts ist das Fundament eines geeinten Kontinents [...] Daher ist es meiner Ansicht nach angebracht, dass Europa alle in den Verträgen vorgesehenen rechtlichen Maßnahmen ergreift, um die Einhaltung des europäischen Rechts überall zu gewährleisten.“

- Die Fackel brennt wieder einmal zwischen den Partnern der polnischen Regierungskoalition. Am Mittwoch, den 4. August, gab Regierungssprecher Piotr Müller bekannt, dass Premierminister Mateusz Morawiecki beschlossen habe, die Unterstaatssekretärin im Ministerium für regionale Entwicklung und Tourismus, Anna Kornecka (Porozumienie), zu entlassen, weil „das Arbeitstempo bei Schlüsselprojekten der polnischen Neuordnung definitiv unbefriedigend ist [...] Die Umsetzung dieser beiden Gesetze ist wirklich im Verzug, daher können wir solche Maßnahmen nicht akzeptieren“. Kornecka ihrerseits betont: „Das Wichtigste ist, dass wir die Steuern nicht in der schwierigsten wirtschaftlichen Phase unseres Landes erhöhen. Deshalb protestieren wir und kündigen an, dass wir solche Lösungen in dieser Form nicht unterstützen werden“ und erwähnen sogar die Möglichkeit, dass Porozumienie die Koalition der Vereinigten Rechten verlässt: „Wenn die Situation es erfordert und wir dieses Projekt stoppen müssen, gerade weil wir gegen Steuererhöhungen protestieren, wird das wahrscheinlich das Ende unserer Beteiligung an der Vereinigten Rechten sein“.
- Ein 24-jähriger Pole, Bartosz Horobowski, muss sich vor Gericht verantworten, weil er eine Kirche mit einer Mütze betreten hat. Es war am 25. Dezember 2016 im Wallfahrtsort Maria Śnieżna im Süden des Landes. Gemeindemitglieder, die sich über die Blasphemie beleidigt fühlten, hatten in der Tat Anzeige wegen „Beleidigung religiöser Gefühle“ erstattet, ein Vergehen, das mit zwei Jahren Gefängnis geahndet wird. Dabei kam es zu einer Schlägerei mit dem Priester, bei der ein Tablett mit Hostien umgeworfen und die Hostien zertreten wurden. „Derjenige, der den Priester schlug, wusste, dass er das Tablett [der Hostien] in der Hand hielt und es fallen lassen würde. Das hat meine religiösen Gefühle verletzt“, sagte eines der an diesem Tag anwesenden Gemeindemitglieder.
- Der polnische Botschafter in Israel, Marek Magierowski, reagierte scharf auf die Verwendung des Begriffs „polnische Ghettos“ durch die Deutsche Welle für die Ghettos, die von den Deutschen im besetzten Polen während des Zweiten Weltkriegs errichtet wurden: „Polnische Ghettos? Sie sollten diesen Tweet nicht nur löschen, sondern sich auch entschuldigen. Dies ist einfach ein Fall von Holocaust-Leugnung“, sagte er auf Twitter.
- Im Anschluss an das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 15. Juli, in dem es heißt, dass „aufgrund des allgemeinen Kontextes der Reformen, denen die polnische Justiz in letzter Zeit unterworfen wurde und die Teil der Einrichtung der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs sind, und aufgrund aller Umstände, die mit der Einrichtung dieser neuen Kammer verbunden sind, diese Kammer die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit nicht in vollem Umfang gewährleistet und insbesondere nicht vor der direkten oder indirekten Einflussnahme der polnischen Legislativ- und Exekutivbehörden geschützt ist“, beschloss die Erste Präsidentin des Obersten Gerichtshofs, Małgorzata Manowska, am Donnerstag, den 5. August, die

- vorübergehende Aussetzung der Tätigkeit der genannten Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs.
- Der Vorsitzende der Bewegung Konfederacja (Liberal-Konservativ), Krzysztof Bosak, hat am Donnerstag, den 5. August, seine Besorgnis über die Steuererhöhungen zum Ausdruck gebracht, die mit der Umsetzung der von der PiS angestrebten Neuen Polnischen Ordnung auf die Kleinunternehmer zukommen werden, und einen dramatischen Anstieg des Verwaltungsaufwands für die betroffenen Unternehmen angeprangert.
 - Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak kündigte am 28. Juli in Gdynia (Gdingen) an, dass die polnische Marine drei neue Mehrzweckfregatten des Typs Miecznik kaufen wird – eine Investition von 10 Milliarden Zloty (2,2 Milliarden Euro). „Dieser Vertrag [...] wird die Fähigkeiten der Marine und die Zusammenarbeit mit der polnischen Industrie stärken. All dies geschieht für die Sicherheit unseres Landes“, erklärte er auf Twitter.
 - Die englischsprachige Nachrichten-Website *Remix* berichtete am Donnerstag, den 5. August, dass sich der polnische und der französische Präsident, Andrzej Duda und Emmanuel Macron, vor einigen Tagen am Rande der Olympischen Spiele in Tokio getroffen haben, um „das deutsch-amerikanische Abkommen über Nord Stream 2“ zu besprechen. Hingegen ging es „nach Informationen von *Dziennik Gazeta Prawna* bei den Gesprächen um eine Neuordnung der polnisch-französischen Beziehungen“.
 - Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro sagte in einem am Donnerstag, den 5. August, in der Tageszeitung *Rzeczpospolita* veröffentlichten Interview, dass „die EU-Organe mit zweierlei Maß messen“, was er als „koloniale Mentalität“ bezeichnete und den vom Europaabgeordneten Jacek Saryusz-Wolski geprägten Begriff „Eurorassismus“ verwendete. Nach Ansicht von Zbigniew Ziobro „sollte Polen in keinem Bereich rechtswidrige Urteile respektieren, [weil] deren Akzeptanz im Falle von Gerichten ein Anreiz sein wird, im Bereich wichtiger wirtschaftlicher Interessen ebenso zu handeln wie in ideologischen Fragen, etwa bei der Einführung von LGBT-Propaganda in Schulen [...] Zugeständnisse an die EU führen zu einer Eskalation der Forderungen an Polen [...] es gibt bereits Anzeichen dafür, dass dieser Mechanismus eine Quelle der Erpressung gegen uns sein kann [...]. Wenn wir heute das rechtswidrige Diktat des EuGH in Fällen akzeptieren, in denen der Gerichtshof kein Recht hat, einzugreifen, wird der EuGH morgen ein Urteil fällen, das beispielsweise Polen dazu zwingt, gleichgeschlechtliche Ehen und die Adoption von Kindern durch solche Paare einzuführen [...] Der Aggression der EU muss entschieden entgegengetreten werden [...] Die Bestrebungen Brüssels und der größten europäischen Länder bestehen darin, einen gemeinsamen Bundesstaat zu schaffen und kulturelle Unterschiede zu verwischen. Aus diesem Grund werden ‚Flüchtlinge‘ eingeführt und die LGBT-Ideologie gefördert. Zwei Länder stehen dem im Weg: Polen und Ungarn“; auf eine konkrete Frage von Journalisten fügte er hinzu, dass Polen Mitglied der Europäischen Union bleiben sollte, „aber nicht um jeden Preis“.
 - Erzbischof Stanisław Gądecki von Poznań (Posen) und Vorsitzender der polnischen Bischofskonferenz kritisierte am Donnerstag, den 5. August, die Haltung der Regierung gegenüber der Kirche während des aktuellen Ausbruchs des Coronavirus: „Der Staat hat einseitig alle Arten von Versammlungen ausgesetzt, so dass Messen und Gottesdienste für die Gläubigen größtenteils unzugänglich waren. So etwas hat es in der zweitausendjährigen Geschichte der Kirche noch nicht gegeben. Auch während Kriegen, Bombenangriffen oder während der Pest, von der die Bevölkerung unseres Landes oft betroffen war, ist dies nicht geschehen. So wurden Handlungen vorgenommen, die bis dahin nach dem Kirchenrecht nur der kirchlichen Autorität und nur aus schwerwiegenden Gründen gestattet waren.“

- In Katowice (Kattowitz) haben am Samstag Tausende von Menschen mit einem „Großen Freiheitsmarsch“ gegen die freiheitsfeindlichen Maßnahmen der polnischen Regierung protestiert.

Slowakei

- Die Impflotterie, ein vom slowakischen Nationalrat (Parlament) Anfang Juli gebilligter Anreiz zur Impfung, begann am 1. August. Die erste Ziehung für den großen Preis – 100.000 € – findet am 15. August statt. Danach finden die Ziehungen bis Ende Oktober jede Woche statt. An dem Wettbewerb können Personen teilnehmen, die ihren ständigen Wohnsitz in der Slowakei haben und vollständig gegen Covid geimpft sind (derzeit in der Regel zwei Impfungen). Die Lotterie ist eine Initiative des Finanzministers und ehemaligen Premierministers Igor Matovič.

Tschechische Republik

- Der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek erklärte am 4. August mit Blick auf die Situation in Litauen, das mit einer von den belarussischen Behörden ausgelösten Migrationskrise konfrontiert ist, dass die Tschechische Republik „80 verfolgte belarussische Studenten“ aufnehmen würde, und sprach sich gleichzeitig für eine „Ausweitung der Sanktionen“ gegen das Regime von Alexander Lukaschenko aus, „die so weit wie möglich darauf abzielen sollten, das Regime zu treffen und nicht die einfachen Belarussen“.
- Laut einer vom 29. Mai bis 13. Juni durchgeführten Umfrage des Zentrums für öffentliche Meinungsforschung (Centrum pro výzkum veřejného mínění), die am Montag, den 2. August, veröffentlicht wurde, geben 58 % der Tschechen an, dass sie mit ihrem Einkommen weitgehend auskommen, während 40 % sagen, dass sie Probleme haben. Dies sind die besten Ergebnisse der Umfrage, die seit zwanzig Jahren jährlich durchgeführt wird.
- In der Tschechischen Republik herrscht erneut ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, der derzeit das Haupthindernis für die Entwicklung vieler Unternehmen in diesem Land darstellt, in dem die Arbeitslosenquote (3,2 %) sehr niedrig ist – in der Europäischen Union hat nur Polen eine noch niedrigere Quote. Vor Covid importierte die Tschechische Republik Hunderttausende von ukrainischen Arbeitskräften, um diesen Arbeitskräftemangel auszugleichen, aber die Beschränkungen von Covid haben diese Quelle stark beeinträchtigt.
- Am 3. August erließ der tschechische Präsident Miloš Zeman ein Gesetz zur Entschädigung von Roma-Frauen, die Opfer von Zwangssterilisationen wurden – eine Praxis, die unter dem tschechoslowakischen kommunistischen Regime eingeführt und bis 2012 fortgesetzt wurde.

Litauen

- Litauen, das seit einiger Zeit mit einer beispiellosen Migrationswelle konfrontiert ist, hat am Mittwoch, den 4. August, beschlossen, seine Grenzschutzbeamten zu ermächtigen, Migranten mit Gewalt nach Weißrussland zurückzuschicken. „Die litauischen Grenzschutzbeamten müssen alle Migranten mit allen legalen Mitteln am Grenzübertritt hindern [...] Personen, die die Grenze absichtlich illegal an Orten überschreiten, an denen dies verboten ist, müssen als Kriminelle betrachtet werden, die entschlossen sind, das Gesetz zu brechen“, sagte die litauische Innenministerin Agnė Bilotaitė. Die litauischen Behörden, die seit Anfang des Jahres mehr als 4.000 Migranten (hauptsächlich aus dem Irak) an Land gebracht haben, gehen davon aus, dass sich die Situation durch die Zunahme der kommerziellen Flüge zwischen

Bagdad und Minsk noch verschärft wird. Das belarussische Außenministerium bestritt am Dienstag, den 3. August, dass die Behörden in Minsk in irgendeiner Weise für die aktuelle Migrationskrise verantwortlich seien.

Slowenien

- Am Mittwoch, den 4. August, reiste eine Einheit von fast 50 Feuerwehrleuten und Katastrophenschützern aus Slowenien nach Nordmazedonien, um bei der Bekämpfung verheerender Waldbrände zu helfen. Es wird ein schwieriger Einsatz in Nordmazedonien, da die Wetterbedingungen aufgrund der extremen Hitze nicht gerade günstig sind, so die Behörde für Schutz und Rettung.
- Am Mittwoch, den 4. August, hat die slowenische Regierung auf einer Korrespondenzsitzung eine Verordnung über die Methode zur Feststellung der Einhaltung der Morbiditäts-, Impf- und Testbedingungen in Bezug auf Covid-19 verabschiedet. In Fällen, in denen eine Person eine digitale EU-Covid-19-Bescheinigung mit einem QR-Code als Nachweis für die Einhaltung der PCT-Bedingung vorlegt, wird die Einhaltung der Bedingungen durch eine vom Nationalen Institut für öffentliche Gesundheit verwaltete Anwendung und durch die Überprüfung der Identität der Person anhand eines geeigneten öffentlichen Dokuments festgestellt. In Fällen, in denen eine Person andere Nachweise für die Erfüllung der PCT-Bedingungen gemäß den Erlassen vorlegt, wird die Erfüllung durch Einsichtnahme in diese Bescheinigung überprüft.
- Am Donnerstag, den 5. August, bestätigte die Generaldirektion der Polizei, dass drei Polizeibeamte der Polizeidirektion von Ljubljana (Laibach) nach einer Prüfung durch die Aufsichtsbehörde eine schriftliche Abmahnung erhalten haben, bevor sie wegen Verstoßes gegen ihren Arbeitsvertrag entlassen werden. Am 25. Juni entfernten Polizeibeamte bei einer linken Kundgebung, der so genannten „Anti-Sklaverei“-Kundgebung zur slowenischen Unabhängigkeit, eine patriotische Gruppe von Gelbwesten, die gegen die Diffamierung des Unabhängigkeitstages protestieren wollte.
- Am Freitag, den 6. August, kündigte Minister Jernej Vrtovec den Bau einer dritten Fahrspur auf den drei am stärksten befahrenen Abschnitten der Autobahn an. Nach Angaben des Ministers wird die dritte Fahrspur auf der Strecke zwischen Ljubljana und Vrhnika gebaut. Er erklärte auch, dass mit dem Bau der dritten Fahrspur zwischen Domžale und Šentjakob bereits hätte begonnen werden können, dass der Bau aber derzeit durch die Notwendigkeit, Genehmigungen einzuholen, behindert wird. Wir haben uns direkt an das Ministerium für Infrastruktur gewandt, um weitere Informationen über die geplanten Bauarbeiten, Pläne und Lösungen zu erhalten und werden die Antworten veröffentlichen, sobald wir sie erhalten.
- Am Samstag, den 7. August, begaben sich die Demokratische Partei Sloweniens und ihr Vorsitzender auf den Gipfel des Triglav, des höchsten Berges Sloweniens. Bereits am Freitag nahmen die Mitglieder der Slowenischen Demokratischen Partei bei schönem Wetter den Anmarsch vor und schrieben, dass sie den Triglav besteigen würden. Der traditionelle Aufstieg zum Gipfel fand am Samstag bei nebligem Wetter statt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 26. Juli bis 1. August 2021

02. 08. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- In einem am 24. Juli in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Artikel schreibt der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der bayerischen Christlich-Sozialen Union (CSU), Peter Gauweiler, dass die demokratische Legitimation von Ministerpräsident Viktor Orbán der aller EU-Kommissare überlegen sei.
- Laut einer Ende Juni vom Publicus-Institut durchgeführten und am Montag, 26. Juli, von der ungarischen sozialistischen Tageszeitung Népszava veröffentlichten Umfrage halten es „zwischen 45 % und 47 % [der Ungarn] für natürlich, ein homosexuelles Paar zu treffen“, wobei die Anhänger der Regierung Homosexualität deutlich weniger tolerant gegenüberstehen (von 13 % auf 15 %) als die Oppositionellen (von 68 % auf 70 %). Derselben Umfrage zufolge „bezeichnet mehr als die Hälfte der regierungsfreundlichen Wähler Homosexualität einfach als abstoßend und unnatürlich“ und ist der Meinung, dass Veranstaltungen im Stil von Gaypride verboten werden sollten.
- In einer Erklärung des norwegischen Außenministeriums vom 23. Juli hieß es, dass „Ungarn für die Durchführung von Programmen im laufenden Zeitraum keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, und Ungarn verliert den Zugang zu den rund 2,3 Milliarden NOK, die Ungarn [für ungarische NGOs] im Rahmen des EWR [Europäischer Wirtschaftsraum] und des norwegischen Zuschussprogramms zugewiesen wurden. Die norwegische Außenministerin Ine Eriksen Søreide sagte: „Ich kann bestätigen, dass wir nach einem langen und gründlichen Prozess nicht in der Lage waren, eine Einigung zu erzielen. Unserer Meinung nach hätten die Mittel aus dem EWR-Norwegen-Zuschussprogramm sehr nützlich sein können, insbesondere bei der Unterstützung der Zivilgesellschaft in Ungarn, bei der Förderung von Innovationen in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Klima sowie bei der Förderung von Minderheitenrechten. Der Sprecher des ungarischen

Premierministers, Gergely Gulyás, entgegnete, Norwegen schulde Ungarn das Geld, „weil Norwegen, ohne Mitglied der Europäischen Union zu sein, am gemeinsamen Markt teilnimmt und dessen Vorteile genießt“, wobei diese Finanzierungs- und Zuschussprogramme eine Gegenleistung seien. Der Streit zwischen Oslo und Budapest ist jedoch nicht neu. Bereits 2014 warf die Regierung von Viktor Orbán den norwegischen Behörden vor, sich durch diese Subventionen „in die ungarische Politik einzumischen“, was diese nicht bestritten, sondern im Gegenteil behaupteten, der „zutiefst beunruhigenden autoritären Tendenz“ der ungarischen Regierung entgegenzuwirken. Auch Polen steht vor ähnlichen Problemen mit Norwegen.

- Am Montag, den 26. Juli, erstattete die ungarische Regierung Anzeige gegen Hacker, die sich in die nationale Konsultations-Website gehackt hatten. Einer von ihnen stellte ein Video auf YouTube ein, das zeigt, wie ein Softwareprogramm den von den Behörden bereitgestellten Fragebogen nach dem Zufallsprinzip ausfüllt.
- Die nationale Direktorin des ungarischen Gesundheitswesens (ÁNTSZ), Cecília Müller, kündigte am Dienstag, den 27. Juli, die Einführung einer dritten Impfdosis für bestimmte besonders gefährdete Gruppen an: „Wir empfehlen die dritte Impfdosis vor allem älteren und chronisch kranken Menschen sowie Patienten mit geschwächtem Immunsystem“, erklärte sie. Laut dem sozialdemokratischen Europaabgeordneten István Újhelyi könnte diese dritte Impfdosis Menschen, die mit russischen oder chinesischen Impfstoffen geimpft wurden, helfen, den europäischen Gesundheitspass zu erhalten – was bedeutet, dass diese dritte Impfung mit einem in der EU zugelassenen Impfstoff verabreicht würde.
- Eine am 29. Juli veröffentlichte Umfrage des Ipsos-Instituts zeigt, dass drei Viertel der Ungarn wünschen, dass die gesundheitlichen Beschränkungen so schnell wie möglich stark gelockert oder ganz aufgehoben werden.
- Der Generalsekretär des ungarischen Arbeitgeberverbands (Vállalkozók és Munkáltatók Országos Szövetsége, VOSZ), László Perlusz, erklärte gegenüber der Zeitschrift Világgazdaság, dass „substantielle Gespräche zwischen der Regierung und den Arbeitgebern über die Bedingungen einer Vereinbarung über den Mindestlohn und den garantierten Mindestlohn für die kommenden Jahre begonnen haben“, nachdem Viktor Orbán im Juni eine „signifikante Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und des Mindestlohns für Facharbeiter“ sowie eine „erhebliche Verringerung der Belastung der Arbeitgeber“ angekündigt hatte. Der Mindestlohn und der garantierte Mindestlohn könnten bis zum 1. Januar 2022 von 167.400 Forint (470 Euro) auf 200.000 Forint (560 Euro) bzw. von 219.000 Forint (611 Euro) auf 260.000 Forint (725 Euro) steigen.
- Das Mercedes-Benz-Werk in Kecskemét gab am Montag, den 26. Juli, bekannt, dass es wegen eines Problems bei der Lieferung bestimmter Halbleiterbauteile gezwungen war, seine Tore für drei Wochen zu schließen.
- Die Ringier Axel Springer Media AG hat am Mittwoch, 28. Juli, bekannt gegeben, dass die deutsche Axel Springer SE ihre Anteile am ungarischen, serbischen, slowakischen, estnischen, lettischen und litauischen Markt an ihren Schweizer Partner Ringier Holding AG verkaufen wird, während das Joint Venture seine Aktivitäten in Polen fortsetzen wird. Von dieser im Wesentlichen finanziellen Umstrukturierung, die noch von den Kartellbehörden der betroffenen Länder genehmigt werden muss, sind in Ungarn die Zeitungen *Blikk*, *Kiskegyed*, die Zeitschrift *Glamour* und die ungarische Ausgabe der *Auto Bild*, einer Autozeitschrift, betroffen.
- Am Dienstag, den 27. Juli, kündigte die ungarische Polizei die Einführung einer Mobiltelefonanwendung (OBBPoint) an, die ab August die Geschwindigkeit von Fahrzeugen überwachen wird. Kurzfristige Geschwindigkeitsübertretungen werden zwar nicht geahndet, aber Autofahrer, die die Anwendung nutzen, können durch die

Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung Punkte sammeln, die sie zu Rabatten oder Geschenken in bestimmten Geschäften berechtigen.

- Während die Migrationskrise an der litauisch-weißrussischen Grenze für Schlagzeilen sorgt, lässt der Migrationsdruck an der südlichen Grenze Ungarns nicht nach, ganz im Gegenteil. Am Dienstag, den 27. Juli, wurden vier ungarische Grenzschutzbeamte in Ásotthalom (Komitat Csongrád, 30 km westlich von Szeged) von etwa fünfzehn illegalen Migranten aus Serbien verletzt, deren gewaltsame Einreise in ungarisches Hoheitsgebiet sie verhindert hatten. Nach Angaben der ungarischen Polizei versuchen jede Woche zwischen 1.500 und 2.000 Migranten, die ungarische Grenze illegal zu überqueren.
- In einem am Mittwoch, den 28. Juli, von der Zeitschrift Mandiner veröffentlichten Interview kehrte der Vorsitzende der Fidesz-Fraktion, Máté Kocsis, zur Frage des Jugendschutzes zurück: Gaypride „hat nichts mit der Verteidigung der sexuellen Freiheit oder der möglichen Akzeptanz von Abweichungen zu tun, sondern ist eine plumpe Provokation. Die LGBTQ-Bewegung schützt nicht die Minderheit, sondern greift die Mehrheit an. [...] Das ursprüngliche Ziel [des Jugendschutzgesetzes] war es, Kinder von altersunangemessenen Inhalten und LGBTQ-Propaganda fernzuhalten, die seit langem weltweit auf sie abzielt [... Dieses Gesetz] stärkt die Vorrechte der Eltern hinsichtlich der Erziehung ihrer Kinder [... In Ungarn lebt jeder sein Privatleben so, wie er möchte [... Im Bereich des Kinderschutzes gibt es noch viel zu tun [...] die Debatte über die chemische Neutralisierung von Pädophilen ist noch nicht abgeschlossen“, erklärte er.

Polen

- Der französische Senator Claude Malhuret (LR) wählte während einer Debatte im französischen Senat über Impfungen und die derzeitigen Gesundheitsbeschränkungen die falschen Worte. Er verglich die Impfgegner mit den „Polen, die 1940 mit der Brust und den bloßen Händen gegen sowjetische Panzer kämpften“ und griff damit einen alten Mythos auf, der seinerzeit von der nationalsozialistischen und sowjetischen Propaganda missbraucht worden war. Die polnische Presse war nicht sehr angetan von solchen historischen Bezügen.
- In einem Interview mit der Deutschen Presseagentur (dpa), das von der polnischen Zeitschrift WPolityce am Montag, 26. Juli, zitiert wurde, sagte der sächsische Ministerpräsident Manfred Kretschmer (CDU), die europäischen Staats- und Regierungschefs sollten „Erziehungsversuche“ gegenüber Polen und Ungarn aufgeben und daran erinnern, dass die Europäische Union „eine Union souveräner Staaten und Nationen“ sei.
- Der polnische Europaabgeordnete Jacek Saryusz-Wolski (PiS) warnte vor den schädlichen Folgen der Fit-for-55-Richtlinien für die polnische Wirtschaft, die darauf abzielen, „die CO₂-Emissionen der EU bis 2030 um 55% zu reduzieren und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen“. Für Saryusz-Wolski ist Polen damit „in den Fängen eines Lasters“: „Kohle kann nicht verwendet werden, weil sie zu emittierend ist, Gas auch nicht [...] wegen der Emissionen, und Kernkraft kommt nicht in Frage, weil Deutschland dagegen ist. Daher bleibt Polen nur die Windenergie... [...] Die Energiepreise werden allgemein in die Höhe schnellen. Die ärmsten Gesellschaften werden das nicht verkraften können [...] Wir [werden] mit einer sozialen Revolte konfrontiert [...] Dieser Plan macht keinen Sinn, denn Europa ist nur für 9 % der CO₂-Emissionen verantwortlich, während in Asien und anderen Regionen 600 Kohlebergwerke gebaut werden. Es ist eine ideologische Politik.“

- In einem am 30. Juli in der polnischen Presse veröffentlichten Interview erinnerte der Europaabgeordnete Jacek Saryusz-Wolski (PiS) daran, dass „der Vorrang des EU-Rechts nicht im EU-Vertrag verankert ist“.

Tschechische Republik

- Das Oberste Verwaltungsgericht der Tschechischen Republik hat am Dienstag, den 27. Juli, entschieden, dass staatliche Maßnahmen, die das Tragen von FFP2-Masken in Innenräumen vorschreiben, nicht gerechtfertigt sind. Das Gericht gab dem Gesundheitsministerium drei Tage Zeit, die Maßnahmen zu begründen.
- Bei einem Besuch in der Region Hradec Králové (Königgrätz) im Nordosten Böhmens am Donnerstag, den 22. Juli, erklärte der tschechische Premierminister Andrej Babiš, dass die Grippeimpfung nicht obligatorisch sein werde, solange er im Amt sei.
- Nach den Lotterien, die in einigen Ländern veranstaltet werden, setzt der tschechische Premierminister Andrej Babiš nun auf Innovation, indem er die Impfung gegen Covid-19 fördert, obwohl die Impfquote in der Tschechischen Republik leicht unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Der tschechische Regierungschef kündigte am Mittwoch, den 28. Juli, an, er werde vorschlagen, Beamten (einschließlich Lehrern und Polizisten), die sich impfen lassen, zwei zusätzliche Urlaubstage zu gewähren. Laut dem tschechischen Wirtschaftswissenschaftler Lukaš Kovanda würde dieser Anreiz satte 800 Millionen Euro kosten.
- Während der tschechische Premierminister Andrej Babiš seinem ungarischen Amtskollegen Viktor Orbán in der Frage des Jugendschutzgesetzes seine Unterstützung zugesagt hat, unterstützt die tschechische Post (Česka pošta) eindeutig die LGBT-Lobby. So werden anlässlich des LGBT-Festivals Prague Pride im August dieses Jahres in 400 Postämtern im ganzen Land Regenbogenpakete (für Pakete und Postkarten) erhältlich sein. „Die Tatsache, dass das Paket in Regenbogenfarben gehalten ist, zeigt die Unterstützung für Prague Pride. [...] Die Tschechische Post ist stolz darauf, ein strategischer Partner des Prague Pride Festivals zu sein“, erklärt Matyáš Vitík, ein Sprecher der Tschechischen Post, zitiert von Echo24. Eine Initiative, die, wenn man einige der Reaktionen auf der Facebook-Seite der Česka pošta liest, an den Ufern der Moldau nicht gerade einhellig ist.

Slowakei

- Als am Freitag und Samstag der vergangenen Woche in mehreren Städten des Landes neue Demonstrationen gegen die Impfpflicht und den Gesundheitspass stattfanden, schlug die Mitte-Rechts-Regierungskoalition eine Änderung vor, mit der die Einschränkungen für nicht geimpfte Personen verringert werden. Das bedeutet, dass Nicht-Impfer bestimmte öffentliche Einrichtungen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes (wie Lebensmittelgeschäfte, Apotheken, Kliniken, Drogerien und Optiker) ohne Test betreten können. Die Opposition, insbesondere der frühere sozialistische Ministerpräsident Robert Fico, beabsichtigt, diese Änderung vor das Verfassungsgericht zu bringen, um die Abschaffung der Impfstofftrennung zu erreichen.

Österreich

- Der österreichische Innenminister Karl Nehammer und die Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (beide ÖVP) kündigten auf einer Pressekonferenz am 24. Juli an, dass 400 Bundesheersoldaten an die ungarischen, slowakischen und slowenischen Grenzen geschickt werden, da die Zahl der illegalen Migranten gestiegen ist. „Wir sehen, dass die Zahl der Festnahmen an der Grenze [...] wieder zunimmt“, sagte

Nehammer (15.768 seit Anfang 2021, gegenüber 21.700 im gesamten Jahr 2020). „Das europäische Asylsystem hat versagt. Wir müssen dafür sorgen, dass der Sozialstaat nicht zusammenbricht“, fügte er hinzu, während Tanner betonte, dass diese Truppen bei Bedarf sogar auf 2.000 Mann aufgestockt werden könnten: „Es geht darum, die Migrationsbewegungen zu kontrollieren. Heftige Kritik an der Regierung kommt von der FPÖ, die die Migrationspolitik Nehammers als „Totalausfall“ bezeichnet.

Slowenien

- 1.8 In einem gemeinsamen Schreiben riefen Premierminister Janez Janša und der litauische Präsident Gitanas Nausėda die Staats- und Regierungschefs der EU dazu auf, ihre Aktivitäten zur Unterstützung der litauischen Behörden fortzusetzen, die sich aufgrund der Zunahme der illegalen Migration aus Weißrussland in einer schwierigen Lage befinden. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat mehrfach öffentlich damit gedroht, als Reaktion auf die von der EU gegen das Minsker Regime verhängten Sanktionen eine große Zahl von Migranten aus Afghanistan, Syrien und dem Irak nach Europa zu lassen. Als er diese Drohung vor einigen Wochen wahr machte, war Litauen, das eine 680 Kilometer lange Grenze mit Weißrussland hat, besonders betroffen. Tatsächlich hat die Zahl der illegalen Grenzübertritte zwischen Belarus und Litauen erheblich zugenommen. In diesem Jahr wurden bereits mehr als 3 000 gezählt, allein im Juli mehr als 2 000. Diese Zahlen belegen zweifellos einen drastischen Trend, dessen Ende nicht abzusehen ist, warnten Janša und Nausėda in einem Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der EU und den Präsidenten der Europäischen Kommission. Wie sie in einem von Janša auf Twitter geposteten Text feststellten, handelt es sich um einen hybriden Angriff, bei dem die belarussischen Behörden die illegale Migration als Waffe einsetzen. Sie nutzen ihn, um sich an der EU für die von ihr ergriffenen Maßnahmen und für ihre Unterstützung der demokratischen Opposition in Belarus zu rächen.
- 31.7. „Slowenien ist ein demokratisches Land, in dem jeder seines eigenen Glückes Schmied ist, und ich glaube, dass wir Slowenen auch so sind.“ Das sagte Janez Poklukar, Arzt und Gesundheitsminister, gestern bei einem Besuch in Prekmurje (Übermurgebiet). Die Epidemie ist komplex, wir sind alle daran beteiligt, und so sind wir alle gemeinsam Glücksbringer. Aber es gibt einen Bedarf an Solidarität und sozialer Verantwortung, sagte er. Niemand möchte eine Wiederholung des letzten Herbstes erleben, mit den Gefängnissen, den Opfern, den Einschränkungen und natürlich dem wirtschaftlichen Preis, den wir immer zahlen, wenn wir inhaftiert sind, wie Premierminister Janez Janša vor einer Woche in seiner Ansprache vor der Versammlung in Bovec (Flitsch) betonte. Slowenien erzielt gute Geschäftsergebnisse, wir haben ein Wirtschaftswachstum und eine niedrige Arbeitslosigkeit, und wir gehören zu den leistungsstärksten Ländern der Europäischen Union. Wir sind bereits nahe an einem vergleichbaren Niveau wie im gleichen Zeitraum 2019, und die Aussichten für den Rest des Jahres und das nächste Jahr sind sogar noch ermutigender. Niemand will neue Schocks, und die Wirtschaft und die Bürger würden sie nicht mehr verkraften. Und das ist nicht mehr nötig. Wir haben in Slowenien genügend Impfstoffe, wir können sogar unter ihnen wählen, was für Millionen von Menschen auf der ganzen Welt nicht der Fall ist. Bislang hat die Regierung acht Anti-Impf-Gesetzespakete verabschiedet, um sowohl der Bevölkerung als auch der Wirtschaft zu helfen, die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abzumildern, wofür mehr als sieben Milliarden Euro vorgesehen sind.
- 30.7. Das Statistische Amt der Republik Slowenien präsentierte die Ergebnisse einer Erhebung über die Zahl der slowenischen Staatsbürger im ersten Quartal dieses Jahres. Den Statistiken zufolge ist die Zahl der slowenischen Staatsbürger im ersten

Quartal um mehr als 2 200 gesunken, während die Zahl der ausländischen Staatsbürger um 400 gestiegen ist. Der Anteil der ausländischen Staatsbürger betrug acht Prozent. Wie im letzten Quartal des vergangenen Jahres war auch im ersten Quartal dieses Jahres die Zahl der Sterbefälle deutlich höher als die Zahl der Geburten. Die Bevölkerung Sloweniens ist im ersten Quartal 2021 um 1.851 Personen gesunken. Die Zahl der slowenischen Staatsbürger ging um mehr als 2.200 zurück, während die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen um 400 zunahm. Der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an der Bevölkerung lag am 1. April 2021 bei 8,0% und damit genauso hoch wie drei Monate zuvor. Am 1. April 2021 setzte sich die Bevölkerung Sloweniens aus 1.058.571 Männern und 1.048.555 Frauen zusammen. Der Frauenanteil unter den slowenischen Staatsbürgern betrug 51,1 Prozent (obwohl dieser Anteil seit einigen Jahren sehr langsam sinkt) und unter den ausländischen Staatsbürgern 34,6 Prozent (nach mehr als zwei Jahren des Rückgangs steigt dieser Anteil ab dem 1. April 2020 wieder an).

- 27.7. Laut NIJZ-Direktor Milan Kreko steht die vierte Welle der Covid-19-Epidemie unmittelbar bevor, und er rief alle Bürger auf, sich impfen zu lassen, um sich und andere zu schützen. Nach den neuesten Zahlen sind bereits mehr als 900 000 Menschen geimpft worden, das sind 43 % der Gesamtbevölkerung und mehr als 50 % der erwachsenen Bevölkerung. Dennoch sind wir noch weit von einer ausreichenden Durchimpfungsrate (60 % der Gesamtbevölkerung) entfernt, da bisher nur 38 % der Gesamtbevölkerung mit zwei Dosen geimpft wurden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 19. bis 25. Juli 2021

26. 07. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Das Ungarische Olympische Komitee (Magyar Olimpiai Bizottság, MOB) hat am 9. Juli einstimmig beschlossen, dass nur gegen Covid geimpfte Sportler an den Olympischen Spielen in Tokio teilnehmen dürfen. „Julia Schmid, die im Slalom-Kajak eine neu vergebene Quote hat, hat angekündigt, dass sie nicht an den Olympischen Spielen teilnehmen wird. Das Ungarische Olympische Komitee wird daher ihre Anmeldung für den Wettbewerb, der am 28. Juli beginnt, zurückziehen“, so das MOB in einer Erklärung. Julia Schmid wäre die erste Athletin gewesen, die Ungarn im Kajak-Kanu-Slalom bei den Olympischen Spielen vertreten hätte.
- EU-Justizkommissar Didier Reynders sagte am Dienstag, dass die Europäische Kommission Ungarns Sanierungsplan nur genehmigen werde, wenn die Budapester Behörden eine Justizreform durchführen und sicherstellen, dass Korruptionfälle untersucht werden. Die ungarische Justizministerin Judit Varga kritisierte ihrerseits einen Akt der „Erpressung“ durch die Kommission bezüglich des Jugendschutzgesetzes, das Brüssel als feindlich gegenüber der LGBT-Gemeinschaft betrachtet.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó prangerte am 12. Juli in Brüssel die Macht von Technologieunternehmen wie Google, Facebook und Twitter an, „die Möglichkeiten eines politischen Kandidaten, Wähler zu erreichen, einzuschränken oder zu erweitern“: „Diesen Unternehmen zu erlauben, zu entscheiden, welche Politiker breitere und engere Kanäle nutzen dürfen, um die Wählerschaft zu erreichen, wäre gefährlich und undemokratisch [...] Ebenso wäre es gefährlich, wenn sie entscheiden würden, welche Politiker kommunizieren dürfen und ob sie dafür zuständig wären, Fake News von echten Nachrichten zu unterscheiden.“ Das Gericht in Szeged gab László Toroczkai, dem Vorsitzenden der nationalistischen Partei „Mi Hazánk“ („Unsere Heimat“), in seiner Klage gegen Facebook wegen missbräuchlicher Zensur Recht und verurteilte den US-Riesen zur Zahlung von 100 Millionen Forint (ca. 275.000 Euro) Schadensersatz.
- Dissidenten der Demokratischen Koalition (Demokratikus Koalíció, DK) des ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány, kündigten am Mittwoch, den 21. Juli, die Gründung einer neuen Oppositionspartei in Ungarn an, der Wahren Demokratischen Partei (Valódi Demokrata Párt, VD), die bei den Parlamentswahlen 2022 antreten wird. Der Vorsitzende der neuen Partei ist István András Iván, ein 67-jähriger Ingenieur und Stadtrat des 3. Bezirks von Budapest (Óbuda).
- Nach den „Enthüllungen“ der Website Direkt36 am Montag, den 19. Juli, wonach mehrere ungarische Persönlichkeiten mit israelischer Software ausspioniert worden seien, dementierten die ungarischen Behörden diese Vorwürfe. Innenminister Sándor Pintér sagte als Antwort auf den sozialistischen Abgeordneten Attila Mesterházy: „Seit dem 29. Mai 2010 haben die ungarischen nationalen Sicherheitsdienste keine illegale Überwachung durchgeführt und werden dies auch nicht tun. Meine Aussage wird durch die Ergebnisse der durchgeführten Inspektionen gestützt. Ich bin bereit, Ihre konkreten Fragen in einer geschlossenen Sitzung des Nationalen Sicherheitsausschusses des Parlaments zu beantworten [...] Ungarn ist ein demokratischer Rechtsstaat und hat als solcher immer in Übereinstimmung mit den für alle geltenden Gesetzen gehandelt und tut dies auch weiter. In Ungarn werden öffentliche Einrichtungen, die zur Verwendung von verdeckten Geräten berechtigt sind, regelmäßig von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen überprüft. Die ungarische Justizministerin Judit Varga sagte ihrerseits: „In Ungarn, wie in jedem geordneten Rechtsstaat, sind die Aktivitäten der Geheimdienste von der Politik getrennt. Die Entscheidungen der Geheimdienste werden auf professioneller

- Basis getroffen, nicht auf der Grundlage politischer Interessen. Die Budapester Bezirksstaatsanwaltschaft hat eine Untersuchung des Falles angeordnet.“
- Die ungarische Außenministerin Judit Varga hat den am Dienstag, 20. Juli, veröffentlichten Bericht 2021 der Europäischen Kommission zur Rechtsstaatlichkeit scharf kritisiert: „Das ist genau das, was wir erwartet haben. Die Europäische Kommission hat eine Reihe von voreingenommenen und politisch motivierten Berichten zur Rechtsstaatlichkeit veröffentlicht, die mit zweierlei Maß messen [...] Darüber hinaus wurde das ungarische Kinderschutzgesetz ins Visier genommen. Nach Meinung der Kommission ist Ungarn im Moment kein Rechtsstaat, gerade weil wir die Rechte von Kindern und Eltern auf höchstem Niveau schützen. Ihr Problem ist, dass wir LGBTQ-Aktivistinnen und jegliche sexuelle Propaganda in ungarischen Schulen und Kindergärten nicht zulassen [...] Das Kapitel über Ungarn enthält nicht nur ein verzerrtes Bild von Ungarn, sondern zitiert auch die Meinung gleichgesinnter NGOs ohne jegliche fachliche Grundlage.“
 - Am Samstag, den 24. Juli, ging die Budapester Gay Pride Parade reibungslos über die Bühne, mit einer Rekordbeteiligung laut den Organisatoren, die 30.000 Teilnehmer zählten.

Polen

- In seinem ersten Fernsehinterview seit seiner Rückkehr auf die polnische politische Bühne, wo er gerade die Führung der stark im Niedergang befindlichen Bürgerplattform (PO) übernommen hat, kehrte der ehemalige polnische Ministerpräsident und frühere Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, am Freitag, den 16. Juli, im Privatsender TVN24 zu einem alten Thema seiner Partei zurück und behauptete, die PiS beabsichtige, einen „Polexit“ zu organisieren, und bekräftigte, dass er „alles tun“ werde, um Polen in der Europäischen Union zu halten. Er erklärte, dass Jarosław Kaczyński, „immer so getan hat, als sei er ein antirussischer Politiker“ und dass „EU-Gelder und die immer noch pro-europäische Stimmung der PiS-Wähler wahrscheinlich die einzigen Bremsen sind, die PiS und Kaczyński daran hindern, die EU offen zu verlassen. [...] Wir sind damit konfrontiert, dass die PiS das Verhältnis zwischen Polen und der EU und ihren Institutionen ständig belastet. [...] Das zielt darauf ab, die Europäische Union zu schwächen, die gegenseitigen Beziehungen zu schwächen, die Autorität der Institution zu untergraben, und es könnte letztlich zum Austritt Polens aus der EU führen, und sicherlich zu einer schwächeren EU. [...] Polen ist damit nicht allein, wir haben auch Viktor Orbán Ungarn [und] wenn weitere Länder darauf bestehen, die EU zu untergraben, könnte dies das Ende dieser Organisation bedeuten...“.
- Das polnische Außenministerium hat am Dienstag, den 20. Juli, eine Statistik über Asylanträge für das erste Halbjahr 2021 veröffentlicht. Seit Jahresbeginn wurde 391 Personen der Status eines politischen Flüchtlings in Polen zuerkannt, darunter 282 Weißrussen (ein Anstieg um 100% im Vergleich zu 2020), 48 Bürger der Russischen Föderation (+12%) und 25 türkische Staatsangehörige (+89%). Gleichzeitig wurde 616 Personen politisches Asyl verweigert, darunter 289 Russen und 140 Ukrainern.
- Bei einer Sitzung des Gesundheitsausschusses des Sejm am 12. Juli kritisierte der polnische Ombudsmann für Kinderrechte, Mikołaj Pawlak, scharf die vorgeschlagene Möglichkeit, Kinder gegen Covid zu impfen. „Ist es rechtlich zulässig, da wir uns de facto in einer Experimentierphase befinden, an Kindern zu experimentieren?“, fragte er die Abgeordneten.
- Laut Presseberichten vom Mittwoch, 21. Juli, haben die USA und Deutschland eine Vereinbarung getroffen, wonach die USA der Fertigstellung der umstrittenen Gaspipeline Nord Stream 2 (NS2) im Gegenzug für Zugeständnisse Deutschlands an Polen und die Ukraine zustimmen würden. Gleichzeitig setzt Washington

Berichten zufolge Kiew und Warschau unter Druck, ihre Kritik an der Pipeline zu dämpfen. Der Berater des US-Außenministeriums, Derek Chollet, besuchte Kiew am Dienstag, den 20. Juli, bevor er nach Warschau reiste.

- In einem Urteil vom 22. Juli hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Streit zwischen Polen und der Europäischen Union über die Reform des polnischen Justizwesens Stellung bezogen und festgestellt, dass „das Verfahren zur Ernennung von Richtern übermäßig von der Legislative und der Exekutive beeinflusst wurde. Dies stellte eine grundlegende Unregelmäßigkeit dar, untergrub das gesamte Verfahren und verletzte die Legitimität der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs, die den Fall des Klägers verhandelte. Die neu geschaffene Kammer des Obersten Gerichtshofs verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.“
- Die Migrationskrise, mit der Litauen konfrontiert ist, seit Weißrussland als Vergeltung für die EU-Sanktionen beschlossen hat, Migranten aus dem Nahen Osten einfach durchzulassen, könnte kollateral zu einem litauisch-polnischen Konflikt über die polnische Minderheit in Litauen führen. Die litauischen Behörden haben beschlossen, im Dorf Dziewieniszki bei Vilnius, einem polnischen Dorf mit nur 500 Einwohnern, ein Zentrum für 1.000 illegale muslimische Einwanderer einzurichten. Die polnische Abgeordnete Anna Maria Siarkowska (PiS) schlug Alarm, denn „gemäß dem polnisch-litauischen Vertrag haben sich die Parteien verpflichtet, alles zu unterlassen, was zu einer Änderung der Nationalitätenszahlen in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten führen würde“. Die Bewohner des Dorfes sind auch um ihre Sicherheit besorgt.
- Die Anhörung des polnischen Verfassungsgerichts zur Frage des Premierministers Mateusz Morawiecki über den Vorrang der polnischen Verfassung vor der Auslegung des EU-Rechts durch den EuGH wurde vom 3. auf den 31. August verschoben.
- Laut dem kleinen statistischen Jahrbuch Polens 2021, das am 16. Juli vom Polnischen Statistischen Zentralamt veröffentlicht wurde, gibt es im Land 32.440.000 Katholiken, 504.000 Orthodoxe und 61.000 Lutheraner.
- Der polnische Senat hat am Mittwoch, den 21. Juli, mit 93 zu 5 Stimmen die Ernennung von Marcin Wiącek zum Nachfolger von Adam Bodnar beschlossen. „Es ist eine große Ehre für mich, und gleichzeitig betrachte ich es als eine große Verpflichtung. Mein Credo für die nächsten fünf Jahre wird sein, die Würde jedes Menschen zu schützen, jedes Menschen, der zum Büro des Ombudsmanns kommt“, sagte Wiącek nach seiner Wahl. Seine Kandidatur wurde gemeinsam von der PiS (Mehrheit im Sejm) und der Opposition (Mehrheit im Senat) unterstützt.

Slowakei

- In einer Antwort auf einen Brief der Menschenrechtskommissarin des Europarats Dunje Mijatović sagte die slowakische Justizministerin Mária Kolíková am Montag, den 19. Juli, dass die Slowakei die Opfer der Zwangssterilisation von Roma-Frauen während der kommunistischen Ära und sogar bis in die 2000er Jahre entschädigen wird. „Ich möchte Sie darüber informieren, dass wir derzeit in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien, insbesondere dem Gesundheits- und Finanzministerium, und mit Unterstützung des Premierministers die Möglichkeit von Anpassungen prüfen“, sagte sie.
- Die slowakischen Behörden kündigten am 15. Juli ihre Absicht an, ein slowakisches Kulturinstitut in Jerusalem zu eröffnen, eine diplomatische Vertretung des Außenministeriums. Mit der Erklärung, dass dieses Institut zur „Vertiefung der Beziehungen“ zwischen der Slowakei und Israel beitragen wird, erinnerte der slowakische Außenminister Ivan Korčok auch daran, dass sein Land weiterhin eine Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt unterstützt.

- Am Samstag, den 24. Juli, gab die Regierungskoalition auf einer Pressekonferenz bekannt, dass sie sich bereit erklärt hat, kostenlose Covid-Tests für nicht geimpfte Arbeitnehmer und Studenten anzubieten.
- Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Smer-SD, Robert Fico, kündigte am Dienstag, den 20. Juli, die Organisation einer Großdemonstration am 1. September an, um gegen die Gesundheitspolitik der slowakischen Regierung zu protestieren, die „die slowakischen Bürger diskriminiert und sie zwingt, sich impfen zu lassen“. Der ehemalige slowakische Premierminister sagte: „Ich bin überzeugt, dass die slowakischen Bürger unsere Einladung annehmen werden, denn es scheint, dass wir anfangen müssen, lauter zu schreien. Ein Beispiel für eine solche Zerstörung der Gesellschaft und des Rechtsstaates hat es in der Geschichte der modernen Slowakei noch nie gegeben.“

Tschechische Republik

- Die Europäische Kommission genehmigte am Montag, den 19. Juli, das tschechische Konjunkturprogramm (im Wert von sieben Milliarden Euro), stellte aber eine Bedingung, damit die Tschechische Republik die damit verbundenen EU-Mittel erhält. Die Tschechische Republik muss spezifische Maßnahmen ergreifen, um Interessenkonflikte wie die von Ministerpräsident Andrej Babiš mit seinem Unternehmen Agrofert zu vermeiden. Dazu gehört, wie Ursula von der Leyen sagte, „die Verpflichtung, vor den ersten formellen Auszahlungen Informationen über die Persönlichkeiten zu sammeln, die hinter allen Einrichtungen stehen, die von den Fonds profitieren“.
- Der tschechische Senat hat am Donnerstag, den 22. Juli, die Aufnahme des Rechts, Waffen zu tragen, in die Charta der Grundrechte und Freiheiten gebilligt. Diese Änderung wurde am 18. Juni von der Abgeordnetenkammer nach einem Volksbegehren angenommen.
- Der tschechische Senat billigte am Donnerstag, den 22. Juli, auch einen Gesetzentwurf, der 300.000 Kronen (10.000 Euro) Entschädigung für Roma-Frauen vorsieht, die zwischen 1996 und 2012 gegen ihren Willen und unter Zwang illegal sterilisiert wurden.

Slowenien

- Nach Angaben des Nationalen Instituts für öffentliche Gesundheit (NIJZ) wurden am Montag, den 19. Juni, 861.749 Erwachsene mit der ersten Dosis geimpft, was 50% der gesamten erwachsenen Bevölkerung in Slowenien entspricht. Der höchste Anteil der Erst- und Zweitdosisimpfung wird in der Altersgruppe 70–74 Jahre beobachtet.
- Am Montag, den 19. Juli, erteilte das Ministerium für Infrastruktur die Energiegenehmigung für das NPP2-Projekt auf der Grundlage der verabschiedeten langfristigen Klimastrategie Sloweniens und des umfassenden nationalen Energie- und Klimaplan (NEPN). Die Entscheidungen über das NPP2-Projekt werden ein wichtiger Input für die endgültige Entscheidung über das optimale Energieszenario für die zukünftige Versorgung eines CO₂-ausstoßarmen Sloweniens sein.
- Am Montag, den 19. Juli, hielt der Rat für Landwirtschaft und Fischerei der EU unter dem Vorsitz von Minister Dr. Jože Podgoršek ein Treffen ab, bei dem die Minister Punkte zur Landwirtschaft diskutierten. Die EU-Ratsschlussfolgerungen zum Aktionsplan für die Entwicklung des ökologischen Landbaus wurden angenommen und unterstreichen das Bewusstsein der EU-Mitgliedstaaten für die Bedeutung des ökologischen Landbaus für die Sicherung der Nachhaltigkeit der europäischen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in der Zukunft. Der Rat unterstützte

Aktivitäten zur Stärkung des Tierschutzes im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative „Schluss mit dem Zeitalter der Käfige“.

- Die slowenische Regierung hat auf ihrer Sitzung am Donnerstag, 22. Juli, eine Reihe wichtiger Entscheidungen getroffen, darunter ein Dekret über die Einrichtung und die Aufgaben des slowenischen Regierungsbüros für digitale Transformation. Weitere wichtige Beschlüsse sind die Aufhebung des Beschlusses über die Verwendung eines Entfernungsmessers zur Berechnung oder Bestimmung von Entfernungen zum Zweck der Erstattung von Auslagen und anderen Vergütungen und anderen Rechten und Pflichten der Mitarbeiter in den Organen der Staatsverwaltung, die Annahme eines Beschlusses über die materielle Hilfe für Bosnien und Herzegowina zur Verhinderung der Ausbreitung der Covid-19-Coronavirus-Pandemie und der Beschluss über die Schenkung von 10 Kilometern technischer Barrieren an Litauen. In der ersten Hälfte dieses Jahres stieg die Zahl der illegalen Grenzübertritte nach Litauen um das Neunzehnfache im Vergleich zu 2020, die Genehmigung des Vorschlags zur Kofinanzierung des Baus eines Frühbehandlungszentrums für Kinder mit besonderen Bedürfnissen und eines intergenerationellen Zentrums in Radmožanci, die Annahme des Beschlusses über die Gründung der öffentlichen Einrichtung Kinderhaus, die Annahme der Verordnung über Änderungen und Ergänzungen der Verordnung über umweltfreundliche öffentliche Beschaffung und ihre Veröffentlichung im Amtsblatt der Republik Slowenien.
- Am Samstag, den 24. Juli, fand in Bovec (Flitsch) das traditionelle Treffen der Gemeinde- und Stadtkomitees der Slowenischen Demokratischen Partei statt. Premierminister Janez Janša kündigte ein erfolgreiches politisches Jahr und einen Sieg bei den nächsten nationalen Wahlen an.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Polen

04) Polen: Die Reparationsfrage wird zum geeigneten Zeitpunkt angesprochen werden

09. 08. 2021



(Anmerkung der Redaktion: Bild vom annektierten Danzig?)

„Ich bin überzeugt, dass die Frage der Kriegsreparationen gegenüber Deutschland zum geeigneten Zeitpunkt angesprochen wird. Der polnische Staat ist bereit, Maßnahmen zu ergreifen, der Bericht über unsere Kriegsverluste ist zu 99 Prozent fertig“, sagte der Sejm-Abgeordnete Arkadiusz Mularczyk, Mitglied der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS).

Anlässlich des 80. Jahrestages des deutschen Angriffs auf Griechenland und Jugoslawien kam in den letzten Tagen das Thema der Kriegsreparationen wieder auf. Kurz vor diesem Jahrestag rief die Regierung in Athen erneut zu Verhandlungen über Reparationen für Kriegsschäden auf. Das Außenministerium sagte, dass aus griechischer Sicht die Frage der Reparationen noch offen sei, berichtete dpa am Montag.

Auch in Polen wird seit mehreren Jahren über Kriegsreparationen diskutiert. Arkadiusz Mularczyk leitete in der letzten Legislaturperiode des Sejm das parlamentarische Team für Reparationen und erstellte einen Bericht über die polnischen Kriegsverluste.

In einem Interview mit der polnischen Presseagentur PAP betonte Arkadiusz Mularczyk, dass es in Griechenland einen nationalen Konsens in der Frage der von Deutschland zu fordernden Kriegsreparationen gibt und dass alle politischen Kräfte in dieser Frage geeint sind.

Er erinnerte daran, dass die Griechen vor einigen Jahren ein Team gebildet haben, das einen Bericht über die Kriegsverluste erstellte, die auf rund 300 Milliarden Euro geschätzt wurden. Darüber hinaus bereiteten die Griechen eine spezielle parlamentarische

Entschließung über Reparationen vor und schickten ein Schreiben an die deutsche Regierung.

Arkadiusz Mularczyk antwortete auf die Frage, ob die Griechen damit näher an den Reparationszahlungen sind als Polen, mit einem eindeutigen „Ja“.

„Die Griechen haben auf nationaler Ebene bereits alle Voraussetzungen für die Beantragung von Reparationen erfüllt“, so der Abgeordnete.

Auf die Frage nach der aktuellen Situation und der Strategie der polnischen Seite in der Frage der Kriegsreparationen aus Deutschland sagte Arkadiusz Mularczyk, dass „der polnische Staat bereit ist, Maßnahmen zu ergreifen“.

„Ich denke, dass diese Frage sowohl von den politischen als auch von den staatlichen Stellen analysiert wird. Ich bin überzeugt, dass dieses Thema zum richtigen Zeitpunkt angesprochen werden wird“, so der PiS-Abgeordnete.

Auf die Bemerkung, dass solche Erklärungen bereits mehrfach abgegeben wurden, antwortete er, dass der Zeitpunkt der Bekanntgabe der Forderungen und der Einleitung entsprechender Verfahren auf nationaler und internationaler Ebene von der Entscheidung der Regierung abhängt.

Auf die Frage nach dem von ihm vorbereiteten Bericht über die polnischen Kriegsverluste antwortete Arkadiusz Mularczyk, dass dieser zu 99 Prozent fertig sei. Auf die Frage, wann der Bericht vorgelegt werde, bekräftigte er, dass es sich um politische Entscheidungen handele.

„Und von den politischen Entscheidungen hängen Zeitpunkt und Ort der Veröffentlichung und der Beginn der Aktionen ab“, betonte der Abgeordnete.

PAP fragte Arkadiusz Mularczyk auch, ob Polen seiner Meinung nach in der Frage der Reparationen mit Griechenland zusammenarbeiten sollte oder ob jedes Land unabhängig handeln sollte.

Der PiS-Abgeordnete wies darauf hin, dass eine solche Zusammenarbeit sowohl positive als auch negative Seiten hat. Einerseits ist es, wie er feststellte, mit einer kohärenten Strategie für zwei oder drei Länder leichter, Druck auf die deutsche Seite auszuüben.

„Ein gemeinsamer Standpunkt Polens und Griechenlands wäre sicherlich gut“, betonte er.

Andererseits“, so Arkadiusz Mularczyk, „sind Polen und Griechenland in gewisser Weise Konkurrenten um Ausgleichszahlungen.“

„Deutschland ist sich bewusst, dass sich die griechischen Forderungen auf etwa 300 Milliarden Euro belaufen, und die polnische Summe ist um ein Vielfaches höher“, betonte der Abgeordnete.

So sagte er, dass mehrere Länder, die Reparationen beantragen, und die endgültige Summe die Deutschen in der Frage der Umsetzung der Reparationen „versteifen“ könnten.

Arkadiusz Mularczyk zufolge haben die Deutschen zwar jahrelang geglaubt, dass das Thema Kriegsreparationen abgeschlossen sei, aber einige politische Kräfte, vor allem die

Grünen, haben darauf hingewiesen, dass Reparationen unter anderem Griechenland zustehen.

„Es ist noch nicht lange her, dass der Leiter der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe, Manuel Sarrazin, gesagt hat, dass auch im Falle Polens Gespräche zum Thema Wiedergutmachung für die noch lebenden Opfer des Zweiten Weltkriegs geführt werden müssten,“ fügte der Abgeordnete hinzu.

Mitte Juni letzten Jahres hat der grüne Europaabgeordnete und Vorsitzende der deutsch-polnischen Gruppe im Bundestag, Manuel Sarrazin, Vorschläge unterbreitet, die die bestehende Form der deutschen Reparationen auf Polen ausweiten würden. Dazu gehörte auch die Finanzierung der Gesundheitsversorgung für die Opfer der Besatzung.

Wie die Süddeutsche Zeitung damals schrieb, schlug Sarrazin vor, zwei neue Fonds für die Opfer von Krieg und Besatzung zu schaffen. Die eine würde die Kosten für die medizinische Versorgung der Opfer decken, die andere wäre für die Opfer und ihre Kinder bestimmt, die bisher von den Entschädigungszahlungen ausgeschlossen waren.

Quelle: [Radio Maryja](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Bericht des polnischen Ordo Iuris: „Den europäischen Superstaat stoppen“

Von Daniele Scalea

06. 08. 2021



Das polnische Institut „[Ordo Iuris](#)“ (das sich sehr für die Förderung einer Rechtskultur einsetzt, die nicht mit der vorherrschenden progressiven Kultur übereinstimmt, und in diesen Monaten eine neue Universität, das Collegium Intermarium, ins Leben gerufen hat) hat einen umfangreichen Bericht vorgelegt, in dem auf fast 200 Seiten dargelegt wird, wie der Weg der „Vertiefung der europäischen Integration“ zur Schaffung eines echten Superstaates führt. Der in englischer Sprache verfasste Bericht mit dem Titel *Between a*

Europe of nations and a superstate. Doctrinal, legal and economic aspects of the project of "deeper integration" in the European Union (Zwischen einem Europa der Nationen und einem Superstaat. Doktrinaire, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte des Projekts der „vertieften Integration“ in der Europäischen Union) werden demnächst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Wer die Gelegenheit hatte, sie zum ersten Mal zu sehen, kann die Mammutarbeit der Herausgeber Bartosz Zalewski und Tymoteusz Zych nur loben, die die Beiträge von elf Forschern präsentieren (Konrad Dyda, Filip Furman, Katarzyna Gęsiak, Rafał Kruszyński, Anna Kubacka, Filip Ludwin, Maciej Łobza, Paweł Łukaszewski, Eryk Łon, Maria Podlowska, Weronika Przebiorła). Die Kapitel des Berichts befassen sich in technischer Hinsicht mit Themen wie dem Brexit, dem Subsidiaritätsprinzip, der Ineffizienz der zentralen Verwaltung, den wirtschaftlichen Konvergenzprozessen, der Einmischung der EU in das Familienrecht der Mitgliedstaaten, den sozialen Rechten, der Migrationspolitik, der Gesundheitspolitik und der nächsten Generation der EU.

Die These, die die Autoren aufstellen wollen, ist, dass es Prozesse gibt, die die Europäische Union zu einem föderalen Superstaat machen werden. In der Tat stellen sie in allen untersuchten Bereichen ungerechtfertigte Interventionen der EU fest, die auf „kreative“ Auslegungen der Verträge, „soft law“ (nicht bindende, aber orientierende Entschlüsse oder Erklärungen), Bevorzugung bestimmter Mitglieder und finanziellen Druck auf diejenigen, die versuchen, die europäischen Institutionen zu bremsen, zurückgreift. Diese Haltung hat mehrere negative Folgen. Ineffizienz (mit einer „Regulierungsinflation“, die das Grundprinzip der Subsidiarität, d.h. Entscheidungen auf der niedrigsten geeigneten Ebene zu treffen, völlig negiert), Maßnahmen, die nur die reichsten Länder begünstigen (insbesondere Deutschland, das von der Währungsunion stark profitiert hat, zum Nachteil vor allem Italiens), und ein Angriff auf die nationale Identität der Mitgliedstaaten.

Der Ordo Iuris-Bericht beschreibt die Probleme und zeigt Lösungen auf, um sie zu lösen. Der Vorschlag des polnischen Instituts zielt darauf ab, die Befugnisse des Rates (des zwischenstaatlichen Organs schlechthin) zu stärken und sich auch gegen Maßnahmen (wie die qualifizierte Mehrheit) zu wenden, die das Vetorecht der Mitgliedstaaten aushebeln. Auch die Deregulierung der Gesetzgebung sollte gefördert werden, indem man zum Subsidiaritätsprinzip zurückkehrt und die Verabschiedung verbindlicher Vorschriften als letztes Mittel belässt.

Wenn diese Initiativen nicht ergriffen werden, sondern die Föderalisierung Europas weiter vorangetrieben wird“, warnt der Bericht, „dann ist es absehbar, dass die EU schließlich in kleinere, einheitlichere Gebiete zerfällt. Die EU maßt sich nämlich Kompetenzen an, die sie nicht hat, und nutzt sie aus, um den kulturellen Pluralismus und die Werte des Kontinents anzugreifen, indem sie beispielsweise ein neues, von der Gender-Ideologie geprägtes Familienrecht auch in den Ländern durchsetzt, die es ablehnen.



Daniele Scalea

Gründer und Vorsitzender des Machiavelli-Studienzentrums. Er hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften (Universität Mailand) und einen Dokortitel in Politikwissenschaften (Universität Sapienza) und unterrichtet an der Universität Cusano die Fächer „Geschichte und Doktrin des Dschihadismus“ und „Geopolitik des Nahen Ostens“. Von 2018 bis 2019 war er Sonderberater für Einwanderung und Terrorismus des Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Guglielmo Picchi. Sein neuestes Buch (zusammen mit Stefano Graziosi) heißt [Trump contro tutti. L'America \(e l'Occidente\) al bivio](#) (Trump gegen alle. Amerika (und der Westen) am Scheideweg).



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Pommern und Pomerellen: Polizei muss Impfstellen überwachen

05. 08. 2021



Impfstelle (Symbolfoto) - Foto: PAP / Darek Delmanowicz

Polnischen Polizeibeamten aus Sorge vor Ausschreitungen in ständigem Kontakt mit den lokalen Behörden und Verantwortlichen für mobile und stationäre Impfstellen

Die Mediziner werden sowohl von uniformierten Patrouillen als auch von Einsatzkräften bewacht. Die Polizei überprüft auch soziale Netzwerke, in denen sich Impfgegner organisieren. Wie Monika Kierat vom Team für soziale Kommunikation der pommerschen Niederlassung des Nationalen Gesundheitsfonds (NFZ) am Dienstag gegenüber der polnischen Nachrichtenagentur PAP erklärte, gibt es derzeit 433 stationäre Impfstellen in der Region. Darüber hinaus gibt es auch Freiluftstellen und mobile Einheiten.

„Die Impfstellen im Freien werden sehr oft während Picknicks, Festivals, Festen und verschiedenen Aktionen betrieben, so dass sich ihre Zahl ändert und schwer genau zu schätzen ist“, erklärte Kierat.

Wie der PAP am Dienstag von Małgorzata Pisarewicz, einer Sprecherin der Pommerschen Krankenhäuser, mitgeteilt wurde, betreiben die Pommerschen Krankenhäuser derzeit 6 stationäre Impfstellen in den Orten: Seekrankenhaus PCK in Gdynia (Gdingen), Krankenhaus St. Vincent a Paulo in Gdynia (Gdingen), Fachkrankenhaus in Wejherowo (Neustadt in Westpreußen), Pommersches Zentrum für Infektionskrankheiten und Tuberkulose in Gdansk (Danzig) sowie allgemeine Impfstellen: in der Grundschule Nr. 8 in Wejherowo (Neustadt), in der Sport- und Unterhaltungshalle ERGO ARENA an der Grenze zwischen Gdansk (Danzig) und Sopot (Zoppot).

„Darüber hinaus führen wir seit zwei Wochen in Gdynia Impfungen in einem Impfbus durch, einem speziellen Fahrzeug, das für eine effiziente und sichere Durchführung von Impfungen angepasst ist. Wir treten damit in den wichtigsten Punkten einzelner Bezirke von Gdynia auf, wo die Einwohner diese Form der Verabreichung des Impfstoffs gerne nutzen“ fügte Pisarewicz hinzu.

Die Polizei unterstützt die Sanitäter

„Bislang haben wir mehr als 300.000 Impfungen durchgeführt. Glücklicherweise sind wir nur einmal, nämlich am vergangenen Wochenende, auf dem Boulevard in Gdynia (Gdingen) auf verbale Aggressionen gegen unsere Mitarbeiter gestoßen. Die Polizei war bei unserem Impfbus anwesend, so dass wir unsere Arbeit fortsetzen konnten“, erklärte Pisarewicz.

Darüber hinaus waren am vergangenen Samstag und Sonntag Polizeibeamte und Feuerwehrleute der Freiwilligen Feuerwehr zusammen mit den Sanitätern in anderen Impfzentren wie in Sierakowice (Sierakowitz), Sulęczyn (Sullenschin) und Rajkowy (Raikau) im Einsatz.

„Ihr seid Mörder und Kinder von Dr. Mengele“

Nach dem Angriff von Impfgegnern auf einen auf dem Boulevard in Gdynia (Gdingen) stehenden Impfbus am Samstag schließt die Polizei Erhebungen gegenüber einer Gruppe von 15 Personen ab, die gegen COVID-19-Impfungen protestiert haben. Die Gruppe skandierte vor Impfbus: „Ihr seid Mörder“ und „Ihr seid Kinder von Dr. Mengele“.

Wie PAP am Dienstag von Maciej Stęplewski, einem Sprecher des Landespolizeipräsidiums in Danzig, mitgeteilt wurde, stehen die Polizeibeamten in ständigem Kontakt mit der lokalen Regierung und den Verantwortlichen für die mobilen und stationären Impfstellen.

„Wir haben diese Orte gesichert und werden sie auch weiterhin sichern und auf jegliche Manifestationen von Gesetzesverstößen reagieren. Sowohl uniformierte Patrouillen als auch Kriminalpolizisten werden bei diesen Aktionen eingesetzt. Außerdem betreiben wir ständig operative Aufklärung, unter anderem im Internet“, fügte Steplewski in einem Interview mit PAP hinzu.

Quelle: [Do Rzeczy](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Danke, liebe polnische Freunde!

04. 08. 2021



Bildquelle: 2022plusz

In Polen wurde eine Unterschriftensammlung zur Unterstützung des ungarischen Kinderschutzgesetzes gestartet

Je mehr Ungarn und Polen bei Gegenwind kämpfen müssen, desto mehr beweisen sie, dass die ungarisch-polnische Freundschaft unzerstörbar ist. Die internationale LGBTQ-Lobby hetzt immer lauter gegen Ungarn, aber auch dieses Mal lassen uns unsere polnischen Freunde nicht im Stich: Eine polnische NGO hat eine Unterschriftensammelaktion zur Unterstützung des ungarischen Kinderschutzgesetzes gestartet, die letzte Woche begann und am Dienstag bisher von mehr als viereinhalb Tausend Menschen unterstützt wurde.

In einer an den ungarischen Botschafter in Warschau gerichteten Petition erklärt die polnische Pro-Life-Organisation Fundacja Zycie i Rodzina (Stiftung Leben und Familie), dass das Mitte Juni verabschiedete ungarische Kinderschutzgesetz von LGBTQ-Gruppen und den sie unterstützenden Regierungen, der Europäischen Union und den Medien mit einer „unerbittlichen Kampagne gegen die ungarische Regierung“ bekämpft worden sei. Die Unterzeichner bringen ihre Unterstützung für die ungarische Regierung zum Ausdruck und fordern sie auf, dem Druck der LGBTQ-Lobby nicht nachzugeben. Sie hoffen, dass Polen die Möglichkeit haben wird, ähnliche Gesetze wie in Ungarn einzuführen.

Die Petition wird auf den Websites konservativer polnischer Medien verbreitet, darunter die Wochenzeitung DoRzeczy, das Nachrichtenportal niezalezna.pl und der Nachrichtensender TV Republika, teilte das polnisch-ungarische Kooperationsinstitut Waclaw Felczak in Warschau auf seinem Nachrichtenportal mit. In einem Kommentar vom Juni mit dem Titel „[Orbáns kluger Schachzug](#)“ bezeichnete DoRzeczy-Chefredakteur Pawel Lisicki das ungarische Gesetz als echten Durchbruch und als ein Zeichen von Mut.

„Die Vorherrschaft linker und liberaler Ideologien in den westeuropäischen Ländern wird immer deutlicher, und umso wichtiger ist es, dass es Politiker gibt, die sich diesem Trend widersetzen können“, heißt es in dem Artikel.

„Solche Politiker treten auf der Bühne der Geschichte nicht als Marionetten und Papageien auf, die auswendig gelernte Slogans wiederholen, sondern zeigen einen starken Charakter (...), indem sie grundlegende Werte und Prinzipien verteidigen“, schreibt Lisicki und fügte hinzu, dass er deshalb die Tatsache begrüße, dass das ungarische Parlament für das von der Fidesz unter Viktor Orbán vorgeschlagene Kinderschutzgesetz gestimmt habe.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [2022 PLUSZ](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) „Hören Sie auch auf Mitteleuropa!“

Zbigniew Rau: Die Visegrád-Kooperation basiert auf voller Gleichberechtigung und Konsens zwischen den vier Mitgliedsstaaten

Von Zoltán Kottász

20. 07. 2021



Der polnische Außenminister Zbigniew Rau - Foto: MTI/Czarek Sokolowski

- Wir sind einer der dynamischsten Teile Europas, deshalb sollten unsere Interessen und unsere Stimme bei der Entwicklung europäischer Lösungen im richtigen Verhältnis berücksichtigt werden, sagte der polnische Außenminister Zbigniew Rau, der gestern gemeinsam mit seinen ungarischen, tschechischen und slowakischen Amtskollegen am Visegrád-Außenministertreffen in Komárom teilnahm, in einem Interview mit *Magyar Nemzet*. Zbigniew Rau wies auch darauf hin, dass seiner Meinung nach die ideologisch-politischen Spannungen zwischen der westlichen und der östlichen Hälfte der EU auf die Unkenntnis des Westens über die Geschichte dieses Teils Europas zurückzuführen sind.

- Die ungarische Präsidentschaft der Visegrád-Gruppe, die ein Jahr dauern wird, begann am 1. Juli. Was werden die Hauptaufgaben für die Visegrád-Gruppe im nächsten Jahr sein?

- Die Herausforderungen, vor denen die Visegrád-Kooperation steht, sind weitgehend dieselben wie während der polnischen Ratspräsidentschaft: die Abwehr der Covid-19-Pandemie, die Wiederherstellung und Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaften und Infrastrukturverbindungen oder die komplexe internationale Situation, die unsere Sicherheit und die europäische Sicherheit, auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, beeinflusst.

Dies gilt sowohl für hybride Bedrohungen als auch für Themen wie die Migration. Die Zusammenarbeit der V4-Länder zielt darauf ab, Mitteleuropa in den kommenden Monaten und auf längere Sicht eine starke Stimme in der Europäischen Union zu sichern.

Wir sind einer der dynamischsten Teile Europas, und unsere Interessen und unsere Stimme sollten bei der Entwicklung von europäischen Lösungen im richtigen Verhältnis berücksichtigt werden.

Das Programm des ungarischen Ratsvorsitzes hat unsere übergeordneten Ziele hervorragend formuliert: „Nach der Covid-19-Pandemie ist es das gemeinsame Ziel der Länder der Visegrád-Gruppe, zu den Gewinnern des globalen wirtschaftlichen und politischen Wandels zu gehören“.

- Viktor Orbán sagte kürzlich, dass die Zusammenarbeit zwischen den mitteleuropäischen Ländern keine Theorie, sondern eine praktische Realität sei. Der Premierminister erwähnte die gegenseitige Hilfe während der Pandemie, aber auch die sich immer weiter ausbreitenden Nord-Süd-Infrastruktur-, Energie- und Transportverbindungen. Was ist noch nötig, um diese Zusammenarbeit zu vertiefen?

- Ich stimme zu, dass unsere Zusammenarbeit sehr konkrete Dimensionen hat. Während der einjährigen polnischen V4-Präsidentschaft trafen sich unsere Premierminister zwanzig Mal, ich selbst traf mich neun Mal mit meinen Kollegen, und es gab vierzig Treffen auf Ministerebene zwischen den Leitern anderer Ministerien. In dieser Zeit haben wir eine Reihe gemeinsamer Initiativen in fast allen Bereichen der Tätigkeit unserer Länder entwickelt. Im Zusammenhang mit der Epidemie haben wir das virtuelle Zentrum V4 für das Management von Covid-19 eingerichtet, das es uns ermöglicht hat, den Kampf gegen die Epidemie zwischen unseren Ländern besser zu koordinieren. Ich freue mich, dass diese Initiative von der ungarischen V4-Präsidentschaft vorangetrieben wird.

In den schwierigsten Momenten der Pandemie haben wir uns gegenseitig mit sehr praktischer Hilfe unterstützt.

Wir haben uns aber nicht nur darauf konzentriert, die Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe effektiver zu gestalten, sondern auch auf die Solidarität mit unseren engsten Partnern. Während der polnischen Ratspräsidentschaft haben wir beispielsweise die zweite Auflage des V4 Ost-Solidaritäts-Programmes, das vom Internationalen Visegrád-Fonds unterstützt wird, im Rahmen der Östlichen Partnerschaft umgesetzt, um lokale Kapazitäten für die Pandemievorsorge zu unterstützen.



Der tschechische Vizeaußenminister Jan Kohout, der ungarische Außenminister Szijjártó Péter, der slowakische Außenminister Ivan Korčok und der polnische Außenminister Zbigniew Rau bei einem Treffen der Außenminister der Visegrád-Vier und des Westbalkans in Rogalin, Polen, am 28. Juni - Foto: MTI/PAP/Jakub Kaczmarczyk

Infrastrukturfragen folgten einem ähnlichen Muster. Innerhalb der V4 haben wir uns gemeinsam auf wichtige Infrastrukturprojekte geeinigt, die wir bei der Überprüfung des transeuropäischen Verkehrsnetzes berücksichtigt sehen möchten. Dazu gehören der zentrale Verkehrsknotenpunkt Polens, die Via Carpatia, die Hochgeschwindigkeitsbahn, die die Hauptstädte der V4-Länder verbindet, oder die Verbesserung der Schiffbarkeit der Wasserstraßen, die unsere Länder verbinden. Wir haben eine gemeinsame Erklärung der V4-Verkehrsminister zur Entwicklung des Schienenverkehrs verabschiedet, und im breiteren V4+-Rahmen wurden Dokumente zum mehrjährigen Arbeitsprogramm und zur Unterstützung der Mitgliedstaaten durch das Europäische Netzfinanzierungsinstrument (ENPI) im Rahmen der Kohäsionspolitik im Verkehrsbereich verabschiedet.

Unsere vier Länder sind nicht nur durch ähnliche historische Erfahrungen und Geografie verbunden, sondern auch durch spezifische Interessen und ähnliche sozioökonomische Herausforderungen.

- Die Visegrád-Gruppe hat heute ein spürbar größeres Gewicht in Europa, aber in den EU-Verhandlungen, wo sind die Bereiche, in denen sie am mächtigsten sein kann?

- Das Ziel der Visegrád-Gruppe ist es, eine aktive Rolle bei der Gestaltung der europäischen Agenda in allen für Mitteleuropa relevanten Fragen zu spielen. Um zu sehen, wie breit das Spektrum der Themen ist, mit denen wir uns innerhalb der V4 beschäftigen, müssen Sie sich nur die Jubiläumserklärung der V4-Ministerpräsidenten ansehen, die auf dem Krakauer Gipfel anlässlich des 30-jährigen Bestehens unserer Zusammenarbeit abgegeben wurde. Die Themen beziehen sich auf die Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft und Innovation, Umwelt, Energie und Verkehr, innere und äußere Sicherheit sowie auf die breitere

internationale Zusammenarbeit und Solidarität. Innerhalb der EU sind wir am stärksten für die Vertiefung des Binnenmarktes, insbesondere seiner digitalen oder Dienstleistungsdimension, sowie für die Erweiterungspolitik der EU, da diese von großer Bedeutung für die Stabilität, die Sicherheit und den Wohlstand unseres Kontinents sind.

Gleichzeitig müssen wir uns daran erinnern, dass die Visegrád-Zusammenarbeit auf voller Gleichberechtigung und Konsens zwischen den vier beteiligten Ländern basiert. Wir sprechen nicht in allen Belangen die gleiche Sprache, aber das ist nur natürlich.

Glücklicherweise haben unsere gemeinsamen Aktionen aufgrund unserer gemeinsamen Erfahrungen, Interessen und Herausforderungen eine sehr große Reichweite, wie unsere Erfahrungen unter der polnischen Präsidentschaft gezeigt haben.

- Westliche Staaten und EU-Institutionen greifen die Länder Mitteleuropas ständig an, vor allem in ideologischen Fragen (LGBTQ-Rechte, Abtreibung, Einwanderung), wobei sie den Mangel an Rechtsstaatlichkeit ansprechen. Ist die Visegrád-Kooperation stark genug, um diese Angriffe abzuwehren?

- Diese Spannungen rühren oft aus mangelnder Kenntnis des historischen Hintergrunds dieses Teils von Europa. Eine der Aufgaben der V4 ist es, unsere Partner darauf aufmerksam zu machen.

Wir wollen zeigen, dass unsere Länder in positiver und konstruktiver Weise zur Entwicklung der EU beitragen, aber unsere Interessen, unsere Besonderheiten und unsere Empfindlichkeiten sollten in gleichem Maße berücksichtigt werden wie im Falle anderer Mitgliedsländer.

So haben wir zum Beispiel während der polnischen Ratspräsidentschaft eine gemeinsame V4-Position zum neuen Asyl- und Migrationspakt verabschiedet, dem auch Slowenien und Estland beigetreten sind, in der wir die Grundsätze unserer Position bekräftigt haben. Gleichzeitig teilen die Visegrád-Länder, wie ich bereits erwähnt habe, nicht in allen Fragen die gleichen Ansichten, und das ist auch nichts Besonderes.

- Was hat zu einer solchen Trennung in ideologischen und politischen Fragen zwischen der westlichen und der östlichen Hälfte Europas geführt?

- Ich glaube, dass die Trennlinie in ideologischen Fragen nicht nur zwischen dem Westen und dem Osten verläuft. Die unterschiedlichen Haltungen zwischen den beiden Hälften des europäischen Kontinents resultieren natürlich aus unterschiedlichen historischen Erfahrungen, insbesondere aus den Tragödien dieses Teils Europas im 20.

Es gibt aber auch viele Bewegungen und Parteien in Westeuropa, die sich der Bedeutung traditioneller Werte bewusst sind und die sehen, dass eine starke Europäische Union auf starken Mitgliedstaaten und auf den in den Verträgen verankerten Prinzipien der Gleichheit, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit beruhen muss.

Wir sollten nicht vergessen, dass das Motto der EU lautet: „In Vielfalt geeint“. Als Visegrád-Gruppe sollte es unser Ziel sein, dafür zu sorgen, dass die Stimme Mitteleuropas und seiner Bürger genauso berücksichtigt wird wie die der Bürger der anderen Mitgliedstaaten.

- Das Thema Migration ist nun in Polens Reichweite, da Weißrussland irakische, afghanische und syrische Migranten nach Litauen einreisen lässt. Was kann Mitteleuropa tun, um die Einwanderung zu stoppen, wenn die Frage der Aufnahme von Migranten Europa so sehr spaltet?

- Der Beitritt Polens zur EU und die Schengen-Mitgliedschaft fielen mit dem Aufkommen von Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration an unseren östlichen Grenzen zusammen. Allerdings hat sich das Phänomen in letzter Zeit deutlich verschärft, nachdem die weißrussischen Behörden beschlossen haben, illegale Migranten als politisches Instrument zu nutzen, um politischen Druck auf Nachbarstaaten und die EU auszuüben. Dieses Phänomen ist politisch inakzeptabel und vor allem moralisch verwerflich. Wir sind uns bewusst, dass der Zweck dieser Aktionen darin besteht, die Verteidigungsfähigkeit der östlichen Grenzen der EU zu testen und uns unter Druck zu setzen, während gleichzeitig eine Art „Bestrafung“ der EU dafür erfolgt, dass sie im Fall von Weißrussland nicht mit Menschenrechtsverletzungen einverstanden ist und die Demokratie verteidigt. Die wichtigste Aufgabe ist im Moment, diese Aktivitäten einzudämmen.

Der Grenzschutz muss dringend verstärkt werden, damit illegale Grenzübertritte unmöglich gemacht werden – Litauen steht derzeit unter dem stärksten Migrationsdruck.

Polen hat dem litauischen und lettischen Grenzschutz seine Unterstützung zugesagt, sowohl durch Frontex als auch durch bilaterale Zusammenarbeit. Gleichzeitig müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass es sich nicht um ein lokales oder regionales Problem handelt, sondern um ein Problem für die gesamte Europäische Union. Wir alle erinnern uns an die dramatischen Bilder von Ceuta und Melilla, als im Mai Tausende von illegalen Migranten unter ähnlichen Umständen in die EU kamen.



Illegale Einwanderer in einem Flüchtlingslager in Kapčiamiestis, Litauen, am 13. Juli ·
Foto: MTI/Mindaugas Kulbis

Ich habe dieses Thema auch auf dem letzten Rat für Auswärtige Angelegenheiten angesprochen – auch im Zusammenhang mit der Möglichkeit, ein neues Paket von Sanktionen gegen die Handlungen des weißrussischen Regimes vorzubereiten. Alle Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen unterstützen voll und ganz die Notwendigkeit, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um Migranten aufzuhalten. Die zuständigen Gremien der Europäischen Kommission arbeiten bereits an diesem Thema. Gemeinsames Handeln ist der Schlüssel, um illegale Migration langfristig zu stoppen: Verstärkung der EU-Außengrenzen, Widerstand gegen den Druck von Drittländern, die illegale Migration zur Erreichung ihrer politischen Ziele nutzen, entschlossene und konsequente Ausweisung von Personen, die sich nicht in der EU aufhalten dürfen, und Bekämpfung der eigentlichen Ursachen der Migration sowie Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern.

- In den letzten Jahren sind die Spannungen zwischen den Großmächten USA, Russland und China ernsthaft eskaliert, wobei sich der politische Konflikt vor allem in Wirtschafts- und Handelsstreitigkeiten in Europa, aber auch in der Zunahme von Militärübungen auf dem Kontinent niederschlägt. Was kann Europa tun, um sich gegen diese Herausforderung zu wappnen?

- In der Tat hat das letzte Jahrzehnt eine Periode wachsender Rivalität zwischen den Hauptakteuren gebracht. Die geopolitische Landkarte der Welt hat sich verändert, das sicherheitspolitische Umfeld erodiert, was sich in der zunehmenden Zahl von Militärmanövern zeigt, die auch diese Frage aufwirft.

Allerdings können wir die Vereinigten Staaten nicht mit Russland und China gleichsetzen.

Auf der einen Seite sprechen wir über den Führer der freien Welt, der der Garant einer auf internationalen Regeln und Rechten basierenden Ordnung ist, und auf der anderen Seite sprechen wir über Länder, die man als Herausforderer des Status quo des Systems bezeichnen könnte, die versuchen, eine neue Ordnung aufzubauen, die auf einer multivektoralen Politik und einem Wertesystem basiert, das sich vom Westen unterscheidet. Die USA sind der engste Verbündete Europas, und Russland, das in der Ukraine und in Georgien Aggressionen und territoriale Annexionen durchführt und die Gebiete seiner engsten Nachbarn besetzt, ist die größte Bedrohung für den Frieden in Europa, wie der NATO-Gipfel bestätigt hat. Und China ist ein wichtiger wirtschaftlicher und politischer Partner, mit dem große diplomatische Anstrengungen unternommen werden müssen, um Beziehungen aufzubauen.

Es müssen jedoch Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass die Beziehungen Chinas zu den Vereinigten Staaten und der freien Welt insgesamt nicht zu Spannungen führen und antagonistisch werden.

Es stellt sich auch die Frage, wie sich die Europäische Union in Bezug auf die fragmentierte Weltpolitik positionieren soll. Ich bin überzeugt, dass die Subjektivität der EU von starken transatlantischen Beziehungen abhängt. Ohne eine starke Präsenz der Vereinigten Staaten und eine effektive NATO wird die Europäische Union nicht ihre subjektive Rolle behalten, sondern zum Objekt der Ambitionen externer Mächte werden. Es ist ein seltsames Paradox, dass diejenigen, die am lautesten über die Notwendigkeit sprechen, eine starke, autonome, geopolitische Europäische Union aufzubauen, dies oft gegen die Vereinigten Staaten tun. Das ist unlogisch. Von Jahr zu Jahr arbeitet Polen immer enger mit den Vereinigten Staaten

zusammen, wovon die wachsende Zahl der in unserem Land und in den Ländern der sogenannten „Ostflanke“ stationierten US-Truppen zeugt. Wir haben auch beschlossen, amerikanische M1A2 Abrams-Panzer zu kaufen.

Unsere Zusammenarbeit mit den USA ist ein wichtiges Element der transatlantischen Beziehungen – die Basis einer starken nordatlantischen Allianz. Der NATO-Gipfel im Juni hat gezeigt, dass die Verbündeten eine ähnliche Einschätzung des internationalen Sicherheitsumfelds teilen.

Obwohl sie weitgehend von technologischen Entwicklungen und neuen Herausforderungen geprägt ist, sind die „alten“ Bedrohungen leider nicht verschwunden. Moskau unternimmt zunehmend aggressive Schritte und setzt seine Politik der Annexion und Besetzung fort. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass sich das von Moskau eingesetzte Instrumentarium erweitert hat und neben rein militärischen Operationen zunehmend auch hybride Instrumente umfasst. Erwähnenswert sind die jüngsten Cyberangriffe in Polen und den USA, die Nutzung der Covid-19-Pandemie für Desinformationskampagnen, aber auch die entlang unserer Grenzen aufgebauten militärischen Kapazitäten und die vom Kreml oft provozierten militärischen Zwischenfälle.

Natürlich können wir uns nicht allein auf Washingtons Gnade verlassen – Europa muss auch seine eigene Widerstandsfähigkeit im Energie- und Wirtschaftsbereich sowie gegen hybride Bedrohungen aufbauen.

Die Stärke der Union liegt in ihrem wirtschaftlichen Potenzial, in der Größe ihres gemeinsamen Marktes und in ihren vier Freiheiten. Dieses Potenzial müssen wir voll ausschöpfen. Darauf sollte die Union ihren internationalen Status aufbauen. Wir entwickeln auch eine militärische Zusammenarbeit. Projekte wie die militärische Mobilität oder Initiativen wie die Umsetzung der Europäischen Friedensfazilität werden dazu beitragen, unsere gemeinsame europäische Sicherheit im Osten zu stärken. Sowohl direkt als auch durch die Verstärkung unserer Bemühungen innerhalb der NATO.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Polexit, oder die letzte Festung

Von László Bogár

21. 07. 2021



Sitzung der polnischen Nationalversammlung · Bildquelle: Wikimedia Commons

Das kürzlich geprägte Wort „Polexit“ bezeichnet den möglichen Austritt Polens aus der Europäischen Union. Doch unter der Oberfläche geht es um die Zukunft der Union selbst, schreibt Magyar Hírlap-Kolumnist László Bogár.

Heutzutage gibt es so etwas wie einen „Polexit“. „Exit Poll“ ist natürlich eine Umfragemethode, die den Ausgang einer Wahl in der Regel genau vorhersagen kann. Die beiden Begriffe sind nun aber dadurch verbunden, dass der Wählerwille der polnischen Gesellschaft und der aktuelle Beschluss der herrschenden Elite in einen dramatischen Konflikt geraten könnten.

Denn zumindest scheinbar unterstützt die große Mehrheit der polnischen Gesellschaft eindeutig die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union, und die gesellschaftliche Unterstützung für die Mitgliedschaft ist die höchste innerhalb der EU. Doch nun hat das polnische Verfassungsgericht entschieden, dass EU-Recht nicht mit dem nationalen Recht kollidieren darf, das die grundlegenden Werte und Bestrebungen der polnischen Gesellschaft verkörpert.

Aber weiß die polnische Gesellschaft wirklich, was die Europäische Union ist, wenn sie ihre eigene Teilnahme mit einer solchen Mehrheit unterstützt, und was im Falle eines Interessenkonflikts zu tun ist?

In der Tat mehren sich die Anzeichen, dass die immer schwerwiegenderen Konflikte, die vor allem Ungarn und Polen mit den Machtstrukturen der Europäischen Union haben, darauf

hindeuten, dass der in der Europäischen Union vorherrschende Erzählstil nicht mehr zu konstruktiven Diskussionen und Vereinbarungen führt.

Denn das in der EU vorherrschende Narrativ ist „erfunden“ – das heißt, die EU versucht, den Mitgliedsstaaten ein verstecktes globales Zielsystem aufzuzwingen, als ob es sich um universelle Werte handeln würde, was sich verheerend auf den sozialen Zusammenhalt der einzelnen Länder auswirkt und elementare Proteste zunehmen lässt. Es wird aber auch immer deutlicher, dass Proteste und eskalierende Konflikte nicht nur nicht in der Lage sind, die Regierungsstrukturen der Union zu einer Änderung ihres Interpretationsrahmens zu zwingen, sondern dass vielmehr das genaue Gegenteil zu beobachten ist.

Das Europäische Parlament scheint in den letzten Jahren zu einer global gesteuerten, jakobinischen Terrormaschine geworden zu sein. Selbst in seiner Stimmung und seinen Begrifflichkeiten passt es sich den jakobinischen und bolschewistischen Traditionen an, und seine Verfahren erinnern zunehmend an die (kommunistischen) Schauprozesse der 1950er Jahre.

Es geht also nicht um Polen und zum größten Teil auch nicht um abstrakte juristisch-professionelle Fragen, sondern um die Existenz von Europa. Es geht darum, ob in den Völkern der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union noch genügend geistige, moralische und spirituelle Energie vorhanden ist, um diesen fatalen Prozess aufzuhalten.

Ungarn und Polen sind damit zu Kampfnationen geworden, und es ist kein Zufall, dass Mitteleuropa, das im letzten Jahrhundert alle historischen Illusionen verloren hat, nun zur letzten Festung der weißen europäischen Christen werden könnte.

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Gegensätzliche Reaktionen zeigen, was im Konflikt zwischen EUGH und polnischem Verfassungsgericht auf dem Spiel steht

19. 07. 2021



Gerichtshof der Europäischen Union · Foto: Twitter

Die [Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union und des polnischen Verfassungsgerichts](#), die zwischen dem 13. und 15. Juli getroffen wurden, sind für niemanden in Polen ohne Bedeutung. Außerhalb Polens nehmen zu wenige Medien zur Kenntnis, dass dieser Kompetenzkonflikt eigentlich alle Europäer betrifft.

So meint der Kommentator des [Tagesspiegels](#), dass die „drei Juli-Tage Europa in seinen Grundfesten erschüttern“: „Im westlichen Teil der EU dürfte sich die aufgestaute Wut über Polen – und über Ungarn – Bahn brechen. Kann man die nicht rausschmeißen? Es war doch nicht der Sinn der Osterweiterung, dass die uns unsere Wertegemeinschaft ruinieren! Im Osten hingegen werden viele Bürger Genugtuung empfinden.“

Höchste Zeit, dass jemand den übergriffigen Moralaposteln in Brüssel zeigt, wo die Grenzen der Gängelung liegen – und auf Einhaltung der vertraglichen Kompetenzverteilung besteht,

was Sache der Mitgliedstaaten und was Sache der EU ist. Insgeheim dürften sich auch einige Bürger im Westen freuen.“

In der Tat erinnert uns der deutsche Autor daran: „Quelle der politischen wie rechtlichen Legitimität der EU sind die Nationalstaaten. Was die EU darf, beruht darauf, was die Mitgliedsstaaten in den Europäischen Verträgen an sie übertragen haben. Die Organisation der Justiz gehört nicht dazu, auch nicht [die Festlegung, was im Sexualkundeunterricht gelehrt wird](#) und welche Mitsprache die Eltern dabei haben. Wenn die EU argumentiert, sie habe zwar nicht die direkte sachliche Zuständigkeit, könne ihre Einmischung aber daraus ableiten, dass sie europäische Werte wie Demokratie, Rechtsstaat, Gleichbehandlung durchsetzen müsse, bewegt sie sich auf dünnem Eis.“ Der Kommentator erinnert daran,

dass auch das deutsche Bundesverfassungsgericht im vergangenen Jahr den Gedanken eines automatischen Vorrangs des europäischen Rechts auch in Bereichen nationaler Zuständigkeit abgelehnt hat.

Diese Reaktion deckt sich mit der [Analyse in Polen](#) von Jerzy Kwaśniewski, Präsident des Instituts Ordo Iuris, der sagt, dass „*der Streit darum geht, ob die EU ihre Kompetenzen nach Belieben ohne jegliche Kontrolle durch die Mitgliedsstaaten ausweiten kann, bis hin zu einer Föderation oder einem europäischen Superstaat, der die Macht hätte, jeden Widerstand der nationalen Parlamente, Regierungen und Gerichte zu zerschlagen.*“

Und wir reden hier nicht nur über die illegale Einmischung der Union in unser Rechtssystem. Es geht auch um das Familienrecht, das in den Verträgen ausdrücklich von der Zuständigkeit der Union ausgeschlossen ist.

Doch in der Rechtssache Coman hat der EUGH Rumänien angewiesen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Adoptionen anzuerkennen. Wir sprechen auch über die jüngsten Drohungen und Ankündigungen der Kommission, die Mitgliedstaaten zu zwingen, Instrumente zur Gender-Ideologie umzusetzen. Schließlich geht es um so banale, aber entscheidende Fragen wie die massiven EU-Schulden und den [Konditionalitätsmechanismus](#), der es ermöglichen würde, den Zugang zu EU-Mitteln auf der Grundlage unklarer und willkürlicher Kriterien zu verweigern, und zwar durch sekundäre Gesetzgebung. Der Streit geht darum, was die Europäische Union sein soll und was Polen sein soll.“

Und was für Polen gilt, gilt natürlich auch für die anderen 26 Nationalstaaten, die die Europäische Union bilden.

Aber auch in Polen hängen die Reaktionen auf diesen [Kompetenzkonflikt zwischen dem Gerichtshof der Europäischen Union und dem polnischen Verfassungsgericht](#) weitgehend davon ab, auf welcher Seite der Debatte sich die Kommentatoren befinden: der Mitte-Rechts-Mehrheit oder der konservativen bzw. nationalistischen Rechtsopposition auf der einen Seite oder der liberalen bzw. linken Mitte-Opposition auf der anderen.

[Für Justizminister Zbigniew Ziobro](#) schützt die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts „*die polnische Verfassungsordnung vor illegaler Einmischung, Usurpation und rechtlicher Aggression durch die EU-Institutionen*“.

Für Ziobro könnte der Gerichtshof der Europäischen Union, wenn man akzeptiere, dass er polnische Gerichte suspendieren kann, in Zukunft genauso gut den Präsidenten der Republik oder das Parlament suspendieren.

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki macht keinen Hehl aus seiner Frustration über die Behandlung Polens durch die Europäische Kommission und den EUGH: „*Ich kann die Vorstellung nicht akzeptieren, dass Polen im Vergleich zu sehr ähnlichen Rechtslagen in Deutschland oder Spanien anders behandelt oder, noch schlimmer, diskriminiert wird.*“ Darüber hinaus sagte Morawiecki: „*Nirgendwo in den Verträgen wurde die Befugnis zur Reform des Justizwesens von den Mitgliedstaaten delegiert*“.

Ein „juristisches Polexit“?

Adam Bodnar, der bis zum 15. Juli [Volksanwalt](#) war, sieht das anders: „*Wir befinden uns noch im Prozess dieses juristischen Polexits, der Schritt für Schritt abläuft. Es bleibt*

abzuwarten, wohin es uns führen wird, oder ob wir irgendwann den Weg erkennen, auf dem wir uns befinden, denn auch die Briten haben vielleicht nicht gewusst, wie das alles enden würde.“

Tomasz Grodzki, der Marschall (Präsident) des Senats, der der Bürgerplattform (PO) angehört, stellt die [Legitimität des polnischen Verfassungsgerichts](#) in Frage und ist der Meinung, dass sich Polen mit der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags verpflichtet hat, die Entscheidungen des EUGH zu respektieren, wie auch immer sie ausfallen mögen.

Donald Tusk, ehemaliger Präsident des Europäischen Rates und derzeitiger Vorsitzender der Europäischen Volkspartei und [Interimspräsident der Mitte-Links-Partei PO](#), ist der Ansicht, dass

„nicht Polen, sondern Kaczyński und seine Partei die EU verlassen. Und es sind nur wir Polen, die sich dem effektiv entgegenstellen können.

Im Gegensatz zu dem, was die PiS-Propaganda behauptet, hält niemand jemanden mit Gewalt in der EU fest.“ Szymon Hołownia, der Vorsitzende der zentristischen Partei, die ein direkter Konkurrent der PO ist, vertritt eine ähnliche Ansicht und seine Reaktion auf das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts war, dessen Auflösung vorzuschlagen.

Der Staatssekretär für Justiz Sebastian Kaleta erinnerte jedoch an eine Aussage von Grzegorz Schetyna (PO) vor 11 Jahren, als er Marschall (Präsident) des Sejm war: *„Die Überprüfung des EU-Rechts durch das Verfassungsgericht (...) ist zulässig. Die Zulässigkeit der Überprüfung des EU-Sekundärrechts durch den Verfassungsgerichtshof ergibt sich aus seiner systemischen Rolle als Garant des Vorrangs der Verfassung im System der Rechtsquellen sowie als Organ zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des Einzelnen. In Anbetracht des Stellenwerts der Verfassung als oberstes Gesetz der Republik Polen muss die Möglichkeit der Prüfung der Konformität der EU-Vorschriften mit der Verfassung zugelassen werden.“*

Jerzy Kwaśniewski vom Institut Ordo Iuris sagte:

„Im Namen des Gleichgewichts der Kräfte und der Souveränität der Mitgliedsstaaten muss die Willkür der EU-Beamten eingedämmt werden.

Eine dieser Kontrollen ist das Zurechnungsprinzip des Vertrages, wonach die EU-Institutionen nur im Rahmen der ihnen übertragenen Befugnisse handeln können. Der EUGH kann jedoch nicht über diese Frage entscheiden, da er selbst die Institution ist, deren mögliche Machtübernahme überprüft werden muss. Sie kann daher nicht der Richter in eigener Sache sein. Der geeignete Ort für die Überprüfung des EU-Sekundärrechts sind die Verfassungsgerichte, da die Union ihre Zuständigkeiten innerhalb der Grenzen der ihr nach den nationalen Verfassungen übertragenen Kompetenzen ausübt.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

T s c h e c h i e n

11) Recht auf Selbstverteidigung mit Waffe kommt in tschechische Verfassung

Das Recht, sich selbst und andere mit einer Waffe zu verteidigen, wird in der tschechischen Verfassung verankert. Präsident Miloš Zeman hat dazu am Dienstag eine entsprechende Ergänzung der Charta der Grundrechte und -freiheiten unterschrieben, die am **1. September** in Kraft treten wird. Darüber informierte der Sprecher des Staatsoberhauptes die Nachrichtenagentur ČTK.

In der Charta wird das Waffenrecht an Bedingungen geknüpft, „die das Gesetz regelt“. Die Verfassungsänderung soll laut ihren Initiatoren vermeiden, dass dieses Recht durch einfache Gesetze eingeschränkt werden könnte. Sie soll zudem die Position Tschechiens bei Verhandlungen zu EU-Regulierungen stärken.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.96, 2021

Wien, am 05. August 2021

12) CZ: Für die nationalen Interessen lohnt sich die EU nicht

03. 08. 2021



Ein Mann, der eine tschechische und eine EU-Flagge hält, nimmt an einer Demonstration in Prag am Mittwoch, 29. April 2020, teil. Hunderte von Menschen haben in der tschechischen Hauptstadt gegen die ihrer Meinung nach chaotische Reaktion der Regierung auf die Corona-Pandemie protestiert. · *Foto: Remix News / Petr David Josek*

Wir können nicht aus der EU austreten, aber wir dürfen nicht zulassen, dass sie uns mehr und mehr in ihre Probleme verwickelt, schreibt der tschechische Politologe Petr Robejšek

Vor jeder Wahl versuchen die Parteien, sich voneinander abzugrenzen, ihre „Stammwähler“ zu mobilisieren und auch von den Ereignissen rund um die Wahl abzulenken. In diesen Tagen ist in der Tschechischen Republik das wichtigste Thema, das die Menschen aufregt und verwirrt, die Europäische Union, und der Druckpunkt ist die Frage „Ausstieg oder Verbleib“, schreibt der Politikwissenschaftler Petr Robejšek.

Wenn Experten von nationalen Interessen sprechen, geht es meist um Frieden, die Unverletzlichkeit des Territoriums, wirtschaftliche Entwicklung, Verbündete und Feinde. Nationale Interessen bringen zum Ausdruck, dass sich jede Nation immer irgendwo zwischen Wohlstand und Niedergang befindet. Ob ein Land der Entwicklung oder dem Zerfall näher ist, kann man an den Hunderttausenden und Millionen von Antworten auf die einfache Frage erkennen: „Wie geht es Ihnen?“ Nationale Interessen sind eine Zusammenfassung der Hoffnungen und Ängste der verschiedenen Generationen von heute.

Wenn Regierungen verstehen, was in ihrer Gesellschaft vor sich geht, kann der Nationalstaat die am besten funktionierende Organisationseinheit im Chaos der heutigen Welt sein. Er hilft den Bürgern, die Welt zu verstehen, und inspiriert die Regierung, in dieser Welt wirksam zu handeln.

Zahlt sich die EU aus?

Ein Staatenbündnis kann ein nützliches Instrument zur Verfolgung nationaler Interessen sein, wenn seine Mitglieder mehr davon haben, als wenn sie ihren eigenen Weg gehen. Mit dieser Hoffnung ist auch die Tschechische Republik der EU beigetreten.

Die gesamte Geschichte der europäischen Integration ist jedoch eine Beschreibung übertriebener Vorstellungen darüber, was Politik bewirken kann. Ein Beispiel dafür ist die Idee – und vor allem die Art und Weise -, wie die gemeinsame europäische Währung eingeführt und gerettet wurde. Auch die Bemühungen um eine gemeinsame Sicherheits- oder Energiepolitik für unseren Kontinent waren in der Vergangenheit nicht von Erfolg gekrönt. Und wir leiden und werden noch lange unter den Folgen einer verfehlten Migrationspolitik leiden, und gerade jetzt erleben wir die Ernüchterung über eine gesamteuropäische Umweltpolitik.

Seit zwei Jahrzehnten versucht die EU, die Probleme zu lösen, die sie größtenteils mit ihrem gigantischen Ehrgeiz selbst verursacht hat. Infolgedessen schränkt sie die Unabhängigkeit ihrer Mitglieder immer mehr ein, ohne dass diese ihre nationalen Interessen effizienter durchsetzen können.

Im Gegensatz dazu plappern Kolumnisten und fortschrittliche Wissenschaftler ständig, dass „mehr Europa gebraucht wird“ und dass „große Probleme nur von großen Einheiten gelöst werden können“. Die EU befindet sich jedoch inmitten einer Sinn- und Zukunftskrise. Sie wird verschärft durch das Ende der Globalisierung, den drohenden Zusammenbruch der Weltfinanzindustrie, die Zuspitzung der Eurokrise und den Kampf um Menschenwürde und Freiheit.

Wenn sich die Europäer in Situationen wiederfinden, die den mittelalterlichen Erfahrungen mit tödlichen Bedrohungen ähneln, muss sich jede Nation selbst verteidigen und darf nicht

darauf warten, dass die hektisch stagnierende Zentrale ihr sagt, was, wann und wie sie etwas zu tun hat.

Für die nationalen Interessen rechnet sich die EU einfach nicht. Kein Wunder, dass der Brexit stattgefunden hat – und mit ihm hat die EU das Vertrauen verloren, dass „immer mehr Europa“ ein geltender Leitfaden ist und die Geschichte auf seiner Seite hat. Das Pendel der geschichtlichen Entwicklung schlägt in die entgegengesetzte Richtung aus, wie es die Europäische Kommission gerne hätte.

Wir können die EU nicht verlassen, aber wir dürfen auch nicht zulassen, dass sie uns immer mehr in ihre Probleme verwickelt

Es gibt also einige von uns, die aussteigen wollen, oder? Erinnern wir uns ein wenig an das Jahr 2004. Unser Beitritt zur EU war nicht die beste Lösung, aber er war angesichts der nationalen Interessen unvermeidlich.

Die tschechische Öffentlichkeit befreite sich allmählich von dem Glauben an die übernatürlichen Fähigkeiten des europäischen Geistes. Aber wenn ich an unsere nationalen Interessen denke, dann sage ich auch heute noch, dass es besser ist, Mitglied zu bleiben.

Wie einst der Beitritt, so ist auch heute der Verbleib in der EU nicht die ideale Lösung. Aber es ist besser, im Namen unserer nationalen Interessen zu bleiben. Es war unmöglich, nicht einzutreten, und es ist nicht möglich, jetzt auszutreten. Der Grund dafür ist derselbe. Wir hatten nicht genug Kraft, um draußen zu bleiben, und wir haben nicht genug Kraft, um den Club zu verlassen. Da wir geopolitisch mit Europa verbunden sind, ist es für uns nicht vorteilhaft, die EU zu verlassen.

Das bedeutet jedoch nicht, dass es von Vorteil ist, unsere Mitgliedschaft zu vertiefen. In Anbetracht des derzeitigen Zustands der EU liegt die Fortsetzung der europäischen Integration nicht im tschechischen nationalen Interesse. Die politische Quadratur des Kreises lautet daher wie folgt: Wir können die EU nicht verlassen, aber wir dürfen nicht zulassen, dass sie uns immer mehr in ihre selbst geschaffenen Probleme verwickelt.

Ein kleines Land hat immer nur begrenzte Möglichkeiten zur unabhängigen Entscheidungsfindung. Das Hauptanliegen seiner Führer sollte daher sein, so viel Handlungsspielraum wie möglich zu erhalten. Alles andere ist zweitrangig. Das Schicksal der EU wird sich wahrscheinlich in einer chaotischen Form der Desintegration erfüllen. Solange dies nicht der Fall ist, liegt es im Interesse unseres Landes und in der Pflicht der Regierung, die Macht Brüssels zu begrenzen.

Die Europäische Union sollte ein Zusammenschluss gleichberechtigter Länder sein, die miteinander Handel treiben, offene Grenzen haben und gemeinsam mehrere Projekte von transnationaler Bedeutung durchführen. Dieses Ziel ist derzeit nicht zu erreichen.

Nationales Interesse ist kein Schimpfwort

Es ist daher an der Zeit zu begreifen, dass das nationale Interesse kein Schimpfwort ist, sondern vielmehr ein Instrument der Erkenntnis, ein Wegweiser für eine Lösung und eine Quelle der Motivation. Ja, der Nationalstaat agiert „nur“ innerhalb seiner Grenzen und anderswo mal besser und mal schlechter, aber immer schneller und meist effektiver als jede transnationale Gruppierung. Aber nationale Interessen haben nie aufgehört, wichtig zu sein.

Ihre Bedeutung wurde nur von Eliten übersehen, die glaubten, sie könnten die Welt beherrschen. Heute jedoch haben die Globalisten hart daran gearbeitet, zu erkennen, dass sie ihre eigenen Länder nur mit diktatorischen Methoden kontrollieren können.

Nationale Interessen bedeuten auch, dass jede Generation das Privileg und die Verantwortung hat, das Schicksal der Nation mitzugestalten. Das war noch nie so wahr wie in den letzten Monaten.

Die nationalen Regierungen sollten jetzt die Verantwortung übernehmen. Sie sind jedoch zwischen ihren eigenen Interessen und dem Einfluss starker Wirtschaftsakteure hin- und hergerissen. Die Regierungen stolpern jedoch ungewollt über das Leben der normalen Menschen und haben weder den Willen noch den Raum, sich um deren Wohlergehen und Sicherheit zu kümmern.

Die Europäische Union ist heute ein wichtiges, aber eher zweitrangiges Thema. Deshalb stimmt es auch nicht, dass alle Europäer im selben Boot sitzen. Wir befinden uns vielmehr in demselben Sturm. Und wenn die Regierungen kopfüber in diesen Sturm stolpern, müssen die Nationen selbst damit fertig werden.

Quelle: [IDNES.CZ](https://www.idnes.cz)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Tschechischer Premierminister spricht in seinem neuen Buch über Konflikt und Freundschaft

23. 07. 2021



Andrej Babiš · Foto: MTI/Martin Divisek

Andrej Babiš ist stolz darauf, Migrantenquoten zu vereiteln und Familien zu schützen

In einem neu erschienenen E-Book mit dem Titel „**Sdílejte, než to zakážou**“ („**Teilen Sie es, bevor es verboten wird!**“) erinnert sich der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš an seine Kämpfe seit seinem Eintritt in die tschechische Regierung im Jahr 2014 und spricht über die Freundschaften, die er auf seinem Weg geschlossen hat. Das Buch, das in einem direkten und unprätentiösen Stil geschrieben ist, ist charakteristisch für Babiš' leicht exzentrische und egozentrische Herangehensweise an Zeitgeschichte und Politik, die ihn bei den einen so beliebt und bei den anderen unbeliebt macht.

Das Buch beginnt mit der Diskussion der Ereignisse rund um die europäische Migranteninvasion 2015 und wie die europäischen Institutionen versucht haben, den Mitgliedsstaaten Migrantenquoten aufzuzwingen. Er erwähnt, dass nach den Plänen der Kommission in der ersten Welle 120.000 Migranten aus dem Nahen Osten, die in griechischen und italienischen Lagern konzentriert waren, auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden sollten, wobei die Tschechien 1863 aufnehmen sollten. Diese Zahl hätte sich innerhalb von zwei Jahren auf fast 3000 Migranten erhöht. Der Plan der EU wurde laut Babiš durch die gemeinsame Haltung der Visegrad-4-Länder (V4) vereitelt: Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen.

Er schreibt über tschechische linke Europaabgeordnete, die durch ihre Unterstützung der Migrantenquoten „gegen ihr eigenes Land gestimmt haben“ und die sogar eine Petition an die Kommission gerichtet haben, um Tschechien für seine Ablehnung dieser Pläne zu bestrafen. Die Kommission hatte die Methode von Zuckerbrot und Peitsche gegen Andersdenkende angewandt und versucht, sie einerseits mit Vertragsverletzungsverfahren einzuschüchtern und andererseits mit Subventionen für Migranten zu bestechen. Sie versuchten unerbittlich, den Mitgliedsstaaten Migrantenquoten aufzuzwingen, aber ihre Pläne scheiterten schließlich.

Babiš schreibt dieses Ergebnis der V4 zu und erwähnt den ungarischen Premierminister Viktor Orbán als denjenigen, der in diesem Kampf besonders aktiv war. Er beschreibt, wie der Kampf gegen illegale Migration eine Freundschaft zwischen den beiden Politikern schmiedete. Orbán hatte sogar mit ein paar eigenen Absätzen zu Babiš' Buch beigetragen und daran erinnert, wie sich mitteleuropäische Länder wie seines gegen die versteckten Pläne Brüssels, Europa mit muslimischen und afrikanischen Migranten zu überfluten, zusammengeschlossen haben. Er nennt seine Beziehung zum tschechischen Premierminister eine Freundschaft, die im Kampf geschmiedet wurde, und beschreibt Babiš als einen ungewöhnlichen Politiker, der nicht an messianischen Ideologien interessiert ist, sondern sich eher mit einfacheren Dingen wie Nation und Familie beschäftigt. Orbán glaubt, dass die gegenwärtige europäische Politik durch eine Verwässerung innerhalb des Mainstreams und durch obsessive politische Korrektheit gekennzeichnet ist, wo Akte der Tapferkeit selten sind. „Ungarn und die V4 können sich glücklich schätzen, einen mutigen Mann an der Spitze der Tschechischen Republik zu haben“, so Orbán abschließend.

Der tschechische PM erinnert an Vorfälle in westeuropäischen Ländern, die seine schlimmsten Befürchtungen über die Migranteninvasion bestätigt haben. Er erwähnt die massenhaften sexuellen Übergriffe und Gewalttaten in Deutschland in der Silvesternacht 2015, als über 1200 Frauen überfallen und ausgeraubt wurden. Er erinnert auch an zwei tschechische Opfer von Verbrechen im Zusammenhang mit Migranten. Das erste war das sechzehnjährige tschechische Mädchen, das von einem Mann vergewaltigt wurde, der mit dem Zug aus Deutschland kam. All das, weil Europa seine Grenzen ignoriert, meint Babiš. Und jenen, die argumentieren, dass auch tschechische Täter Vergewaltigungen begangen

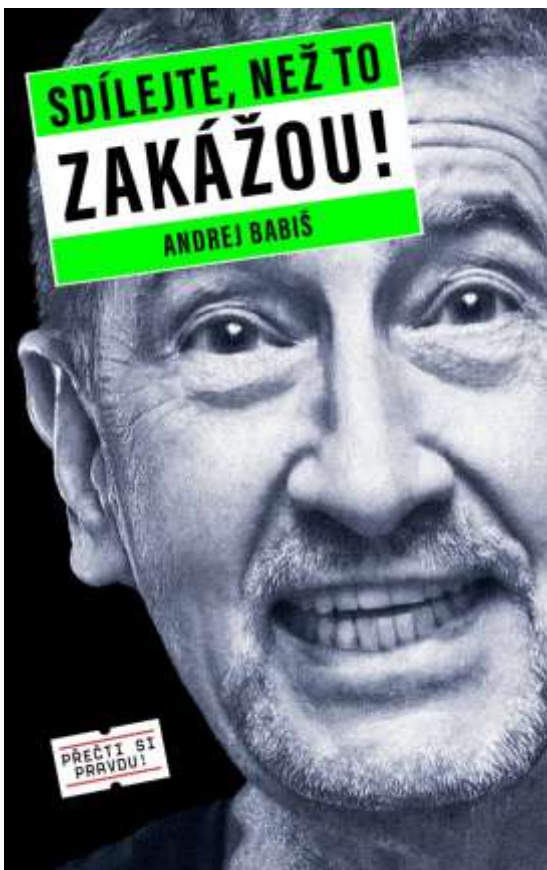
haben, entgegnet er: Ich spreche von diesem Mädchen und ihrem Leid, das völlig hätte verhindert werden können, wenn der Schutz von Schengen funktioniert hätte. Babiš erinnert auch an Naďa Čižmár, eine tschechische Frau, die bei dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016 getötet wurde, als ein muslimischer Terrorist einen Lastwagen in eine Menschenmenge fuhr und zwölf Menschen tötete. Sie hinterließ ein fünfjähriges Kind.

Neben einer Reihe anderer Themen weist Babiš auf das Problem der negativen Demografie in seinem Land hin. „Kinder, die jetzt geboren werden, sind anders als wir“, meint Babiš, „sie sind freier und offener.“ Die durchschnittliche tschechische Frau bekommt 1,7 Kinder und müsste mehr als zwei bekommen, um den Niedergang der Nation zu stoppen, wo das Durchschnittsalter der Bevölkerung derzeit bei 42,5 Jahren liegt. Babiš verweist auf das ungarische Modell der Familienpolitik als Vorbild, dem er folgen will, nämlich Steuererleichterungen für Familien mit Kindern und Hilfe bei Hypotheken oder beim Kauf eines Familienautos. Dennoch müsse seine Regierung weiter gehen als nur finanzielle Anreize, erklärt er. Babiš' Ziel ist es, ein System zu schaffen, in dem Mütter mit mehreren Kindern eine bessere Chance haben, sich auf ihre Karrieren zu konzentrieren. Babiš schlägt vor, Senioren, vor allem Großeltern, einzubeziehen, die eine zentrale Rolle bei der Kindererziehung spielen könnten, und er verspricht, dies durch finanzielle Anreize zu erreichen. Für Eltern, die es vorziehen würden, in den ersten Jahren bei ihren Kindern zu bleiben, verweist er auf die Tatsache, dass in Tschechien Frauen ein Elternsabbatical von vier Jahren haben, statt nur ein paar Monate wie in den meisten westlichen Ländern.

Quelle: [Remix News](#)

Das Buch in tschechischer Originalsprache ist in EPUB-, MOBI- und PDF-Format erhältlich [hier](#):

<https://www.sdilejteneztozakazou.cz/>



Eine von UNSER MITTELEUROPA erstellte deutsche Übersetzung ist [hier](#) verfügbar.

https://unser-mittleuropa.com/babis_de/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Slowakei

14) MP Janša: Keine EU-Institution hat das Recht, einem Mitgliedstaat etwas aufzuerlegen, was seiner Verfassung widerspricht

06. 08. 2021



Ministerpräsident Janez Janša · Foto: Regierung der Republik Slowenien

Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša spricht in einem Interview mit der polnischen Presseagentur PAP über das kommunistische Erbe des Justizsystems seines Landes. Er sagte, dass keine EU-Institution das Recht habe, den Mitgliedstaaten Regeln aufzuerlegen, die deren Verfassungen widersprechen. Sein Interview wurde von Wpolarityce.pl veröffentlicht.

PAP: EU-Politiker kritisieren Sie für Ihre Äußerungen zur Situation der Justiz in Ihrem Land. Was ist Ihrer Meinung nach die Ursache des Problems?

Janša: Meine Erfahrungen mit dem Justizsystem unterscheiden sich von denen vieler europäischer Politiker, die mich für meine Äußerungen kritisieren, aber die Situation in Slowenien nicht kennen. Ich war zweimal ein politischer Gefangener. Nicht nur in einem undemokratischen Regime, sondern auch 2014 – in einer Demokratie, als ich kurz vor den Parlamentswahlen von der slowenischen Justiz auf der Grundlage eines politischen

Scheinprozesses inhaftiert wurde. Ich wurde beschuldigt, unbekannte Personen zu einem unbekanntem Zeitpunkt und auf unbekanntem Weise beeinflusst zu haben und ein unbekanntes Versprechen auf finanziellen Gewinn erhalten zu haben. Das Verfassungsgericht hob diesen installierten politischen Prozess später einstimmig auf.

Als ich vor zweiunddreißig Jahren nach einem einwöchigen Hungerstreik von einem Militärgericht verurteilt und inhaftiert wurde, brachte man mir das Strafprozessrecht und das Strafgesetzbuch der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Sozialistischen Republik Slowenien in die Zelle. In der Einleitung zu einem dieser Bücher lese ich, dass das Justizsystem ein Instrument zur Umsetzung des Programms der Kommunistischen Partei und das Strafrecht ein Instrument zur Vernichtung des Klassenfeindes ist. Dass das Strafrecht ein Instrument zur Vernichtung des Klassenfeindes ist, wurde nicht nur niedergeschrieben, sondern war ein Prinzip, das im ehemaligen Jugoslawien und allen seinen Republiken zu dieser Zeit tatsächlich umgesetzt wurde. Auf diese Weise ging das kommunistische Regime mit seinen Gegnern um und schüchterte das Volk ein. Sie zerstörte das Leben, die Familien und die Karrieren von Tausenden von Menschen. Es handelte sich nicht um einen Justizirrtum, sondern um ein System zur Vernichtung politischer Gegner.

Es muss anerkannt werden, dass das slowenische Verfassungsgericht in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit die Auffassung von der Rolle des Strafrechts und der Justiz in einem Einparteiensystem sowohl theoretisch als auch *de iure* grundlegend verändert hat. Der größte Teil des Schadens, der den Gruppen und Einzelpersonen und natürlich den Überlebenden zugefügt wurde, ist wieder gutgemacht worden. In der Zwischenzeit hat das slowenische Verfassungsgericht viel getan, indem es die ehemalige politische Geheimpolizei als kriminelle Organisation anerkannte und viele politische Prozesse aufhob. Slowenien schien sich *de facto* zu einem Land zu entwickeln, das die dreigliedrige Gewaltenteilung respektiert und die Kopenhagener Kriterien für den EU-Beitritt tatsächlich erfüllt.

Dann begann man, Massengräber zu entdecken – bisher mehr als 700 – mit direkten Beweisen dafür, dass Zehntausende von Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg gestorben waren. Die kommunistischen Behörden vertuschten diese Verbrechen vor der in- und ausländischen Öffentlichkeit. Obwohl die Menschen davon wussten, hatten sie Angst, sich zu äußern. Sie sprachen darüber nicht einmal unter sich selbst, geschweige denn in der Öffentlichkeit. Angst war schon immer ein Mittel der Unterdrückung, das von der ehemaligen kommunistischen Elite eingesetzt wurde, um ihre Privilegien und ihre Herrschaft zu erhalten. Trotz der schrecklichen Tatsachen und der zahlreichen Leichenverliese, in denen die Überreste von brutal ermordeten Jungen und Alten, Männern und Frauen und sogar Kindern jahrzehntelang gelegen haben, wurde von den slowenischen Gerichten und Staatsanwälten bisher kein einziger Verbrecher angeklagt.

Während unseres Kampfes um die Unabhängigkeit erstattete der frühere Sozialrechnungsdienst mehr als 700 Strafanzeigen wegen der unkontrollierten Privatisierung, die damals in großem Umfang stattfand. Die slowenischen Staatsanwälte und Gerichte brachten jedoch niemanden hinter Gitter, und die Verurteilten wurden später vom Staatspräsidenten begnadigt. Die regierenden Erben der ehemaligen kommunistischen Behörden haben die Ämter einfach aufgelöst, um abzulenken und vollendete Tatsachen zu schaffen.

In der Mitte des Übergangszeitraums haben sich die Dinge von den vielversprechenden Anfängen der Unabhängigkeit in die entgegengesetzte Richtung entwickelt. Da es keine Lustration gab, blieben alle Richter des vorherigen Regimes, die schwere

Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, im System. Kriminelle, die für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden sollten, sind immer noch auf freiem Fuß. Viele Menschen sehen aufgrund langwieriger Prozesse nicht, dass ihnen zugefügtes Unrecht wieder gutgemacht wird.

Obwohl Slowenien unter den EU-Mitgliedstaaten die höchste Zahl von Richtern pro Einwohner hat, genießt die Justiz einen schlechten Ruf, und das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz ist gering. Andernorts werden die Urteile öffentlich verkündet. Bis vor kurzem war das Filmen und Fotografieren von Richtern in Slowenien verboten. Jetzt ist sie zwar erlaubt, aber streng reglementiert – die Gesellschaft hat keinen Zugang zu endgültigen Urteilen, die Verfahren dauern Jahre und die Justiz ist voller Bürokratie. Es ist schwierig, von unparteiischen Prozessen oder dem Anschein von Unparteilichkeit zu sprechen, wenn wir sehen, wie sich Richter mit totalitären Symbolen schmücken – selbst bei Veranstaltungen, die offen mit der Ideologie des alten Regimes sympathisieren.

Ich halte es für meine Pflicht und Verantwortung, auf nicht hinnehmbare Abweichungen von dem, was ein demokratischer Staat seinen Bürgern garantieren muss, aufmerksam zu machen. Die Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Menschenwürde sind die Grundlagen jeder demokratischen Gesellschaft. Wir können so tun, als sei alles in Ordnung. Abweichungen in diesen Bereichen werden jedoch letztendlich dazu führen, dass alle sozialen und systemischen Anomalien und Rechtsverletzungen ihren Preis haben werden. Je länger wir in einer virtuellen Welt verbleiben, in der alles in Ordnung zu sein scheint, desto höher wird der Preis sein, den wir zahlen müssen.

PAP: Wurde die slowenische Justiz seit dem Fall des Kommunismus in irgendeiner Weise kontrolliert?

J.J.: Nein. Im Jahr 1994 wurde jedoch ein neues Gesetz über den Justizdienst verabschiedet, in dem festgelegt wurde, dass Personen, die als Richter im vorherigen System gegen die Menschenrechte verstoßen hatten, nicht auf Dauerstellen ernannt werden können. Der Justizrat hat diesen Artikel nur einmal verwendet. In allen anderen Fällen hat er erklärt, dass er keinen Verstoß gegen diesen Artikel des Gesetzes durch die für Dauerstellen vorgeschlagenen Bewerber erkennen kann. Und das, obwohl es öffentlich veröffentlichte Urteile oder Anklagen gab, die das Gegenteil bewiesen. Darüber sind Bücher geschrieben und Dokumentarfilme gedreht worden.

PAP: Ist das heute noch relevant?

J.J.: Natürlich. Das Hauptproblem ist, dass der Systemwandel ein System von Bürgern erster und zweiter Klasse geschaffen hat und zudem ein System, das die Privilegien der Elite schützt, in dem leider auch die Justiz eine wichtige Rolle spielt. Die Herstellung der Gleichheit vor dem Gesetz ist für das normale Funktionieren eines demokratischen Staates von wesentlicher Bedeutung. Wenn die slowenische Gesellschaft, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte damit beginnen, einige Personen, die der slowenischen Gesellschaft bekannt sind und als unantastbar gelten, genauso zu behandeln wie alle anderen, d.h. wie die Bürger zweiter Klasse, werden wir sagen können, dass wir einen wichtigen Schritt in Richtung Rechtsstaatlichkeit getan haben.

Ich bedauere, dass sich einige europäische Politiker auf Fehlinformationen verlassen, anstatt sich selbst ein Bild von der Lage der slowenischen Justiz zu machen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat festgestellt, dass die slowenische Justiz gegen die Menschenrechte verstoßen und ungerechte Urteile verhängt hat, die teilweise

sogar von Richtern verhängt wurden, die später von derselben Justiz dafür belangt wurden. Das zweite Problem ist die ideologische Kontinuität des kommunistischen Regimes, die in der Justiz bis heute durch den Einsatz von Personal fortgesetzt wird. So können sich beispielsweise Richter auf Parteitage mit dem totalitären Symbol, dem roten Stern, fotografieren lassen und versuchen nicht einmal, unparteiisch zu erscheinen. Bis vor kurzem war der Präsident des Obersten Gerichtshofs derjenige Richter (Branko Masleša), der das letzte Todesurteil im kommunistischen Slowenien gefällt hat. In mindestens einem Fall verhinderte derselbe Richter die Strafverfolgung von jemandem, der einen osteuropäischen Flüchtling erschossen hatte.

Die slowenische Justiz hat kein Problem damit, Personen, die noch nie in der Justiz gearbeitet haben, für die höchsten Richterämter zu nominieren. Es ist daher schwierig, den Richtern zuzuhören, wenn sie sich über Kritik beschwerten, während es andererseits wahrscheinlicher ist, dass die Opfer von Justizirrtümern eher sterben, als dass sie ein Urteil erhalten, das den Irrtum revidiert. Nicht nur im ehemaligen Jugoslawien, sondern auch in der unabhängigen Republik Slowenien werden Familien, Karrieren und Existenzen durch ein solches Justizsystem zerstört.

PAP: Was ist Ihre Vorstellung von einer Reform?

J.J.: Das Recht auf ein unabhängiges Gerichtsverfahren wird durch die slowenische Verfassung und die EU-Grundrechtecharta garantiert, so dass die Achtung dieses universellen verfahrensrechtlichen Menschenrechts nicht von der Geschichte oder dem Gesellschaftssystem eines bestimmten Landes abhängen sollte. Dieses Recht ist jedoch kein Selbstzweck, sondern soll zwei andere Menschenrechte wirksam gewährleisten: das Recht auf ein Verfahren ohne ungebührliche Verzögerung und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf. Das bedeutet, dass die Rechtfertigung für den Schutz der formalen Unabhängigkeit der Richter davon abhängt, ob die Justiz eines bestimmten Staates den Schutz dieser beiden Rechte gewährleisten kann. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip kann dies nur der betreffende Mitgliedstaat entscheiden, der anhand konkreter Fälle eine umfassende Analyse der Funktionsweise des Justizwesens vornimmt. Wenn die Justiz eines Landes nicht in der Lage ist, grundlegende verfassungsmäßige Verfahrensgarantien zu gewährleisten, ist der Gesetzgeber sogar verfassungsrechtlich verpflichtet, geeignete Reformen zur Verbesserung der Funktionsweise der Justiz zu beschließen. Das slowenische Verfassungsgericht folgt dem Beispiel des deutschen Verfassungsgerichts in Karlsruhe, das anerkennt, dass es keine absolute Gewaltenteilung gibt und dass eine Macht als Ganzes nur funktionieren kann, wenn es ein System der Kontrolle und des Ausgleichs zwischen ihren Zweigen gibt, so dass ein Zweig einen anderen in dem Maße beeinflussen kann, wie es für die wirksame Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte und den Schutz der individuellen Freiheit erforderlich ist.

Im Koalitionsvertrag wurde die Reform des Justizwesens als eine der Prioritäten der derzeitigen slowenischen Regierung genannt. Ziel der Reform ist es, die Arbeitsweise und Effizienz der Gerichte sowie die personelle Ausstattung der Justiz und der Gerichtssysteme zu verbessern.

Eine Justizreform kann jedoch nicht nur auf juristischer, formaler, exekutiver und legislativer Ebene durchgeführt werden. Insbesondere sollte die slowenische Justiz die Fähigkeit zu ernsthafter Reflexion und Selbstkorrektur entwickeln. Die Veröffentlichung oder sogar Ausstrahlung von Urteilen direkt im Internet würde das Vertrauen in die Justiz stärken und ihr Ansehen verbessern. Die Veröffentlichung von Gerichtsakten und die Sicherstellung, dass Richter konsequent für ihre Entscheidungen zur Rechenschaft gezogen werden, würde für Transparenz sorgen und der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, das System zu

überwachen. Die Justiz sollte das slowakische Gesetzespaket zur Reform des slowakischen Justizsystems ernsthaft analysieren und diesbezügliche Vorschläge unterbreiten. Slowenien steht bei der Justizreform vor ganz ähnlichen Herausforderungen wie die Slowakei.

PAP: Ist der Ansatz, die Unabhängigkeit von Richtern in ehemals kommunistischen Ländern formell zu verteidigen – wie es die Europäische Kommission tut -, ohne die Situation gründlich zu untersuchen, angemessen? Gleichzeitig kritisiert die Kommission nicht, dass sich beispielsweise Spanien für eine Justizreform eingesetzt hat.

J.J.: Die Generation, der ich angehöre, weiß, wie das Leben auf der benachteiligten Seite des Eisernen Vorhangs war. Die meisten Kollegen, mit denen ich in der EU spreche, sind in traditionell demokratischen Ländern geboren, so dass es für sie schwierig ist zu verstehen, wie das Leben hier war. Ich brauchte einige Zeit, um ihnen zu erklären, wie das kommunistische Regime im ehemaligen Jugoslawien funktionierte und dass Freiheit, Demokratie und faire Gerichte nicht als selbstverständlich angesehen werden sollten. Die Menschen müssen für sie kämpfen. Es fällt ihnen auch schwer zu verstehen, dass dreißig Jahre nach der Einführung des demokratischen Wandels die Überreste des ehemaligen kommunistischen Regimes in Slowenien sehr lebendig und sehr real sind. Deshalb sage ich immer, dass man jeden Tag für Freiheit und Demokratie kämpfen muss. Andere Kollegen aus den Ländern des ehemaligen kommunistischen Blocks haben ähnliche Erfahrungen gemacht.

Viele in Brüssel und anderswo haben keine historische Erinnerung an die totalitäre Ära und das damalige Justizsystem. Die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verabschiedete Resolution 1096 zeigt, dass alte Strukturen und Denkmuster aufgebrochen und überwunden werden müssen. Viele verstehen die Geschichte, die kulturellen und politischen Besonderheiten der Länder, die der EU seit 2004 beigetreten sind, nicht, und einige halten es nicht einmal für nötig, sie zu verstehen. Das hindert sie daran, die wirkliche Situation zu begreifen. Was ist nötig, um den Totalitarismus zu überwinden, und vor welchen Herausforderungen stehen wir? Die EU muss begreifen, dass eine Einheitslösung nicht funktioniert und auch nicht funktionieren kann. Wir haben ein gemeinsames Ziel, aber die Wege dorthin müssen unterschiedlich sein, wenn wir wollen, dass alle dorthin gelangen, weil die Ausgangspunkte unterschiedlich sind.

PAP: Wir erleben derzeit einen Streit zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten über den Vorrang des EU-Rechts. Wie würden Sie das Wesen dieses Problems beschreiben und wie würden Sie es lösen?

J.J.: Das EU-Recht steht über dem nationalen Recht, aber es geht nicht über die Verfassung eines Mitgliedstaates hinaus. Kein EU-Organ hat das Recht, einem Mitgliedstaat etwas aufzuerlegen, was gegen seine Verfassung verstößt. Wenn es in einem Mitgliedstaat ein Problem mit dem Gesetz oder der Situation gibt, kann die Europäische Kommission rechtliche Mechanismen und Verfahren einleiten. Dies war schon immer der Fall. Schließlich gibt es immer eine rechtliche Entscheidung, die wir alle respektieren und befolgen müssen.

Die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf die Spannungen bei der Einhaltung des EU-Rechts sind besorgniserregend und erfordern eine ernsthafte und verantwortungsbewusste Reaktion der Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, ein ausführliches Gespräch zu führen, für das wir immer die Zeit finden müssen, um die historische Situation und die Ausgangspositionen der einzelnen Mitgliedstaaten zu verstehen, um die besten Lösungen für die Europäer und insbesondere

für die Zukunft der EU zu finden. Slowenien als Land, das die EU-Ratspräsidentschaft innehat, möchte nicht Teil neuer Spaltungen in Europa sein, was auch immer der Grund dafür ist. Ich glaube, dass die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten dem zustimmt. In der Geschichte hat es zu viele solcher Spaltungen gegeben. Die Europäische Union wurde ursprünglich als Antwort auf die Einheit und den Zusammenhalt der europäischen Länder gegründet, um den Unstimmigkeiten und Spaltungen entgegenzuwirken, die in der Geschichte des Kontinents bereits zu verheerenden Folgen geführt haben. In einer Zeit der Herausforderungen und der Suche nach Antworten auf die Zukunft der Union müssen sich die Mitgliedstaaten stets auf diese ursprünglichen und grundlegenden Werte berufen können.

Unser Ziel ist ein geeintes, freies und mit sich selbst in Frieden lebendes Europa. Ein Europa, das diesen Raum der Freiheit und der hohen Standards für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf seine Nachbarn ausdehnen kann. Je größer dieser Bereich ist, desto sicherer sind wir und desto größer ist unser Erfolg.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn

15) Viktor Orbán: „Wir können nicht ausschließen, dass es in Zukunft eine neue Migration von Europäern aus dem Westen in den Osten geben wird“

09. 08. 2021



Tucker Carlson und Viktor Orbán · Bildquelle: Breizh-Info

Der Star-Moderator des konservativen amerikanischen Fernsehsenders Fox News, Tucker Carlson, war letzte Woche in Budapest, von wo aus Episoden seiner Sendung ausgestrahlt werden. Bei dieser Gelegenheit gewährte ihm Ministerpräsident Viktor Orbán ein langes und wichtiges Interview.

Tucker Carlson: Herr Premierminister, vielen Dank für dieses Gespräch. Im Jahr 2015 tauchen also Hunderttausende von Migranten an Ihrer Südgrenze auf, sie tauchen in ganz Europa auf, sie strömen nach Deutschland, und der Rest der EU sagt: „Willkommen, kommt schon, wir schaffen das, wir sind stark genug“. Ungarn macht einen Alleingang und sagt Nein. Warum ist das so? Warum haben Sie eine andere Position zur Einwanderung eingenommen als andere europäische Länder?

Viktor Orbán: Es war das einzig vernünftige Verhalten. Wenn jemand ohne Erlaubnis des ungarischen Staates unsere Grenze überschreitet, müssen wir unser Land verteidigen und sagen: „Leute, halt! Und wenn Sie die Grenze überschreiten oder kommen wollen, gibt es ein legales Verfahren, das wir einhalten müssen. Aber man kann sie nicht überqueren, ohne irgendeine Art von Beschränkung und Erlaubnis und ohne jeglichen Beitrag und Kontrolle des ungarischen Staates. Es ist gefährlich. Sie müssen Ihr Volk gegen jede Gefahr verteidigen.“

Tucker Carlson: Und Sie glauben, Sie haben das Recht, das zu tun?

Viktor Orbán: Natürlich. Es kommt von Gott, von der Natur, also sind alle Argumente bei uns. Denn dies ist unser Land. Dies ist unser Volk, dies ist unsere Geschichte, dies ist unsere Sprache. Das müssen wir also tun. Wenn man Probleme hat, und niemand steht einem näher als die Ungarn, muss man natürlich helfen. Aber man kann nicht einfach sagen: „OK, das ist ein schönes Land, ich möchte hierher kommen und hier leben, weil es ein besseres Leben ist“. Es ist kein Menschenrecht, hierher zu kommen. Ganz und gar nicht, denn dies ist unser Land. Es ist eine Nation, es ist eine Gemeinschaft, Familien, Geschichte, Tradition, Sprache.

Tucker Carlson: Das zu sagen, was Sie gerade gesagt haben – und ich denke, das wird vielen unserer Zuschauer klar sein – wird in vielen westeuropäischen Ländern als sehr beleidigend angesehen, und zwar von der Seite der Führung.

Viktor Orbán: Weil viele europäische Länder beschlossen haben, ein neues Kapitel in ihrer eigenen Geschichte der Nation aufzuschlagen. Sie nennen es die neue Gesellschaft, die eine postchristliche, postnationale Gesellschaft ist. Sie sind der festen Überzeugung, dass das Ergebnis gut sein wird, wenn verschiedene Gemeinschaften, z. B. viele muslimische Gemeinschaften und die ursprünglichen christlichen Gemeinschaften, gemischt werden. Es gibt keine Antwort darauf, ob es gut oder schlecht sein wird, aber ich denke, es ist sehr riskant, und die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht gut, sondern sehr schlecht sein wird, ist offensichtlich. Und jede Nation hat das Recht, dieses Risiko einzugehen oder es abzulehnen. Wir, die Ungarn, haben beschlossen, dieses Risiko der Vermischung unserer Gesellschaft nicht einzugehen. Deshalb greift man Ungarn so hart an, und deshalb ist mein persönlicher Ruf sehr schlecht. Wissen Sie, ich persönlich werde als das schwarze Schaf der Europäischen Union behandelt, und manchmal leider auch von Ungarn.

Tucker Carlson: Es ist also sechs Jahre her, seit Deutschland, seit Angela Merkel die Entscheidung getroffen hat, mehrere hunderttausend Migranten in ihr Land zu lassen.

Viktor Orbán: Millionen.

Tucker Carlson: Millionen. Nicht-deutschsprachige Personen, meist Muslime. Wie hat sich das in Deutschland ausgewirkt?

Viktor Orbán: Wissen Sie, Diplomatie erfordert ein gewisses Maß an gutem Benehmen. Aber es war ihre Entscheidung, sie sind das Risiko eingegangen, und jetzt bekommen sie, was sie verdient haben. Dies ist ihr Leben. Ich bestehe nur darauf, dass die Ungarn das Recht haben, ihre eigene Entscheidung zu treffen.

Tucker Carlson: Sie wurden in den späten 1980er Jahren als Student berühmt, als einer der Anführer gegen die sowjetische Besatzung Ungarns, und Sie waren für viele in den Vereinigten Staaten ein Held, und zur Zeit des Kalten Krieges schenkte man Ungarn besondere Aufmerksamkeit. Ich glaube, die amerikanische Regierung war auf Ihrer Seite, Sie waren auf der Seite der amerikanischen Regierung. Aber dreißig Jahre später beschrieb Sie Joe Biden, als er letztes Jahr auf ABC News für das Amt des Präsidenten kandidierte, als einen, ich zitiere, „autoritären Schläger“. (Joe Biden: „Sie sehen, was von Weißrussland über Polen bis Ungarn passiert und der Aufstieg totalitärer Regime auf der ganzen Welt, und dieser Präsident umarmt alle Schurken der Welt“) Ist es für Sie verwirrend, den Wandel zu sehen und wie reagieren Sie auf diese Charakterisierung?

Viktor Orbán: Das Problem ist der Erfolg. Es ist also eine echte Herausforderung für liberale Denker, denn was in Mitteleuropa passiert – auch in Polen und Ungarn, wobei Ungarn wahrscheinlich noch offener ist – wir reden wahrscheinlich zu viel über unsere Absichten. Was hier also geschieht, ist der Aufbau einer Gesellschaft, die sehr erfolgreich ist. Wirtschaftlich, politisch, kulturell, sogar in Bezug auf die Demografie haben wir einige Erfolge, Familienpolitik – was Sie hier sehen, könnte man also als Erfolgsgeschichte bezeichnen. Aber die Grundlagen dieses Erfolgs sind völlig anders als das, was in vielen anderen westlichen Ländern gewünscht, verwaltet und geschaffen wird. Die westlichen Liberalen können daher nicht akzeptieren, dass es innerhalb der westlichen Zivilisation eine konservative nationale Alternative gibt, die im Alltag erfolgreicher ist als die Liberalen. Deshalb kritisieren sie uns. Sie kämpfen für sich selbst, nicht gegen uns. Aber wir sind ein Beispiel dafür, dass jemand oder ein Land, das sich auf traditionelle Werte, auf nationale Identität, auf die Tradition des Christentums stützt, erfolgreich sein kann, manchmal sogar besser als eine linksliberale Regierung.

Tucker Carlson: Als Amerikaner ist es interessant zu sehen, dass die amerikanischen Medien, die Biden-Administration, das Außenministerium gegen Sie sind, weil sie sagen, Sie seien ein „totalitärer Schläger“, aber Ihre Gegner sind eine Koalition aus ehemaligen Kommunisten und Antisemiten. Ist es nicht seltsam, dass die amerikanische Linke eine Koalition unterstützt, zu der auch Antisemiten gehören?

Viktor Orbán: Wenn Sie mich vor ein paar Jahren gefragt hätten, ob es möglich ist, dass ehemals kommunistische politische Kräfte und die antisemitische Rechte eine Koalition bilden, die bei den Wahlen gemeinsam gegen eine pro-israelische und pro-amerikanische, pro-NATO, westlich orientierte Regierung antritt, wie wir es sind, wäre meine Antwort gewesen: Nein, das ist unmöglich. Aber jetzt akzeptieren die internationalen Gemeinschaften dies. Ich verstehe, dass die linksliberalen politischen Parteien hier in Ungarn so schnell wie möglich an die Macht kommen wollen, deshalb versuchen sie, eine breite Koalition gegen die derzeitige Regierung zu bilden, aber dass sie von der internationalen Gemeinschaft so einfach akzeptiert werden – das überrascht mich. Ich bin überrascht... Vor allem das Verhalten der Amerikaner ist für mich eine völlig neue Erfahrung.

Tucker Carlson: Es scheint, dass Ungarn eine völlig andere Richtung einschlägt als der Rest des Kontinents, der Rest der westlichen Welt. Glauben Sie, dass dies in zwanzig Jahren eine unüberbrückbare Kluft sein wird? Ich meine, was bedeutet das für uns?

Viktor Orbán: Lassen Sie mich beschreiben, wie ich das sehe. Ich sehe das in den mitteleuropäischen Ländern, den Ländern, die am meisten unter der sowjetischen Besatzung und der kommunistischen Diktatur gelitten haben. In diesen Ländern ist also mein Ansatz oder der ungarische Ansatz sehr beliebt. Wahrscheinlich haben wir in all diesen Gesellschaften eine Mehrheit. Nicht nur in Polen und Ungarn sind sie gemäßigt, ich meine, die anderen sind gemäßigt, aber wenn man versteht, was sie tun, was die Grundprinzipien und ihre Motivationen sind, gehören sie im Grunde zur gleichen politischen Familie.

In der westlichen Gesellschaft gibt es viele Menschen – Millionen und Abermillionen von Menschen -, die mit der Richtung der derzeitigen Politik nicht einverstanden sind. Die gegen die Familie ist, oder die Familien nicht respektiert, was eher auf die Migration zurückzuführen ist. Das ist eine offenere Gesellschaft. Die mehr auf den Wohlstand ausgerichtet ist und so weiter. Ich will damit nicht sagen, dass der politische Wettbewerb in den westeuropäischen Gesellschaften vorbei ist. Ich sehe also Chancen, und das Schlüsselland ist im Moment Italien, wo der Kampf und der Wettbewerb sehr offen sind. Ich

sehe also Chancen in den westlichen Ländern, ihre Politik von liberal zu konservativ oder von linksliberal zu christdemokratisch zu ändern, die Chance ist da, aber wir sind international nicht gut organisiert. Die nächsten Jahre sind also wirklich spannend.

Tucker Carlson: Mir ist aufgefallen, dass ich in den letzten Nächten in Budapest eine Reihe von Amerikanern getroffen habe, die hierher gekommen sind, weil sie unter Menschen sein wollen, die mit ihnen übereinstimmen, die mit Ihnen übereinstimmen. Sehen Sie Budapest als eine Art Hauptstadt dieser Art des Denkens?

Viktor Orbán: Die Hauptstadt dieser Art von Denken oder eine der Hauptstädte, weil andere europäische Länder auch sehr wettbewerbsfähig sind und Ideen produzieren und diese Art von Gemeinschaften von konservativen und christdemokratischen Denkern organisieren, wie wir es tun. Wir arbeiten mit diesen Ländern zusammen, und diese Art von Netzwerken nähern sich einander an. Es entwickelt sich mehr und mehr zu einem echten mitteleuropäischen Netzwerk. Aber nicht nur Denker. Gewöhnliche Bürger, Durchschnittsbürger ziehen in die mitteleuropäischen Länder.

Es ist noch nicht sehr dynamisch, aber die Anzeichen sind da. Viele christliche und konservative Familien glauben, dass Westeuropa nicht sicher genug ist. Die Zukunft ist unbeständig. Die öffentliche Sicherheit ist nicht gewährleistet. Und die ideologische Ausrichtung der Länder, die Grundwerte der Länder, auf denen sie basieren, ändern sich, nicht nach ihrem Geschmack, nicht nach ihren Absichten.

Sie suchen nach anderen Orten. Wenn man also in die ungarischen ländlichen Gebiete fährt, findet man Familien aus Westeuropa, die nach Ungarn gezogen sind. Erstens, um einen zweiten Wohnsitz zu haben, weil wir in der Europäischen Union Freizügigkeit haben. Zuerst haben sie also eine zweite Heimat, dann verbringen sie immer mehr Zeit hier. Wir können nicht ausschließen, dass es in Zukunft eine neue Migration von Westeuropäern in den Osten geben wird.

Tucker Carlson: Innerhalb Europas?

Viktor Orbán: Christen und Konservative versuchen, eine bessere Heimat zu finden. Wir können es nicht ausschließen.

Tucker Carlson: Bis vor kurzem hatte Ungarn – ein kleines Land mit 10 Millionen Einwohnern – zwei wichtige nuklear bewaffnete Verbündete: die Vereinigten Staaten und Israel. Sie waren wahrscheinlich der engste Verbündete Netanjahus in Europa, Sie standen Donald Trump nahe. Beide sind verschwunden. Was bedeutet das für Sie?

Viktor Orbán: Wir haben in den letzten Jahren nicht viel Glück gehabt, denn Donald Trump war ein großer Freund Ungarns, er hat uns sehr unterstützt, nicht nur persönlich, sondern auch politisch, es bestand also eine gute Freundschaft. Das gilt auch für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Und, Sie wissen schon, „Amerika zuerst“. Das ist eine sehr positive Botschaft hier in Mitteleuropa. Denn für Donald Trump heißt es „America First“ – für uns könnte Ungarn auch Erster sein. Lassen Sie uns auf dieser Grundlage zusammenarbeiten! Es war also eine sehr gute Außenpolitik, sehr effektiv, und wir haben sehr gut zusammengearbeitet. Das Gleiche gilt für Bibi Netanjahu, der ein guter Freund der Ungarn war. Als er an der Macht war, hat er immer viel Energie in gute Beziehungen zu den mitteleuropäischen Ländern investiert. Wir wurden sehr respektiert. Aber er hat auch verloren. Damit hat das ungarische konservativ-christliche – jüdisch-christliche – demokratische Denken zwei große internationale Unterstützer verloren. Und die Gegner

kamen an die Macht. Dies ist eine völlig neue Situation in Ungarn. Für mich als Politiker ist es eine große Herausforderung, wie ich damit umgehen kann.

Tucker Carlson: Sie haben im April eine Wahl. Befürchten Sie eine internationale Einmischung in Ihre Wahl in Ungarn?

Viktor Orbán: Das wird passieren, ja. Wir sind nicht besorgt, wir sind darauf vorbereitet. Es ist offensichtlich, dass die internationale Linke alles tun wird, was sie tun kann – wahrscheinlich sogar noch mehr -, um die Regierung hier in Ungarn zu ändern. Dessen sind wir uns bewusst, und wir sind darauf vorbereitet – wie wir den Kampf aufnehmen und zurückschlagen können.

Tucker Carlson: Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten Sie als „totalitären Schläger“ bezeichnet, dann ist das eine sehr ernste Aussage über jemanden. Das bedeutet: Warum sollte das Weiße Haus oder das Außenministerium nicht darauf hinarbeiten, dass Sie nicht wiedergewählt werden?

Viktor Orbán: Ich denke, dass die Amerikaner früher oder später erkennen werden, dass die Fragen in Ungarn von den Ungarn entschieden werden sollten. Und es ist besser, auch für die linke, liberale Regierung der Vereinigten Staaten, einen guten Partner zu haben, also eine konservative, christdemokratische Regierung, die langfristig vom Volk, vom ungarischen Volk, unterstützt wird, als eine Regierung, die von Amerika unterstützt wird, die eine Position einnimmt und dann nach ein paar Monaten verliert, was Destabilisierung und Unsicherheit schafft. Ein ungeliebter, aber stabiler Partner ist also besser als ein neuer, unsicherer Partner. Ich hoffe, die Amerikaner werden das verstehen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) In Europa gibt die ungarische Regierung am meisten für Familien aus

08. 08. 2021



Katalin Novák · Foto: Havran Zoltán / Magyar Nemzet

Von NIKOLETTA ELEK | Mit dem Ausbau der Familienförderung wachse auch die Bereitschaft zur Familiengründung und die Zahl der Eheschließungen, sagte die ungarische Ministerin Katalin Novák in einer Erklärung und fügte hinzu, dass auch das internationale Interesse an der ungarischen Familienpolitik zunehme.

Katalin Novák wies darauf hin, dass, obwohl die Pandemie das Leben für alle schwierig gemacht hat, das Vertrauen in die Unterstützung der Regierung für Familienbildung und Kindererziehung nicht erschüttert wurde. Der Hauptgrund dafür ist, dass die bürgerliche Regierung im Gegensatz zur Linken die Familienförderung nicht abgeschafft hat, und die ungarische Regierung ist diejenige, die auf dem ganzen Kontinent am meisten für Familien ausgibt. Dieser Betrag entspricht fast fünf Prozent des BIP, erklärte die Ministerin.

Im Vergleich zu 2010 ist in Ungarn die Zahl der Eheschließungen in der Europäischen Union am stärksten gestiegen, ebenso wie die Zahl der Kinder, die geboren werden.

Die Zahl der Eheschließungen hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt, während die Zahl der Scheidungen um 37 Prozent zurückgegangen ist; die Zahl der Kinder hat um fast 24 Prozent zugenommen hat.

Katalin Novák zufolge zeigen die jüngsten Zahlen auch, dass trotz des Ausbruchs des Coronavirus viele Menschen den Mut hatten, sich für ein gemeinsames Leben zu entscheiden, weil

die neuesten Zahlen des ungarischen Statistikamtes (KSH) zeigen, dass die Zahl der Eheschließungen im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres wieder gestiegen ist.

Von Januar bis Juni 2021 heirateten 31.765 Paare, das sind 18,6 Prozent mehr als im Vorjahr (4.921) und 31,9 Prozent mehr als von Januar bis Juni 2019 (24.088 Paare). Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass viele Schutzmaßnahmen früher aufgehoben werden konnten als in anderen europäischen Ländern, was auch die Organisation von Hochzeiten erleichterte.

Abschließend betonte die Ministerin, dass die ungarische Regierung weiterhin beabsichtige, die Vorteile des Wirtschaftswachstums an die Familien zurückzugeben. Nach den vorliegenden Informationen

sieht der Plan der Regierung vor, dass Eltern mit Kindern die in diesem Jahr gezahlten Steuern bis zur Höhe des Durchschnittslohns zurückerstattet werden, wenn es ihr gelingt, das Wirtschaftswachstum auf über 5,5 Prozent zu steigern.

Die Ministerin fügte hinzu, dass die Meinung der Bürger zu dieser Option auch im Rahmen der nationalen Konsultation eingeholt werde.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Orbán zu Fox News: Einwanderung nach Ungarn ist kein Menschenrecht

06. 08. 2021



Ministerpräsident Viktor Orbán und Fox-News-Reporter Tucker Carlson · Foto: Vivien Cher Benko

„Die Einwanderung nach Ungarn ist kein Menschenrecht. Niemals. Dies ist unser Land. Es ist eine Nation, eine Gemeinschaft, eine Familie, mit eigener Geschichte, Sprache und Traditionen“, erklärte Ministerpräsident Viktor Orbán dem Fox-News-Reporter Tucker Carlson in einem Exklusivinterview.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, einer der prominentesten rechten Politiker Europas, hat kürzlich auf Äußerungen von US-Präsident Joe Biden während dessen Wahlkampftour 2020 repliziert, in denen Biden ihn mit autokratischen Führern wie dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und dem nordkoreanischen Präsidenten Kim Jong-un in einen Topf geworfen hatte.

Biden hatte im Jahr 2020 auch den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump beschuldigt, mit „allen Gangstern der Welt“ befreundet zu sein.

„Sie sehen, was in Weißrussland, in Polen und Ungarn passiert. Totalitäre Regime sind in der Welt auf dem Vormarsch. Unser derzeitiger Präsident unterstützt Gangster in der ganzen Welt“, so Biden wörtlich.

Viktor Orbán war der erste europäische Staatschef, der Trumps Wiederwahl befürwortete. Trump wiederum lobte die Politik des ungarischen Ministerpräsidenten in den Bereichen Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung sowie seine Bemühungen um den Schutz und für die Unterstützung christlicher Gemeinschaften in aller Welt.

In einem Exklusivinterview mit Fox News sagte Orbán, Biden spreche kein Ungarisch und könne daher Ungarn nicht wirklich kennen und die Probleme, um die es gehe, nicht verstehen, wenn er Bemerkungen wie die, dass in Ungarn ein „totalitäres Regime“ entstehe, mache.

„Jemand, der unsere Sprache nicht spricht und nur ein sehr begrenztes Wissen über Ungarn hat, kann die Situation der Ungarn natürlich nicht verstehen, aber selbst dann ist diese sarkastische Bemerkung nicht gerechtfertigt. Wissen Sie, diese Aussage ist an sich schon eine persönliche Beleidigung für alle Ungarn“, sagte der Ministerpräsident.

Er fügte hinzu, dass man die bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Ungarn, die „grundsätzlich sehr gut“ seien, nicht zerstören wolle.

„Abgesehen von der Politik ist alles in Ordnung. Das Problem ist, wenn die Liberalen in Washington an der Macht sind, müssen wir uns damit auseinandersetzen, weil wir gute amerikanisch-ungarische Beziehungen als einen Wert ansehen, auch wenn die Amerikaner das heute nicht mehr so sehen wie früher,“ so Orbán.

Orbán ging auch auf das allgemeinere politische Problem ein, dass sich linke Politiker wie Biden keine nationalistische oder konservative Alternativideologie vorstellen können.

„Die westlichen Liberalen können nicht akzeptieren, dass es innerhalb der westlichen Zivilisation eine konservative nationale Alternative gibt, die im Alltag erfolgreicher ist. Deshalb kritisieren sie uns. Sie kämpfen für sich selbst, nicht gegen uns. Aber wir geben ein Beispiel dafür, dass ein Land, das auf traditionellen Werten, auf nationaler Identität und auf der Tradition des Christentums beruht, erfolgreich sein kann – manchmal erfolgreicher als eine linksliberale Regierung“, betonte Orbán.

Orbán weiter: „Biden und die Demokratische Partei könnten den Erfolg, den Ungarn bei der Verteidigung der Grenzen zu Serbien und Kroatien erzielt habe, nicht akzeptieren. Im

Gegensatz zu den Behauptungen der Demokraten habe die Verteidigung der Heimat und die Sicherung der Grenzen nichts mit Hass oder Fremdenfeindlichkeit zu tun.“

„Die nationale Souveränität kommt von Gott und der Natur. Alles beginnt mit uns. Es ist unser Land. Es sind unsere Leute. Es ist unsere Geschichte, unsere Sprache. Wir müssen unsere Grenzen stärken“, sagte Orbán und fügte hinzu, dass niemand sagen könne, dies sei ein schönes Land, in das ich gerne kommen und hier leben würde, weil das Leben hier besser ist. Die Einwanderung nach Ungarn ist kein Menschenrecht. Es ist kein Menschenrecht. Dies ist unser Land. Ungarn ist eine Nation, eine Gemeinschaft, eine Familie, mit ihrer eigenen Geschichte, Sprache und Tradition.“

„Wenn jemand die ungarische Grenze ohne die Erlaubnis des ungarischen Staates überschreitet, müssen wir uns verteidigen und ihn aufhalten. Wir müssen unsere eigenen Leute vor jeder Gefahr schützen.“

„Es gibt kein grundlegendes Menschenrecht, das garantiert, dass jeder in das Land einreisen kann.“

Orbán sagte, dass mehrere europäische Länder während der Migrantenkrise beschlossen hätten, ein neues Kapitel in ihrer Geschichte aufzuschlagen, das er als „neue Gesellschaft“ bezeichnete. Der Ministerpräsident fügte hinzu, dass es sich um eine postchristliche und postnationale Gesellschaft handle, in der sich verschiedene Gemeinschaften vermischen, und man wisse nicht, welche Folgen das haben werde.

„Ich halte das für eine extrem gefährliche Sache, und jede Nation hat das Recht, diese Gefahr anzunehmen oder abzulehnen. Wir Ungarn haben beschlossen, die Verwirrung in unserer Gesellschaft nicht zu riskieren,“ so Orbán.

Der Ministerpräsident fügte hinzu, dass Ungarn wegen dieser Entscheidung angegriffen wird, was auch der Grund für sein schlechtes persönliches Image ist. „Ich werde in der Europäischen Union wie ein schwarzes Schaf behandelt“, sagte er.

Auf die Frage, welche Folgen die Aufnahme von Migranten für Deutschland hätte, sagte Viktor Orbán: „Die Diplomatie verlangt, dass man maßvoll bleibt, aber es war die Entscheidung der Deutschen. Sie sind das Risiko eingegangen und haben bekommen, was sie verdient haben.“ Er betonte jedoch, dass er darauf bestehe, dass die Ungarn in der Frage der Migration selbst entscheiden können.

Orbán sagte ferner, die Liberalen hätten ein Problem mit dem Erfolg der mitteleuropäischen Staaten.

„Wir sind dabei, eine wirtschaftlich, politisch, kulturell und sogar demografisch erfolgreiche Gesellschaft aufzubauen“.

- sagte er. Er fügte hinzu, dass die mitteleuropäischen Staaten ihren Erfolg auf eine völlig andere Art und Weise erzielt hätten, als es die westlichen Länder von ihnen erwarteten.

„Westliche Liberale können nicht akzeptieren, dass es eine nationalkonservative Alternative gibt, die im Alltag erfolgreicher ist als die liberale Sichtweise. Deshalb kritisieren sie uns“, sagte er.

Zur Unterstützung eines Oppositionsbündnisses durch die US-Linke bei den ungarischen Wahlen im Frühjahr sagte der Ministerpräsident, er hätte sich vor Jahren nicht vorstellen

können, dass „ehemalige kommunistische politische Kräfte und die antisemitische Rechte eine Koalition bilden und bei den Wahlen gemeinsam antreten würden“. Orbán sagte, er sei überrascht, dass die internationale Gemeinschaft dies „so einfach akzeptiert“ habe, und er sei insbesondere von der Haltung der Vereinigten Staaten überrascht, was eine völlig neue Erfahrung sei.

Auf die Frage, ob er nicht über eine mögliche internationale Einmischung in die ungarischen Wahlen besorgt sei, sagte der Ministerpräsident: „Wir sind nicht besorgt, weil wir darauf vorbereitet sind. Natürlich wird die internationale Linke alles tun, um einen Regierungswechsel in Ungarn herbeizuführen, aber wir sind uns dessen bewusst und wir sind darauf vorbereitet. Wir wissen, wie man den Fehdehandschuh aufnimmt und wie man sich wehrt“.

Tucker Carlson hat mehrere Tage in Ungarn verbracht. Der Moderator, der in den letzten Tagen wegen seines Besuchs in Ungarn von der liberalen Presse angegriffen wurde, wird am 7. August in Esztergom an der Talentförderungsveranstaltung MCC Fest – Giving Talent a Voice des Mathias Corvinus Collegium (MCC) teilnehmen und dort einen Vortrag halten sowie mit seinem Team einen Dokumentarfilm über Ungarn drehen. Carlson wird die ganze Woche über auf Fox News aus der ungarischen Hauptstadt berichten.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Vom Ausland finanzierte politische Aktivisten

**„RELIGIÖSE SENSIBILITÄT“ GILT NUR FÜR MUSLIMISCHE
EINWANDERER**

Von Magdolna Gedeon

06. 08. 2021



Magdolna Gedeon · Foto: Univ Miskolc

„Maxima debetur puero reverentia“, oder „Lass das Kind mit größter Ehrfurcht umgeben“, ist die ewige moralische Regel, die Iuvenalis im frühen zweiten Jahrhundert formulierte. Der berühmte römische Dichter war der Ansicht, dass diese Regel von denjenigen gebrochen wurde, die Kindern ein hässliches, unangemessenes, unmoralisches Verhalten vorlebten und ihnen ein schlechtes Beispiel gaben.

Es ist eine seit prähistorischen Zeiten bekannte und allgemein akzeptierte Regel, dass der Vater männlich und die Mutter weiblich ist und dass die gesunde körperliche und geistige Entwicklung der Kinder nicht durch ein unangemessenes, unnatürliches Beispiel beeinflusst werden darf. Heutzutage gibt es jedoch Organisationen, die unter anderem von Open Society Foundations finanziert werden, die sich selbst als „NGOs“ bezeichnen und versuchen, ihre Ziele zu erreichen, indem sie die natürlichen moralischen Standards auf der Grundlage ihrer eigenen Weltanschauung zerstören. In ihrer unendlich egoistischen, geldgierigen Welt ist kein Platz für den Respekt vor Kindern, denn sie kümmern sich nur um ihre eigenen Interessen und die ihrer globalistischen Mitläufer. Diese Organisationen sind nicht legitimiert, und ihre Aktivitäten zielen genau darauf ab, die legitimen gesetzgebenden Organe zu umgehen. Dadurch sieht sich die ungarische Regierung, die beschuldigt wird, diktatorische Macht auszuüben, gezwungen, natürliche, selbstverständliche Regeln zu erlassen, um sich im Einklang mit dem Rechtsstaat zu verteidigen; sie tut dies anstatt diese Organisationen einfach zu zerschlagen.

Daher war es auch notwendig, das Kinderschutzgesetz zu erlassen, das Minderjährigen den Schutz gewähren soll, der ihnen zusteht. Ein Minderjähriger, der leicht zu beeinflussen ist, ist naturgemäß nicht in der Lage, verantwortungsvolle Entscheidungen über seine eigene Identität zu treffen. Dennoch verkünden so genannte Rechtsgelehrte, dass dieses Gesetz homophob, hasserfüllt, die Rechte von Homosexuellen einschränkend und diskriminierend sei und dass die Rechtsstaatlichkeit abgeschafft werde, weil Aktivisten einer mikroskopisch kleinen Minderheit, die aus dem Ausland finanziert werden, Minderjährigen nicht frei ihre „Meinung“ vermitteln können, dass sie ein anderes Geschlecht haben können als das, mit dem sie geboren wurden.

Das Ziel der Globalisten ist es, die EU-Institutionen dazu zu bringen, unserem Land unter Berufung auf die formbaren europäischen Werte eine Art von Sanktion aufzuerlegen, damit sie ihre eigenen lebensfeindlichen Ziele erreichen können. Eine sehr kreative Auslegung des Gesetzes könnte zu Vertragsverletzungsverfahren, der unrechtmäßigen Einbehaltung von EU-Rückforderungsmitteln oder sogar zu Verfahren nach Artikel 7 führen. Wie dem auch sei, entsteht Schaden, denn die Meinungsfreiheit von LGBTQ-Propagandisten soll wichtiger sein als das Recht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen. Es scheint, dass die Kritiker des Gesetzes die Rechtssicherheit nicht mehr als einen europäischen Wert betrachten.

Die „unabhängigen NGOs“ behaupten immer Recht zu haben, denn sie sind nicht nur unabhängig, sondern auch Experten. Diese Organisationen bilden ein Netzwerk, dessen Mitglieder in allen Fragen denselben Standpunkt vertreten. Sie erwecken damit den Eindruck, dass es die Abweichung von den von ihnen aufgestellten Regeln ist, die es zu bekämpfen gilt. Das ist es, was sie bescheiden ihr „Fachwissen“ nennen. Unter Berufung auf die Meinungsfreiheit können diese unterdrückten, verfolgten „NGOs“ also über die ungarische Regierung sagen, was sie wollen, aber sie dürfen nicht die Wahrheit sagen, denn ihr rotes Herz mit dem zivilen Etikett schlägt nur für die unaufgeklärten Bürger.

Als der Sprecher von Fidesz 2015 unter anderem behauptete, dass das Helsinki-Komitee die politischen Interessen des internationalen Spekulationskapitals vertrete, zog die „unabhängige NGO“ unter dem Vorwand der Rufschädigung vor Gericht, und das Gericht verurteilte die Regierungspartei zur Zahlung einer Million Forint Schadenersatz. Vor Gericht

stellt sich in der Regel heraus, dass die „NGO“ zwar ihre Meinung zu jedem Thema ohne Konsequenzen äußern können, dass aber alle Äußerungen von Mitgliedern der Regierungsparteien über sie als Tatsachenbehauptungen betrachtet werden, die das Gericht trotz ihres offensichtlichen Charakters als unbewiesen betrachtete. Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) entschied schließlich, dass das frühere NGO-Gesetz, das von aus dem Ausland finanzierten NGO verlangte, anzugeben, woher sie Gelder über einem bestimmten Betrag erhalten haben, gegen europäisches Recht verstoße, da es unter anderem den freien Kapitalverkehr behinderte, da Spenden an NGOs als Kapital gelten. Das Urteil deutet also darauf hin, dass der EuGH der Ansicht ist, dass das Helsinki-Komitee die politischen Aufträge des spekulativen Kapitals erfüllt, da der Zweck des Kapitals darin besteht, seinem Investor zu nützen, und George Soros selbst sich seiner spekulativen Vergangenheit rühmte.

Natürlich hat das Helsinki-Komitee, das alles zu wissen scheint, diesen Widerspruch nicht bemerkt und behauptet weiterhin, dass in Ungarn Zivilisten verfolgt werden, weil das Interesse einiger „Nichtregierungsorganisationen“ daran, nicht zu offenbaren, wer sie unterstützt, um die öffentliche Meinung „morgens, abends und tagsüber“ gegen die rechtmäßige ungarische Regierung aufzubringen, viel wichtiger ist als die verfassungsmäßige Ordnung des Staates oder das Interesse an Transparenz. Nach Ansicht des „verfolgten“ Helsinki-Komitees leiden nur die LGBTQ-Gemeinschaften mehr als sie und ihre befreundeten Organisationen.

Der Mythos von der unabhängigen Professionalität der Soros-Organisationen wurde kürzlich offiziell entlarvt. Grégor Puppincq, Direktor des Europäischen Zentrums für Recht und Gerechtigkeit, hat einen Bericht über die Herkunft der Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und ihre Zugehörigkeit zu diesem Gremium erstellt. Dem Bericht zufolge ist es besorgniserregend, dass mehrere Richter zuvor für Organisationen gearbeitet haben, die von den Soros-Stiftungen finanziert werden, und daher, so Puppincq, ihr Amt auf der Grundlage einer Ideologie ausüben.

So wurde im Europarat eine Untersuchung über die Unabhängigkeit des EGMR eingeleitet. Laut Puppincq handeln einige der UN-Menschenrechts-„Experten“ nicht nach professionellen Grundsätzen, sondern nach dem freien Fluss des Kapitals. Trotzdem werden die Ansichten besorgter Eltern und echter Nichtregierungsorganisationen (wie CitizenGo) zu den Kinderschutzbestimmungen von den EU-Institutionen völlig ignoriert, die sich bei ihren Entscheidungen oder bei der Erstellung von Berichten zur Rechtsstaatlichkeit auf das „Fachwissen“ weltanschaulich geprägter Nichtregierungsorganisationen verlassen. Gleichzeitig machen sie sich ständig Sorgen um die Demokratie. Es ist interessant, dass nur die repressive, autokratische ungarische Regierung an den Meinungen der betroffenen Eltern interessiert ist.

Letztes Jahr haben LGBTQ-Organisationen auf provokante Weise die Heilige Krone, das Fest Mariä Himmelfahrt und das Fest des Heiligen Stephanus „infiltriert“. In solchen Fällen ist die Sensibilität religiöser Menschen natürlich irrelevant; sie ist nur im Falle muslimischer Einwanderer von Bedeutung. Und jetzt wurde sogar versucht, die ungarische Fußballnationalmannschaft in solche niederen politischen Spiele hineinzuziehen. All dies ist kein Problem, da diese Organisationen lediglich ihre verfassungsmäßigen Freiheiten wahrnehmen. Aber jeder, der es wagt, gegen die gewaltsame Verbreitung von LGBTQ-Propaganda zu protestieren, wird von den „unabhängigen NGOs“ im Chor mit der Linken sofort als Homophober und als Hasser, der die europäischen Werte verleugnet, gebrandmarkt. Und die UEFA verhängt – ebenfalls auf der Grundlage von „unwiderlegbaren“ Beweisen, die von einer „NGO“ vorgelegt wurden – eine Geldstrafe.

Manfred Weber sagt, Europa sei das Versprechen der Freiheit. Deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass aus dem Ausland finanzierte politische Aktivisten die Freiheiten derjenigen, die sich ihnen widersetzen, mit Füßen treten, indem sie sich missbräuchlich auf deren Freiheiten berufen.

Die Autorin ist Juraprofessorin und Universitätsdozentin

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Ehemalige Jobbik-Politiker wegen Betrugs vor Gericht

Von László János Szemán

06. 08. 2021



József Virág - Foto: Facebook

József Virág, der ehemalige Jobbik-Gesundheitspolitiker, wird auf der Anklagebank sitzen, wenn der Fall von Csanád Szegedi, dem ehemaligen Europaabgeordneten der ehemals rechtsgerichteten Jobbik-Partei, die sich nun der linken Anti-Orbán-Koalition zugesellt hat, und seinen Kollegen vor Gericht verhandelt wird. Den ehemaligen Politikern wird Haushaltsbetrug vorgeworfen, der besonders die Europäische Union geschädigt hat.

Der ehemalige Jobbik-Politiker Virág muss sich im kommenden Herbst in einem EU-Betrugsfall vor Gericht verantworten, wie die ungarische Tageszeitung *Magyar Nemzet* erfuhr. Damals wurde József Virág von Csanád Szegedi, einem ehemaligen

Europaabgeordneten der Jobbik, als Gesundheitsexperte der Jobbik-Fraktion im Europäischen Parlament und Leiter des Gesundheitskabinetts der Budapester Sektion der Partei vorgestellt.

Die Untersuchung wurde auf Empfehlung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) gegen Csanád Szegedi eingeleitet, einen ehemaligen Europaabgeordneten, der bis zu seinem Rücktritt im Juli 2012 Mitglied und einer der Führer der Jobbik-Bewegung für Ungarn war. Er wurde 2018 als Verdächtiger bei der Zentralen Ermittlungsstelle der Staatsanwaltschaft vernommen.

Laut der Anklageschrift soll der ehemalige Europaabgeordnete zwischen 2009 und 2014 in Ausübung seines Mandats einen erheblichen Teil der ihm verfügbaren Mittel veruntreut haben. So soll er beispielsweise unrechtmäßig Reisekosten erhalten, seine parlamentarischen Assistenten teilweise fiktiv beschäftigt und in mehreren Fällen die Kosten für Besuchergruppen in Brüssel oder Zuschüsse für die Erstellung von Veröffentlichungen falsch abgerechnet haben. So wurden beispielsweise deutlich günstigere Flugreisen zwischen Budapest und Brüssel in der Regel als teurere Autofahrten verbucht.

Laut Anklageschrift hat der ehemalige Europaabgeordnete teils allein, teils mit Hilfe seiner akkreditierten parlamentarischen Assistenten und der Geschäftsführer verschiedener Unternehmen die zuständigen Stellen des Europäischen Parlaments getäuscht und dem Haushalt des Europäischen Parlaments einen finanziellen Schaden von mehr als 155 Millionen Forint zugefügt.

Die schwerste von den Angeklagten begangene Straftat wird mit einer Höchststrafe von fünf bis zehn Jahren Haft geahndet.

Dem ehemaligen Europaabgeordneten drohen bis zu zehn Jahre Haft für die kumulierten Straftaten.

József Virág war einer der Assistenten von Csanád Szegedi, der nach Brüssel gemeldet worden war, aber gleichzeitig in der onkologischen Abteilung des Krankenhauses in der Péterfy-Sándor-Straße arbeitete. Der Beschwerdeführer hat dies OLAF und den ungarischen Behörden als Zeuge mitgeteilt. Das Verfahren wurde eingeleitet, nachdem Balázs Lenhardt, der die Jobbik-Fraktion verlassen hatte, OLAF über mögliche „Tricks“ von Csanád Szegedi informiert hatte. Das OLAF hat daraufhin Balázs Molnár, einen ehemaligen Vertragsbediensteten des Europäischen Parlaments, als Zeugen vernommen und bereits ein Ermittlungsverfahren gegen zwei ungarische Europaabgeordnete wegen Betrugsverdachts eingeleitet.

Balázs Molnár erklärte gegenüber Origó, dass er bereits 2013 eine Beschwerde gegen die beiden Jobbik-Abgeordneten Béla Kovács und Csanád Szegedi eingereicht habe. Balázs Molnár sagte, dass er während seiner Arbeit in Brüssel Einblick in mehrere Fälle von Korruptionsverdacht hatte, in deren Zusammenhang er im Februar vor OLAF ausgesagt hat.

Bekanntlich wurde Béla Kovács der Spionage gegen die Organe der Europäischen Union und des Haushaltsbetrugs zum Nachteil der Union für schuldig befunden und zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt, die für fünf Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Bukowski hatte Recht

Von Jože Biščak

05. 08. 2021



Wladimir Bukowski · Foto: Rob C. Croes (ANEFO) - GaHetNa (Nationaal Archief NL) / Wikimedia

Die Ungarn werden in einem Referendum darüber entscheiden, was sie von einem Bildungssystem halten, in dem Kinder ohne die Zustimmung ihrer Eltern über die Gendertheorie unterrichtet und dazu ermutigt werden sollen, ihre sexuelle Identität und Orientierung zu ändern. Die Verordnung wurde von Viktor Orbán angekündigt, nachdem aus Brüssel der Vorwurf laut geworden war, das Kinderschutzgesetz solle die LGBT-Gemeinschaft diskriminieren. In Wirklichkeit verbietet die Verordnung jegliche Sexualerziehung, da die ungarische Regierung der Ansicht ist, dass die Sexualerziehung der Kinder Sache der Eltern und nicht linker Aktivisten ist.

Das gilt nicht nur für Ungarn. Alle EU-Länder sollen bestraft werden, wenn sie sich widersetzen. Der gegen Orbán erklärte „Krieg“ ist nur ein Test für die anderen, die nur wegen

ihrer konservativen Weltanschauung ins Visier genommen werden und weil sie es wagen, jenen Teil der Souveränität zu bewahren, der nie an die Brüsseler Eliten übertragen wurde. Deshalb werden sie der Angriffe auf Minderheiten (sexuelle, rassistische), der „unabhängigen“ Medien, der Abkehr von der Rechtsstaatlichkeit und anderer solcher Behauptungen beschuldigt, die aus der Luft gegriffen sind. Die Gründungsdokumente der EU machen deutlich, dass die europäische Kultur auf christlichen Grundlagen aufgebaut ist. Die neuen Länder sind der Union hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen beigetreten. Was sie heute im Brüsseler Berlaymont-Palast tun, ist eine Usurpation der Macht und ein Verrat an einem Europa der Vaterländer, wie es ihn in der Geschichte des alten Kontinents noch nie gegeben hat.

Die Kernländer (was auch immer das heißen mag) der EU sind heute weit von dem Ideal der Demokratie und Freiheit entfernt, wie in den Ländern zu sehen war, die jahrzehntelang unter der Diktatur des Kommunismus litten. Dies wurde (und wird) von Dissidenten beobachtet, die in den Westen flohen, um der Partei und der politischen Polizei zu entkommen. Einer von ihnen war der (leider verstorbene) Wladimir Bukowski. In diesem Jahr jährt sich der vielbeachtete Gefangenenaustausch zwischen West und Ost am Flughafen Zürich zum 45. Mal. Die Sowjets übernahmen den Sekretär der Kommunistischen Partei Chiles, **Luis Corvalán**, und der russische Dissident und Schriftsteller **Wladimir Bukowski**, der sich später in der Universitätsstadt Cambridge niederließ, betrat westlichen Boden. Dreißig Jahre später (2006) sagte er in einer Rede vor europäischen Parlamentariern (auf Einladung der ungarischen Fidesz):

„Die linken Parteien und die Sowjetunion waren sehr gegen die europäische Integration, weil sie darin ein Mittel sahen, ihre sozialistischen Ziele zu blockieren. Seit 1985 haben sie jedoch ihre Einstellung völlig verändert. Die Sowjets kamen zu dem Schluss und vereinbarten mit den linken Parteien, dass sie, wenn sie zusammenarbeiteten, das gesamte europäische Projekt an sich reißen und es auf den Kopf stellen könnten. Statt eines freien europäischen Marktes würden sie die EU in einen Bundesstaat verwandeln.“

Bukowski ist auch der „Vater“ des Akronyms EUSSR, das aus der Verschmelzung der Akronyme EU (Europäische Union) und UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) hervorgegangen ist. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass der bürokratische Superstaat (die EU) der Sowjetunion immer ähnlicher wird und die Tyrannei nur noch zunehmen wird. Deshalb galt er in seinen letzten Lebensjahren (er starb 2019) in den westlichen Mainstream-Medien als Rechtspopulist, auch wenn er nur davor warnte, dass sich die EU vom Ideal der Freiheit entfernt und zu kontrollierten und zensierten Demokratien wird.

Bukowski war nicht der einzige, der vor dem kommunistischen Regime geflohen ist oder es erlebt hat und dann den gleichen Totalitarismus in der westlichen Welt und in den „Demokratien“ erlebt hat. Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, die die westlichen Demokratien als Referenz für Freiheit ansahen, aber heute werden sie Zeugen des Aufstiegs einer Kultur des Widerrufs (cancel culture) und der Identitätskriege, die einst mächtige Kulturen wie einen Strudel nach unten ziehen können.

Professor **Lei Zhang**, der die härteste Form des Marxismus in China erlebt hat, ist besorgt über die auffallenden Ähnlichkeiten zwischen dem, was Mao Tse-tung tat, und dem, was westliche liberale Eliten tun. Die chinesische Partei hat den Kindern eingebläut, dass sie nur den kommunistischen Führer und die Revolution lieben sollen. Wenn man nicht einverstanden war, wurde man bestraft. Selbst im Westen gibt es heute kein freies Denken

mehr, wenn es um Gender-Theorie, die LGBT-Agenda oder kritische Rassentheorie geht. Der Modus Operandi ist derselbe, die marxistische Dialektik hat lediglich die Klassenkategorien durch Identitätskategorien ersetzt.

Die Auswirkungen des wiederauflebenden kommunistischen Totalitarismus müssen schnellstens bekämpft werden, sonst wird unsere Zivilisation so beschädigt, dass alles niedergerissen und neu aufgebaut werden muss.



Jože Biščak ist Chefredakteur und Herausgeber der Wochenzeitung Demokracija, langjähriger Enthüllungsjournalist, seit 2020 Präsident des slowenischen Verbands der patriotischen Journalisten und Autor von drei Büchern.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Stiftung „Geschützte Gesellschaft“ (Aktualisierung)

03. 08. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Im Juli 2021 wurde in Ungarn eine Nichtregierungsorganisation, namens „**Stiftung Geschützte Gesellschaft**“ – [Védett Társadalom Alapítvány](#) – gegründet, die Schutz gegen jene Organisationen und Ideologien bieten will, die die Auflösung der physischen, biologischen und moralischen Grenzen der Gesellschaft bzw. Familie zum Ziel haben. Die **Gründer der Stiftung** glauben, dass die geschaffene Welt nur durch die Befolgung und Weitergabe der Traditionen unserer Vorfahren erhalten werden kann. Sie vertreten die Auffassung, dass die aufgrund der Gesetze des Schöpfers bestehende Ordnung, die ewigen Werte und die universelle menschliche Kultur unter allen Umständen geschützt, bewahrt und bereichert werden müssen. Dass die Gemeinschaften, wie Familie und Nation, sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene die Grundlage des zwischenmenschlichen Lebens und unserer Zivilisation sind..

Die Gründer der Stiftung stellen sich **gegen jene ideologische Kräfte, die traditionellen Werte aggressiv angreifen und die Ordnung in ihren Grundfesten unterwandern wollen**. Sie glauben, dass man mit der Kraft des Glaubens der Liebe, der Reinheit der Seele und dem auf Traditionen begründeten Erfahrungswissen gewappnet ist, um über die materialistischen Kräfte zu triumphieren. Über jene Ideologen, die ihre Herrschaft aufgrund ihrer wirtschaftlicher, politischer und manipulativen Stärke immer offener und gewaltsamer ausbreiten wollen.

Die „**Stiftung Geschützte Gesellschaft**“ beruht auf einer Vielfalt von lebensbejahenden, selbstbewussten Individuen, Familien, Gemeinden und Nationen, die ihren Glauben, ihre Kultur und ihre Traditionen frei ausleben wollen. Die Stiftung will sich allen auf die Auflösung der physischen, biologischen und moralischen Grenzen abzielenden globalistischen Organisationen und Ideologien entgegenstellen.

Die Stiftung verteidigt:

- die auf Gerechtigkeit und Vernunft beruhende Rechtsordnung,
- die menschliche Würde und das menschliche Leben, von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod,
- das auf der Ehe beruhende natürliche Familienmodell,
- das Recht der Eltern, ihre Kinder entsprechend ihrer moralischen Überzeugung zu erziehen,
- die Freiheit von Religion und Gewissen,
- die Freiheit der Meinungsäußerung und Überzeugung,
- die Kontinuität der Moral, der Kultur und der die nationale Identität bildenden Traditionen.

Die **Stiftung Geschützte Gesellschaft** will sich weltweit aktiv für die Bewahrung der auf der eigenen Tradition begründeten, geschützten, sicheren, freien und friedlichen Gesellschaftsmodelle engagieren.

Der Vorsitzende der Stiftung ist **László Földi**.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aktualisierung vom 03. August 2021:

László Földi hat als Geheimdienstexperte und ehemaliger „Director of Operations“ des ungarischen Geheimdienstes bereits vor einiger Zeit zur „Migrationsfalle“ klare Stellung bezogen und vor einem Bürgerkrieg in Europa gewarnt:

<https://www.youtube.com/watch?v=lzWDjcz828c>

Vgl. auch unseren Beitrag:

22) Kritik am Modell der „offenen Gesellschaft“

Von László Földi (Experte für nationale Sicherheitsfragen)

15. 03. 2021



Karl Marx · Foto: Visegrád Post

Magyar Nemzet

Die 1938 gegründete *Magyar Nemzet* (dt. „Ungarische Nation“) ist die größte Tageszeitung Ungarns und steht der Regierung von Viktor Orbán nahe.

Da eine Gesellschaft nicht offen sein kann, führt die Verwendung dieses Ausdrucks zu begrifflichen Verzerrungen. Diese beiden Wörter, die zusammen verwendet werden – „Gesellschaft“ und „offen“ – sind antinomisch. Alle Gesellschaften in der Geschichte haben innerhalb eines bestimmten Rahmens existiert, und das ist immer noch der Fall: Es ist das einzige funktionierende Modell. Das ist es, was nationale Grenzen am besten symbolisieren, indem sie geografische Einheiten begrenzen, die von denjenigen bevölkert werden, die der gleichen Nation angehören. Auch die Abschaffung der Binnengrenzen der Europäischen Union wurde zwar offiziell proklamiert, war aber in der Praxis nur so lange wirksam, bis der erste harte Schlag kam – eine Flut illegaler Einwanderer oder eine unwillkommene Pandemie –, woraufhin man bald feststellte, dass es doch noch eine Grenze zwischen Deutschland und Österreich gibt, und dass, sobald eine Lösung für ein unerwünschtes Problem gefunden werden musste, Dänemark und andere Länder der Union diese einst als überflüssig erachteten Verteidigungslinien neu interpretierten. Mit anderen Worten: Das Prinzip der „offenen Grenzen“ ist charakteristisch für eine Zeit der Konsolidierung, des Lebens ohne Probleme und ohne Schutzbedürfnis.

Gegenüber jeder Nation stellt die perverse Logik der „offenen Gesellschaft“ automatisch ihre kulturellen Besonderheiten, ihre Sprachgemeinschaft, ihre ideologische und religiöse Identität in Frage. Wer diese Strukturen aufweichen oder leugnen will, stellt bewusst den Sinn seiner eigenen Existenz in Frage und stellt sich außerhalb der sozialen Gemeinschaft. Er darf in dem Land seiner Wahl leben, aber nur als willkommener Gast. Er kann sich überall niederlassen, wo er will – mit der vielleicht nicht so überraschenden Ausnahme einiger arabischer Länder –, aber das Wahlrecht ist denjenigen vorbehalten, die die Regeln der Integration akzeptieren. Sie genießen den Schutz des Gesetzes wie jeder andere auch, sofern sie innerhalb des Gesetzes leben, können aber nicht an der Definition des Gesetzes durch die gesetzgebende Vertretung teilnehmen. Und diese Regeln gelten auch für diese westliche Welt, die sich so tolerant gibt: Wenn das nicht der Fall wäre, warum sollte sie dann versuchen, Menschen, die nicht bereit sind, die von den Gastländern vorgeschriebenen Bedingungen zu respektieren, per Gerichtsbeschluss auszuweisen?

Auch inmitten des Wandels der Zeiten und der gesellschaftlichen Mutationen gibt es Regelmäßigkeiten, Grundwerte und von Zeit zu Zeit auch Fehler, die offensichtlich dringend korrigiert werden müssen. Aber am Ursprung jedes objektiven Prozesses steht der Mensch – *ecce homo* – der das Geschehen lenkt. Der Mensch, der schafft, Ideale schmiedet und – im Besitz der Fähigkeiten, die er seinem Schöpfer verdankt – die Verantwortung für die Entwicklung trägt, die seiner Zeit obliegt. Der Mensch ist nie frei von individuellen Persönlichkeitsmerkmalen, ob sie nun positiv und zukunftsweisend sind oder im Gegenteil monströs und so beschaffen, dass ihre Umsetzung die Mehrheit nur ins Unglück stürzen kann.

Es hat sich oft gezeigt – wenn auch meist erst im Nachhinein –, dass prominente historische Persönlichkeiten einige ihrer Ideen und Errungenschaften den Unzulänglichkeiten ihrer Persönlichkeiten zu verdanken haben. Einerseits gibt es eine kreative Kraft, die sie auszeichnet. Auf der anderen Seite gibt es diese Schwäche in ihren Egos, diese Deformierung, durch die sie bewusst von der Normalität abweichen. Die Frage ist nur,

welcher von beiden sich durchsetzen wird. Die extremen Ideen, die in den Theorien der philosophischen Schulen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts aufgetaucht sind, und die inzwischen ihre Virulenz bewiesen haben, haben offensichtlich ihre Wirkung gehabt, und die Menschen leben noch heute unter ihrem Einfluss. Zu den ideologischen Vorläufern der Theorien der „offenen Gesellschaft“ gehören Namen wie Marx, Engels, Antonio Gramsci, Max Horkheimer oder Herbert Marcuse, in deren Leben diese beiden Persönlichkeiten genau betrachtet werden können.

Marx, der Patriarch der kommunistischen Ideologie – wie Horkheimer, der die Frankfurter Schule leitete – wurde staatenlos und musste aus Deutschland fliehen. Marx musste nach Großbritannien fliehen, während Horkheimer in die Vereinigten Staaten emigrierte. Es steht außer Zweifel und ist leicht zu verstehen, dass eines der wesentlichen Elemente ihres philosophischen Denkens die Suche nach einem kosmopolitischen Leben war, die Negation des bestehenden Gesellschaftsmodells, durch das sie die Perspektive einer a-nationalen Existenz zu formalisieren versuchten. In den philosophischen Thesen des Italieners Antonio Gramsci, der an körperlichen und geistigen Defekten litt und dessen kurzes Leben – er starb im Alter von 46 Jahren – oft von Entbehrungen geprägt war, spiegelt die Hypothese der Alternativlosigkeit des Klassenkampfes die Schwierigkeiten seines Lebens wider.

Alles ist Revolution: Da das konsolidierte Leben nur das todgeweihte Symbol einer überholten Welt ist, darf man nicht zögern – erklärt er – Blut zu vergießen und die Nation zu destabilisieren – notwendige Opfer auf dem Altar einer neuen Zeit. Engels' Anti-Religiosität, die ihre Wurzeln im Vaterhaus hat, kann in die gleiche Kategorie eingeordnet werden. Auf der Flucht vor der Diktatur eines tief religiösen, aber strengen und rücksichtslosen Vaters nimmt es der junge Engels seinem Vater nicht übel, sondern sieht – erschreckend unsinnig – die Religion selbst als Quelle seiner Probleme. Herbert Marcuse, eines der Idole der 68er-Revolution, stellt da keine Ausnahme dar: Von seiner Persönlichkeit geht eine schädliche Strahlung aus. Das Ideal der freien Liebe, der Überwindung aller Tabus des Sexuallebens, verbreitete sich naturgemäß zuerst unter jungen Menschen, unter Äußerlichkeiten, die die Gesellschaft schockierten. Dieser Vergleich zwischen den oben genannten Denkern beinhaltet zweifellos einige Spekulationen, aber die subjektive Bestimmung des zu Abweichungen neigenden Menschen ist in der sie umgebenden Symbolik zu beobachten.

Aber es gibt noch etwas Schwerwiegenderes: In ihren persönlichen Eigenschaften und in ihrem Verhältnis zur Welt ist es nicht schwer, Ähnlichkeiten zwischen diesen Vorläufern und denen zu entdecken, die heute die Ideologie der „offenen Gesellschaft“ propagieren. Denn schließlich zeigen ihr Wunsch, über Nationen hinaus zu denken, ihre Theorie der Geschlechter und ihr Versuch, den Begriff der Familie neu zu definieren, deutlich die ideologische Sackgasse, in die sie uns zwingen. Man hat den Eindruck, dass ihre Philosophie der „offenen Gesellschaft“ eine Art Schlüssel ist, der den nationalen Rahmen sprengen soll. Durch den Spalt dieser bereits halb geöffneten Tür rauscht heimlich der Wind der „neuen Zeit“ herein. Wie können wir erklären, dass die Bewohner des Hühnerstalls ihrer Ansicht nach auch als Mitglieder der Familie betrachtet werden können? Hier muss ganz unverblümt gesagt werden, dass Familie – und das wird sich nie ändern – bedeutet: eine Mutter, ein Vater und ihre Kinder, während Hunde, Katzen und andere Tiere zwar Freunde der Familie sein können, aber nicht deren Mitglieder.

Unsere Aufgabe ist es, die Tür der Gesellschaft als Grundformat der menschlichen Gemeinschaft gegen diese abweichenden Ideologien zuzuschlagen. Die Elemente, die es bereits geschafft haben, unsere Immunabwehr zu überwinden, sind eine tägliche Herausforderung für alle, die sich für die Grundwerte der Menschheit einsetzen wollen.

Unabhängig von der Parteizugehörigkeit sollte jeder verstehen, dass wahre Offenheit bedeutet, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen und nicht Träume von Anarchie zu hegen, die zu vorhersehbaren Zerstörungen führen.

—

Dieser Beitrag erschien zuerst am 12. März 2021 in der [Magyar Nemzet](#) und wurde von der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION, aus dem Ungarischen übersetzt.

Hier noch ein ganz aktueller Beitrag von László Földi, in dem er die Zielsetzung der neuen **Anti-Soros-Stiftung** klar beschreibt:

Die Stiftung „Geschützte Gesellschaft“ (www.vdta.hu)

DIE UNERWÜNSCHTEN UND ZERSTÖRERISCHEN NEBENEFFEKTE DER GLOBALISIERUNG BEKÄMPFEN

Von László Földi

Die Kunst des Krieges besteht zum einen in der Konfrontation, zum anderen in der kunstvoll ausgeführten Methodik. Die Konflikte in der Antike und natürlich auch in unserer Zeit endeten oft in erbitterten Kämpfen, bei denen es – im moralischen Sinne – um die einfache Wahrheit ging, zu gewinnen oder besiegt zu werden. Es konnte keinen Kompromiss geben, denn die Situation eskalierte gerade deshalb, weil der Konflikt unversöhnlich war.

Aus dieser Perspektive betrachtet, zeigt unser heutiges Leben, dass die Normalität – die grundlegenden Werte der menschlichen Existenz – durch abnormale Herausforderungen gepeitscht werden und versuchen, unser Bewusstsein mit einer Art Entartung zu durchdringen. Wir haben keine Wahl und müssen den Fehdehandschuh aufnehmen, der uns hingeworfen wird. Bisher schien es selbstverständlich, die Normalität zu verteidigen, indem man sie einfach verteidigt, indem man Gleichgültigkeit vortäuscht, indem man über das, was man für absurd hält, lächelt. Wir, die Mehrheit, haben bis jetzt einfach normal gelebt. Denn auf diese Weise, so dachten wir, würden wir unsere eigene Welt schützen können. Aber es ist jetzt klar, dass wir unsere eigene Lösungsformel nach dem Motto „Die beste Verteidigung ist der Angriff“ überdenken müssen, wenn wir unbedingt und ohne Alternative gewinnen wollen.

Zu diesem Zweck nehmen wir, die Gründer und Betreiber der Stiftung „Sichere Gesellschaft“, die Verteidigung unserer Werte und der angegriffenen gesellschaftlichen Gruppen auf und **sagen der schädlichen Ideologie und den inakzeptablen Praktiken der Stiftung „Offene Gesellschaft“, die die Grundwerte der Normalität leugnet, den Kampf an.** Wir, die Mehrheit der Menschen in unserer Gesellschaft, tolerieren den Glauben und das Glaubensleben derjenigen, die andere Religionen als das Christentum praktizieren. Wir tolerieren das Anderssein der Geschlechter, die gleichgeschlechtliche Intimität. Aber wir tolerieren oder dulden die gesellschaftliche Akzeptanz von Perversität nicht, da wir sie als persönliche Tragödie des Einzelnen betrachten, die nicht Bestandteil eines normativen Systems sein kann. Gleichzeitig verfolgen wir alle Handlungen, die sich gegen Minderjährige richten, sei es in Worten oder Taten.

Die Stiftung für eine geschützte Gesellschaft sieht die Existenz und den Erhalt der normalen, d.h. der akzeptierten – der traditionellen – Gesellschaft als die zu verteidigende Herausforderung. Wir glauben an die Vielfalt, den politischen Pluralismus und die Interdependenz der Nationen. Aber wir wehren uns gegen untergeordnete Klassifizierungen – siehe: Doppelmoral – und die Verwischung der Kulturen entlang finanzieller Interessen, modisch ausgedrückt: eine globalisierte Welt. Alle Versuche, die Nationen zu beseitigen, sind in der Vergangenheit gescheitert und werden auch in Zukunft scheitern. Eine uniforme, „gemischte Welt“ zerstört alles, was die Menschheit bisher erreicht hat, insbesondere eine lebenswerte Welt. Die Länder der Vereinigten Staaten und Westeuropas sehen sich mit Krisen konfrontiert, die in den letzten Jahrzehnten beispiellos waren. Es zeigt sich, dass die Erhebung der globalen Ideologie zum gesellschaftlichen Status beispielsweise Schweden, das eine nahezu perfekte Lebensweise aufgebaut hatte, in ein Straßenschlachtfeld für kriminelle Einwandererbanden verwandelt hat. In Deutschland verschwinden Präzision, Ordnung und Berechenbarkeit im Alltag, während Vertrauen und Glaube aus dem Leben der Deutschen verschwinden.

Die Absurdität des offenen Gesellschaftsmodells wird am besten durch die Erklärung Tausender französischer Generäle und Offiziere in Frankreich verdeutlicht, die einen Bürgerkrieg vorhersagten. Ausgelöst wurde dieser Hilferuf durch die ausweglose Situation eines unkontrollierbaren Multikulturalismus, durch die Vielzahl dramatischer Vorfälle, die sich leider ganz natürlich aus dem Zusammenleben verschiedener Kulturen ergeben. Wir, die Vertreter und Anhänger der Stiftung für eine geschützte Gesellschaft, glauben, dass die Möglichkeit eines Kampfes der Ideen noch nicht ausgeschöpft ist, dass die Zeit der wirklichen Generäle noch nicht gekommen ist – obwohl es wichtig ist, zu wissen, dass sie hinter uns liegen – und dass vielleicht noch der Kampf der Vernunft geführt werden kann, um alles zu verteidigen, was die Würde der menschlichen Existenz darstellt. Die Kampfkunst hat immer noch ein Element der Kunst in den Kampf zu bringen. Die Form der Konfrontation ist Rhetorik und Überzeugungsarbeit. Es ist wichtig, dass jeder versteht, dass Gleichgültigkeit nicht den Erhalt von Normen fördert, sondern die Katastrophe herbeiführt. Schließlich steht es ideologisch außer Frage, dass eine lebenswerte Welt das Geburtsrecht und das Privileg eines jeden ist. Das Konzept der Nation ist auf der Rechten wie auf der Linken dasselbe. Denn in den Familien sind Mutter, Vater und ihre Kinder nicht nach ideologischen Gesichtspunkten organisiert, sondern werden durch ihr Verständnis und ihre Wertschätzung füreinander herausgefordert. Genauso wie in unserer heiligen Welt gibt es eine menschliche Ewigkeit, unabhängig davon, welche Kirchenvertreter ihren Anhängern predigen.

Um dies zu verteidigen, greifen wir an. Wir bauen ein Netzwerk auf, um dem bereits bestehenden globalistischen Netzwerk einen starken Gegner entgegenzusetzen. Wir mobilisieren gegen diejenigen, die aggressiv die Ideen der offenen Gesellschaft verbreiten. Wir werden nicht zulassen, dass junge Menschen ohne ausreichende Lebenserfahrung in die Falle der „Sensibilisierung“ tappen. Wir werden Demonstrationen organisieren und beweisen, dass es nicht notwendig ist, sich in entartete Kostüme zu hüllen, um seine Meinung zu äußern. Die Stiftung für eine geschützte Gesellschaft wendet sich daher an alle, die das Gefühl haben, dass Normalität der einzige Rahmen ist, in dem sie ihre politischen Ansichten frei äußern können, unabhängig von der Mode.

Denn die Stiftung ist keine politische, sondern eine zivile Initiative in einer Zeit, in der die ideologischen Auseinandersetzungen immer lauter werden. Wir wissen aber auch, welchen strategischen Wert wir verfolgen wollen. Für uns, die Mehrheit der Gesellschaft, ist es eine historische Herausforderung, den auf Irrtümern beruhenden Extremismus, die unerwünschte Begleiterscheinung des Globalismus, zu entlarven und ihn dorthin zurückzudrängen, wo er hingehört, in die Tiefen der Bibliotheken. Von der Gegenseite ist

nur das Geschrei einer winzigen Minderheit in übertriebener Form zu hören. Warum sollten wir das tolerieren? Warum sollten wir mit gesenktem Kopf hinnehmen, dass wir Provokationen ertragen müssen, die unsere Vorstellungskraft übersteigen?

Um es ein für alle Mal klarzustellen, wir betonen auch heute noch das Element der Kunst in dem Begriff Kampfkunst, und wir hoffen, dass dies ausreicht, um die menschliche Gesellschaft zu erhalten. Wir zweifeln nicht daran, dass die Vertreter der absurden Welt alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um uns daran zu hindern, unser Ziel zu erreichen. Aber was auch immer sie tun, das normale Leben ist ohne Alternative.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Protest der ungarischen Professoren gegen „Modernität“ und „Progressivität“

29. 07. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Die Batthyány-Gesellschaft der Professoren ist zutiefst besorgt darüber, dass in der europäischen Politik solche Doktrinen und Erwartungen durchgesetzt werden, die den traditionellen konservativ-bürgerlichen Werten grundlegend entgegenstehen.

Wir sind besonders besorgt darüber, dass die neoliberalen und neomarxistischen Prinzipien in ungarischen linksliberalen politischen Kreisen und in den sich unabhängig

nennenden Medien sowie in den NGOs, die diese Kreise unterstützen, immer deutlicher und kräftiger werden.

Wir sind nicht der Meinung, dass die **Nation** ein veraltetes historisches Konstrukt ist, die **durch eine supranationale Staatengemeinschaft ersetzt werden kann und muss**. Die meist wirtschaftlich und politisch motivierten Vorstellungen vergessen, dass sich die Menschen mit supranationalen politischen Organisationen nicht identifizieren können, weil sie einfach zu ihren Nationen gehören.

Wir bringen auch unsere Bestürzung über Bewegungen zum Ausdruck, die dafür stehen, **die Rolle des sozialen Geschlechts, des Genders aufzuwerten, das Geburtsgeschlecht abzuwerten** oder beides gegenüberzustellen. Es ist selbstverständlich, tolerant gegenüber Menschen zu sein, die alternative sexuelle Rollenmuster befolgen, aber wir halten es für inakzeptabel, die Praxis von politischen und vor allem LGBTQ-Gruppen, die „Modernität“ und „Progressivität“ von Homosexualität, Transgender-Identität oder anderen sexuellen Orientierungen bei Kindern zu fördern und zu bewerben.

Immer wieder sind wir entsetzt über die **antiklerikalen und sogar antireligiösen Haltungen von linksliberalen, neomarxistischen, „grünen“ und anderen politischen Organisationen**. Wir verstehen nicht, warum sie denken, dass die Religion der Vergangenheit angehöre.

Wir halten es für überaus **heuchlerisch, den im Ausland lebenden ungarischen Mitbürgern** unter Berufung auf wirtschaftliche und politische Erwägungen **die Staatsbürgerschaft verweigern zu wollen** und die Unterstützung zu kritisieren, die unser Land ihnen gewährt.

Die Batthyány-Gesellschaft der Professoren protestiert gegen jeden, der die traditionellen Werte der Nation, des Christentums und der Familie in Frage stellt oder untergräbt.

Wir glauben, dass diese Werte das Pfand für unsere Zukunft sind, unabhängig von der aktuellen politischen Macht. Deshalb ist es unser Recht und unsere Pflicht, unsere individuelle Freiheit, unsere gemeinschaftliche Identität, unsere christliche Kultur und unsere nationale Einheit mit allen verfügbaren Mitteln zu verteidigen.

Die Batthyány-Gesellschaft der Professoren wurde 1995 mit dem Ziel gegründet, um der ungarischen Nation intellektuelle Anregung zu geben und dadurch zur geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beizutragen. Die Gesellschaft **verpflichtet sich, die traditionellen europäischen Werte zu vertreten**

Graf Lajos Batthyány (1807–1849) war der **Ministerpräsident** der ersten unabhängigen Regierung des Königreichs Ungarn. Nach dem Niederschlag des Freiheitskriegs gegen die Habsburger (1848–1849) **wurde er hingerichtet**.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Ungarische Jugendbewegung: Ist Entartung die Zukunft?

28. 07. 2021



Youtube Screenshot

Die Jugendbewegung HVIM (Hatvannégy Vármegye, „64 Burgkomitate“) hielt auf der Budaer Seite der Szabadság-Brücke eine Gegendemonstration zu „Budapest Pride“ ab. Der Demonstration ging eine Petition von Dr. Tamás Gaudi-Nagy, dem Leiter des Nationalen Rechtsschutzdienstes, voraus, in der ein Verbot des „Budapest Pride“ -Aufmarsches im Rahmen des kürzlich verabschiedeten „Pädophilengesetzes“ gefordert wurde.

Dorka Kónya sprach auf der patriotischen Veranstaltung der HVIM auf dem Budapester Fővám-Platz. In ihrer Rede vermittelte sie eine starke Wertebotschaft und wies auf die degenerierte Welt hin, in der wir leben.

Transkript und Übersetzung des Videos, erstellt von UNSER MITTELEUROPA:

Das Youtube-Video wurde von Youtube kurz nach dem Erscheinen unseres Artikels gelöscht...

Über die Medien versuchen sie, uns alle zu indoktrinieren, dass wir jeden akzeptieren, dass wir alle Minderheiten akzeptieren. Selbst wenn wir von ausländischen Besuchern anderer Nationalitäten und Kulturen geschlagen, bespuckt oder ausgeraubt werden, sollten wir alle unsere Mitmenschen akzeptieren, die genetisch defekt aussehen, eine seltsame Veranlagung haben und ein ekelhaftes Verhalten gegenüber ihrem Land an den Tag legen; wenn wir das nicht tun, sind wir, wie sie sagen, böse Menschen, die in der letzten rassistischen Nazizeit stecken. Vielleicht sind viele Menschen in der Lage, so zu tun, als gäbe es dieses ganze Problem nicht. Sie äußern ihre Meinung nicht und verschließen ihre Augen und Ohren, so dass sie das ganze Phänomen fast aus ihrer eigenen kleinen Welt ausschließen. Aber wenn eine Person, die ihnen nahe steht, in ihrer eigenen Familie, in ihrem eigenen Freundeskreis auftaucht, dann ist es nicht so einfach. Lobbisten sagen oft, dass Homosexualität nicht aus der Mode kommt, nicht verbreitet werden kann, sondern von innen kommt. Ich weiß nur, dass in den USA die Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen, die in der Schule seit ihrem ersten Schuljahr Sensibilitätstraining erhalten haben, dass ein beträchtlicher Teil dieser Kinder heute nicht erkennen kann, ob sie ein Mädchen oder ein

Junge sind. Erzählen Sie mir also nicht, dass dies ein Zufall ist und dass ein Kind, das in einer normalen Gemeinschaft aufwächst, im 21. Jahrhundert Schwierigkeiten haben kann, überhaupt festzustellen, ob es ein Mädchen oder ein Junge ist. Dies ohne eine Telenovela, in der wir uns als Clowns darstellen und uns auf den Straßen von Budapest wie Degenerierte benehmen. Dies wäre nämlich die Zukunft der Hauptstadt und vieler Städte des Landes, für das unsere Vorfahren ihr Leben gegeben haben, des Landes, das eine tausendjährige Geschichte hat, des Landes, das die tatarischen und türkischen Einfälle und zwei Weltkriege überstanden hat, das Trianon und dann die russische Besatzung überstanden hat und nun in der Gegenwart angekommen ist, wo eine Bande von Menschen mit genetischen Defekten, die die körperliche Normalität leugnet und an psychischen Krankheiten leiden, versucht, die Macht zu übernehmen.

Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem unsere kulturelle und religiöse Identität fast vollständig mit Füßen getreten wird, und jetzt wird unsere geschlechtliche und nationale Identität zerstört, aber es sind unsere Kinder und Enkelkinder, die darunter leiden werden. Wenn Kindergartenkinder in der Öffentlichkeit nicht sagen dürfen, dass sie Mama und Papa haben, oder wenn man dem kleinen Mädchen keine Puppe und dem kleinen Jungen kein Auto mehr schenken kann, damit sie damit spielen, was in den skandinavischen Ländern bereits geschehen ist, dann werden sie mit geschlossenen Augen sehen, dass es kein Zurück mehr gibt. Und wenn Sie nicht wollen, dass man Ihnen Ihr Kind wegnimmt, müssen Sie mit uns kooperieren, und deshalb müssen wir jetzt kämpfen und dürfen uns nicht vor unserer Verantwortung drücken, denn es gibt noch Hoffnung. Sie können uns in den Medien niedermachen, sie können uns strafrechtlich verfolgen oder uns bedrohen, aber sie können uns nicht von der Straße wegbringen, denn wir werden immer genau dort sein, wo wir sein müssen, und wir werden immer für die Normalität eintreten. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass wir etwas haben, wofür es sich lohnt, gegen die andere Seite zu kämpfen.

(Ende des Transkripts)

Quelle: hvim.hu

Junge TikTokler schließen sich gegen liberale Inhalte zusammen und zeigen ihre Werte

Von Péter Walter Pál

Es ist nicht die erste christlich-rechte Manifestation auf der meist jungen sozialen Plattform, denn vor einigen Monaten wurde ein gemeinsames Projekt namens „Christian Resistance“ von Péter Walter Pál und seinem Team ins Leben gerufen.

Die Manifestationen des ungarischen Pride-Monats haben in den wertkonservativen, die Normalität verteidigenden Communities für viel Empörung gesorgt. Dies war auch bei den rechtsgerichteten TikTokern der Fall, die mit der Präsentation einer Alternative reagierten. Wenn man die Ideologie kennt, die von den meisten sozialen Plattformen vertreten wird, weiß man, dass es nur sehr wenige Möglichkeiten für national ausgerichtete Inhalte gibt, die rechte Werte unterstützen, aber wie der Siebenbürger Ungar Albert Wass schrieb: „Gemeinsam sind wir stark, getrennt sind wir schwach“

„Vergeblich versuchen sie, uns zum Schweigen zu bringen, wir haben die Pflicht, unsere Meinungen und Positionen auf jede erdenkliche Weise zu kommunizieren, vor allem an die jüngere Generation! Durch die Organisation dieser gemeinsamen Projekte wollen wir

zeigen, dass es tatsächlich Solidarität unter Gleichgesinnten gibt und dass nicht alle jungen Menschen von Regenbogenorganisationen und Traumgemeinschaften manipuliert werden können. Wir werden auf dem Boden der Realität bleiben, auf dem rechten!“ – so Projektorganisator Peter Walter Pál.

Video: www.youtube.com/watch?v=5-n1Wj5DuSQ

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Tamás Fricz: Die EU wird zerbrechen

Die Brüsseler Elite vertrat mit der starken Inspiration von Merkel und Soros und der globalen Finanzkreise eine einwanderungsfreundliche Haltung, und sie forderte diese auch von den Mitgliedstaaten.

Von Tamás Fricz

27. 07. 2021



Tamás Fricz · Foto: Elekes Andor / Wikimedia CC BY-SA 4.0

Im diesem abschließenden Teil meiner Serie über die Geschichte der EU aus der Perspektive des Föderalismus und des Kampfes um nationale Souveränität werde ich den Zeitraum von 1992, dem Jahr der Gründung der Europäischen Union, bis zum heutigen Tag betrachten.

Die Jahre nach der Gründung der Europäischen Union durch den Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 sind weiterhin durch einen heimlichen Föderalismus gekennzeichnet, der versucht hat, eine Vielzahl von Bereichen und Politiken zu supranationalisieren. Es handelt sich um Experimente, deren Auswirkung und reale Auswirkungen auf die europäischen Bürger vernachlässigt wurden.

Andererseits sind die 1990er und 2000er Jahre auch die Ära der Verträge, eine Zeit, in der Vereinbarungen über das Funktionieren der Union zwischen den Mitgliedstaaten geschlossen werden. Kennzeichnend für diese Vereinbarungen war, dass sie im Gegensatz zum heimlichen Vorgehen in den Fachbereichen offen die Zahl der Mehrheitsentscheidungen und damit das föderale Element in der Union erhöhten. Dies war der Fall mit dem Vertrag von Amsterdam (1997–1999) und dem Vertrag von Nizza (2000–2001), die die Position des Präsidenten der Europäischen Kommission (Kommission) und die legislative Rolle des Europäischen Parlaments (Parlament) stärkten.

Bis Mitte der 2010er Jahre haben zwei Ereignisse die föderalistischen Bestrebungen der EU-Elite verstärkt, die nun zu einer klar erklärten Absicht der globalistisch-liberalen Brüsseler Mainstream-Elite geworden sind.

Die erste war die US-Finanzkrise im Herbst 2008, die innerhalb kürzester Zeit auch in Europa große Auswirkungen hatte. Die Banken in den EU-Mitgliedsstaaten, vor allem im Süden, wurden verschuldet und zahlungsunfähig, und Länder, vor allem Griechenland, standen am Rande des Bankrotts. Die Spill-over-Effekte drohten die Gläubiger in den Bankrott zu treiben, was sich auf die gesamte EU ausweiten und das Gleichgewicht der zentralen Mächte gefährden könnte. Infolgedessen beschlossen die Brüsseler Führung, vor allem die Kommission, und die deutsche politische Führung, die das wirtschaftliche Kraftzentrum in der EU ist, unter der Führung von Angela Merkel, die Führung zu übernehmen und in Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen, der Europäischen Zentralbank (1998 gegründet), dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, in die inneren Angelegenheiten der betroffenen Mitgliedstaaten beim Krisenmanagement einzugreifen.

Diese Intervention hatte zwei Stränge: einen wirtschaftlichen und einen politischen. Auf der wirtschaftlichen Seite verhängte die Kommission Sparmaßnahmen für Länder am Rande der Krise, um die finanzielle Stabilität wiederherzustellen, wiederum mit besonderem Schwerpunkt auf Griechenland. Das bedeutete, dass die Schulden der in Not geratenen supranationalen Banken von Bürgern bezahlt wurden, die nichts mit der Krise zu tun hatten. Andererseits erhielt Griechenland wiederholt Hilfspakete, deren Bedingungen von den oben genannten Organisationen festgelegt wurden, die die griechische Wirtschaftspolitik diktierten, mit anderen Worten, die griechische Souveränität war in dieser Hinsicht in Gefahr.

Und die politische Einmischung zeigte sich darin, dass die Kommission mitten in der Krise im Jahr 2011 Ministerpräsidenten an die Spitze Italiens und Griechenlands „delegierte“, ohne Wahlen und damit ohne demokratische Legitimation. Mario Monti und Ioannis Papalekas waren beide ehemalige Mitglieder der globalen Finanzelite, Monti war ein ehemaliger EU-Kommissar und Papalekas ein Wall Street Banker. Diese beiden Schritte

waren eine starke Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten und demonstrierten ein „Modell“, das durch eine Missachtung der nationalen Souveränität und eine absolute Ausweitung des Föderalismus gekennzeichnet war.

So hat es sich die Kommission nach und nach zur Gewohnheit gemacht, sich direkt in die Finanz- und Haushaltsentscheidungen eines Mitgliedstaates einzumischen und dabei die Tatsache zu missbrauchen, dass das Krisenland gezwungen ist, sich bei den internationalen Finanzinstitutionen zu verschulden, und dass die Brüsseler Elite im Gegenzug für den Kredit Haushaltsmaßnahmen auferlegt. Dieser sich abzeichnende Bundestrend wurde jedoch von Ungarn, der Regierung Orbán, gebrochen, die 2010/11 Nein zur Kreditaufnahme sagte und ihren eigenen Weg ging: Sie versuchte, mit souveränen, sogenannten unorthodoxen – natürlich nur aus neoliberaler Sicht unorthodoxen – wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit Sondersteuern auf multinationale Unternehmen, aus der Krise zu kommen – und wir wissen heute, dass dies ein voller Erfolg war.

Ungarn wehrte sich daher gegen wirtschaftliche und finanzielle Interventionen und damit gegen die „funktionalistische“ Entwicklung hin zum Föderalismus. Die Orbán-Regierung wandte sich scharf gegen den Spill-over-Effekt aus dem griechischen und italienischen Krisenmanagement, was in der Natur der Sache zu einem scharfen Konflikt zwischen dem Ausschuss und den föderalistisch-globalistischen Kreisen des Parlaments (insbesondere dem LIBE-Ausschuss) und Ungarn führte. Ungarn war somit das erste Land, das als neu beigetretener EU-Mitgliedstaat in Mitteleuropa den föderalistischen Bestrebungen des Komitees scharf entgegentrat, und zwar vor allem von einem souveränistischen Standpunkt aus.

Dieser Konflikt wurde durch den Migrantenzustrom nach Europa im Frühjahr 2015 weiter verschärft. Wieder einmal war es Ungarn, die Orbán-Regierung, die von Anfang an erklärte, dass illegale Einwanderung inakzeptabel sei, dass die europäischen Grenzen geschützt werden müssten und dass die massenhafte muslimische Einwanderung eine Bedrohung für die europäische Kultur und die christliche Lebensweise sei. Doch die Brüsseler Elite, inspiriert von Angela Merkel und George Soros und den hinter ihnen stehenden globalen Finanzkreisen, nahm eine Pro-Immigrations-Haltung ein und ließ die Mitgliedstaaten dafür bezahlen. Die offensichtliche und scharfe Meinungsverschiedenheit zwischen Ungarn und den mit Ungarn übereinstimmenden mitteleuropäischen Ländern und der Brüsseler Elite wäre jedoch nicht unbedingt ein Problem gewesen, wenn Brüssel und die Kommission die unabhängige Meinung der Mitgliedstaaten und damit deren Souveränität respektiert hätten.

Das Problem war jedoch gerade, dass Brüssel von jedem einzelnen Mitgliedsstaat eine einheitliche, einwanderungsfreundliche EU-Position und Maßnahmen in dieser Frage forderte, die eindeutig in die nationale Zuständigkeit fällt (von der Einführung verbindlicher Quoten bis hin zur Unterstützung der Integration und der Akzeptanz von Migration als Menschenrecht.) Die EU-Elite, die Kommission, Merkel und die globalistischen Kreise im Parlament spielten die föderalistische Karte, behaupteten Solidarität bei der Aufnahme von Migranten und der Lastenteilung und versuchten, eine EU-Einheit zu schaffen, wo keine existierte. Gleichzeitig drängen sie auf Mehrheitsentscheidungen in dieser Frage, was auch eine Beschneidung der nationalen Souveränität innerhalb der EU bedeuten würde.

Gleichzeitig haben auf der anderen Seite die einwanderungsfeindlichen Länder, wie die V4 und sogar einige Mitgliedstaaten, klar erkannt und sagen, dass es hier nicht mehr nur um die Frage geht, wie man mit der Migration umgeht, sondern auch um die Verteidigung der nationalen Souveränität und damit um die grundsätzliche Frage, welche Richtung die Union

aus der gegenwärtigen Krise nehmen soll: in Richtung Föderalismus und Vereinigte Staaten von Europa oder in Richtung einer Europäischen Union, die auf der Souveränität und Gleichheit der Nationalstaaten beruht.

Damit ist in der siebzigjährigen Geschichte der Union eine neue Situation entstanden, die sich am besten durch eine scharfe Eskalation des Konflikts zwischen den beiden Konzepten des Staatenbundes und eine spektakuläre Konfrontation der Alternativen charakterisieren lässt. Es besteht kein Zweifel, dass Ungarn in dieser Konfrontation eine entscheidende Rolle auf der souveränistischen Seite spielte. Im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten, in denen die damals überwiegend westeuropäischen Länder immer wieder föderal oder intergouvernemental miteinander Kompromisse geschlossen haben, ist nun eine Art Bruchlinie zwischen West und Ost entstanden, die es noch schwieriger macht, die Unterschiede in den historischen, kulturellen und wertorientierten Orientierungen aufzulösen.

Dies um so mehr, als die „westeuropäischen“ Länder in der Vergangenheit die deutsch-französische Achse akzeptiert haben, die mitteleuropäischen Länder sie aber nicht akzeptieren können, weil die Absichten der beiden Mittelmächte in vielen Fragen den nationalen Interessen der mitteleuropäischen Länder zuwiderlaufen. Insgesamt gibt es eine Reihe von Bruchlinien zwischen den beiden Lagern, die den Konflikt schärfer denn je machen, insbesondere zwischen den Prinzipien des Föderalismus-Globalismus und der nationalen Souveränität.

Alles in allem hat der seit fast 70 Jahren andauernde Konflikt nun zu einer Krise in der Union geführt, und in dieser Zeit begann im Mai dieses Jahres eine umfassende Debatte und eine Reihe von Konferenzen über die mögliche Zukunft der Union. Meiner Meinung nach haben sich die Krise und die Bruchlinie zwischen den beiden Weltanschauungen, Kultur- und Wertorientierungen so sehr vertieft – man denke nur an den beispiellosen, penetranten und intoleranten Angriff auf das ungarische Kinderschutzgesetz -, dass ich nun auch in Frage stelle, ob die Union in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben kann.

Aber dazu möchte ich mich in einem separaten Artikel äußern.

Der Autor ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Berater am ungarischen Zentrum für Grundrechte

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Rechtsanwalt Tamás Gaudi-Nagy's Seite von Facebook gesperrt
Facebook sieht sich einem Sturm der Kritik ausgesetzt, weil es Inhalte zensuriert, die dem Unternehmen nicht gefallen

Von Gábor Hertelendy

26. 07. 2021



Der Exekutivdirektor des Nationalen Rechtsschutzdienstes (NJSZ), Rechtsanwalt Tamás Gaudi-Nagy, erklärte gegenüber Magyar Nemzet:

- Am Sonntag postete ich in den sozialen Netzwerken meine eigene Fotoreportage und die Berichte der ungarischen Tageszeitung Magyar Nemzet und der ungarischen Nachrichtenagentur MTI, die am Vortag über die Demonstrationen gegen Budapest Pride berichtet hatten.

Ein paar Stunden später sperrte Facebook meine Seite und machte sie unzugänglich, mit der Begründung eines Verstoßes gegen die Gemeinschaftsprinzipien, obwohl kein spezifischer Verstoß angegeben wurde; es gab keinen solchen Verstoß

- Tamás Gaudi-Nagy gehörte zu denjenigen, die auf der Andrassy-Allee eine vom Verein „European Patriots Unite“ organisierte Gegendemonstration und eine Rede hielten, und danach eine weitere von den Brüdern Budaházy organisierte Gegendemonstration auf dem Fővám-Platz.



Tamás Gaudi-Nagy fordert von Facebook hundert Millionen Forint, wenn sein soziales Netzwerk nicht wiederhergestellt wird - Foto: MTI / Tamás Kovács
Tamás Gaudi-Nagy fordert 100 Millionen Forint (ca. 280.000 Euro) Strafschadenersatz von Facebook, wenn seine Social-Networking-Seite nicht umgehend wieder hergestellt wird.

- Ich habe Facebook vierundzwanzig Stunden Zeit gegeben, um meine Seite wieder zu aktivieren, da meine Beiträge keine Hassrede enthielten und gegen keine Prinzipien verstießen. Wenn dies nicht geschieht, werde ich eine Klage gegen den Betreiber des sozialen Netzwerks einreichen, um meine Seite wieder herzustellen und Schadensersatz in Höhe von 100 Millionen Forint (ca. 280.000 Euro) einzufordern

- erklärte der Anwalt und fügte hinzu, dass seine Social-Networking-Seite, die 20.000 Follower hat, seit 10 Jahren in Betrieb ist und unter den ungarischen Rechtsorganisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als bedeutend gilt (zum Vergleich: die Soros-ähnliche Society for Fundamental Rights hat 60.000 Follower, das ungarische Helsinki Committee 40.000).

Tamás Gaudi-Nagy wies auch darauf hin, dass Facebook nicht das erste Unternehmen ist, das bei der willkürlichen Beurteilung von Meinungen mit zweierlei Maß misst und Beiträge mit patriotischem Inhalt sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verfolgt, die sich für traditionelle Werte einsetzen. Zuvor wurde die Social-Networking-Seite des Vorsitzenden der Partei „Mi Hazánk“ („Unsere Heimat“), László Toroczkai, mit 170.000 Followern blockiert; Toroczkai hat inzwischen einen Rechtsstreit gegen Facebook in erster Instanz gewonnen.

Weil Tamás Gaudi-Nagy außerdem zwei siebenbürgische ungarische Aktivisten, István Beke und Zoltán Szócs, verteidigte, die 2018 von einem rumänischen Gericht unschuldig wegen „Terrorismus“ verurteilt wurden, entfernte Facebook seinen Beitrag und blockierte ihn für 30 Tage.

Nach Ansicht des Anwalts werden in naher Zukunft immer mehr national engagierte Personen des öffentlichen Lebens damit konfrontiert sein, da die Wahlen näher rücken, und es ist daher unvermeidlich, dass Facebook zum Schutz der Meinungsfreiheit in Ungarn gesetzlich reguliert wird.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Vor sieben Jahren: Gaudi-Nagy, damals Abgeordneter der Jobbik, wirft die EU-Flagge als „Symbol des Kolonialismus“ aus dem Fenster des ungarischen Parlaments

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Ungarn: Öffentliche Meinung stellt sich bei dem Referendum auf die Seite der Regierung

24. 07. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Die jüngste Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts zeigt, dass die große Mehrheit mit der Position der Regierung einverstanden ist

Drei Viertel der Ungarn, also 74 Prozent, sind der Meinung, dass die Aufklärung über Homosexualität in Schulen und Kindergärten von der Erlaubnis der Eltern abhängig gemacht werden sollte, so eine landesweit repräsentative Umfrage des Nézőpont-(Viewpoint-)Instituts für die ungarische Tageszeitung *Magyar Nemzet*.

Laut der jüngsten Umfrage des Nézőpont-Instituts stimmt die große Mehrheit der Menschen mit der Position der Regierung in dieser Frage überein, und nur jeder Fünfte – zwanzig Prozent – ist der Meinung, dass die Sensibilisierung der Kinder in der Schule nicht von der elterlichen Erlaubnis abhängig sein sollte, wie es zunehmend durch das „Sensibilisierungsprogramm“ in Westeuropa verbreitet wird.

Das Nézőpont-Institut weist auch darauf hin, dass das Regierungsreferendum der Linken ernsthaftes Kopfzerbrechen bereiten könnte, da die Mehrheit der Regierungskritiker – 56 Prozent – auch die elterliche Erlaubnis unterstützt und nur ein Drittel auf der Seite der LGBTQ-Organisationen steht.

Mit einer überwältigenden Unterstützung aus dem Pro-Regierungslager von 86 Prozent unterstützen zwei Drittel derjenigen mit unbekannter Präferenz auch die Position der Regierung, dass Eltern das Recht haben sollten, zu entscheiden, was ihren Kindern in öffentlichen Einrichtungen über Homosexualität beigebracht wird. Es gibt minimale Unterschiede nach demografischen Gruppen: Zwei Drittel der jungen und vier Fünftel der älteren Menschen teilen die Position der Regierung, während sieben von zehn Personen in

Budapest und drei von vier in ländlichen Gebieten der Meinung sind, dass die Eltern über die Frage entscheiden sollten.

Ministerpräsident Viktor Orbán hatte am vergangenen Mittwoch auf seiner Social-Media-Seite angekündigt, dass die ungarische Regierung ein Referendum abhalten werde, da Brüssel Ungarn wegen des Kinderschutzgesetzes deutlich angegriffen hat und nun Änderungen des Bildungsgesetzes und der Kinderschutzregeln fordert. Die Fragen des Referendums lauten:

1. Unterstützen Sie die Einführung von Unterricht zur sexuellen Orientierung für minderjährige Kinder in öffentlichen Bildungseinrichtungen ohne elterliche Zustimmung?
2. Unterstützen Sie die Förderung der geschlechtsangleichenden Therapie für Minderjährige?
3. Unterstützen Sie die Verfügbarkeit einer geschlechtsangleichenden Therapie für Minderjährige?
4. Unterstützen Sie die uneingeschränkte Exposition von Minderjährigen gegenüber sexuell eindeutigen Medieninhalten, die ihre Entwicklung beeinflussen?
5. Unterstützen Sie das Zeigen von geschlechtsverändernden Medieninhalten für Minderjährige?

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Ungarn muss die christdemokratischen Bewegungen vereinen

Von Loretta Tóth (Sátoraljaújhely)

25. 07. 2021



Gergely Gulyás sagte, die Christdemokraten müssten sich in Europa organisieren ·
Foto: LorettaTóth/Magyar Nemzet

- Der Fidesz und die europäischen Parteien, die sich als rechts definieren, stehen vor einer großen Herausforderung, denn wir müssen uns fragen, wie wir ein Parteienbündnis rechts von der Europäischen Volkspartei schaffen können, das frei von Extremismus ist, sagte Kanzleramtsminister Gergely Gulyás auf der Freien Sommeruniversität des Karpatenbeckens in Sátoraljaújhely, die eine Plattform für den landesweiten politischen Dialog bot. Der Minister fügte hinzu, dass es in diesem Zusammenhang äußerst wichtig ist, dass wir auch definieren müssen, was extremistisch ist, und nicht die politischen Gegner, die mit der Diktatur in Ungarn und Polen liebäugeln.

- Mit dem Kampf der kleineren Parteien gegeneinander und der Verschiebung der Europäischen Volkspartei nach links hat sich der Raum geöffnet, und es ist unsere Aufgabe, die Bewegungen, Parteien und Kräfte, die die Christdemokratie vertreten, zu vereinen und einen institutionellen Rahmen für sie zu schaffen, sagte Gergely Gulyás bei einer Podiumsdiskussion zur Renaissance der Christdemokratie in Europa in Sátoraljaújhely, nahe der ungarischen Nordostgrenze. Am Schlußtag des viertägigen Programms der Freien Sommeruniversität des Karpatenbeckens mit dem Titel Neubeginn-Erneuerung sagte der Kanzleramtsminister, dass die Frage der Renaissance der christlichen Demokratie in Europa aktueller denn je ist, da der Fidesz vor kurzem beschlossen hat, nach zwei Jahrzehnten die Europäische Volkspartei zu verlassen.

- Seien wir ehrlich, viele innerhalb der Parteifamilie haben sich darüber gefreut. Aber eines ist sicher: Die ungarische Regierungspartei und die Europäische Volkspartei sind in der letzten Zeit unterschiedliche Wege gegangen, so der Minister. Er fügte hinzu: Wenn Sie das Programm der deutschen Regierungspartei, der Christlich Demokratischen Union (CDU), in den 1990er Jahren lesen, werden Sie viele Ähnlichkeiten mit dem finden, wofür die ungarische Regierung heute steht. Heute bekennen sich jedoch die Politiker dieser Parteien selbst nicht mehr zu ihren christdemokratischen Ansichten.

- Der Grund dafür ist, dass in Europa eine Bruchlinie entstanden ist, die viel schärfer ist, als man bisher dachte. Und diese Verwerfungslinie ist nicht nur ideologisch, sondern vor allem geografisch, und nicht nur politisch, sondern auch sozial, und daher viel tiefer

- Ein erster Höhepunkt war vielleicht die Herausbildung unterschiedlicher Positionen zur Migration in der europäischen Politik: „Es spielte keine Rolle, dass die Führer der Visegrád-Länder vier verschiedenen Parteifamilien im Europäischen Parlament angehörten, die vier Premierminister hatten die gleiche Position zur Einwanderung.

Wertstreitigkeiten zerreißen die Europäische Union

- Selbst jetzt, bei aktuellen Themen wie dem Kinderschutzgesetz, sehen wir, dass es zwar eine beispiellose gesamteuropäische Kampagne gegen Ungarn gibt, aber selbst unter diesem Druck haben 17 Staats- oder Regierungschefs aus der 27 Mitglieder zählenden Europäischen Union eine Erklärung unterzeichnet, die Ungarn verurteilt, während 10 Länder, darunter die Visegrád-Länder, dies nicht getan haben. Daraus wird deutlich, dass die heutige Europäische Union in erster Linie ein Streit um Werte ist, und dass hinter diesen Streitigkeiten soziale Unterschiede stehen

- sagte Gergely Gulyás.

Die Frage, was die christlich-demokratische Renaissance bedeute, müsse auch dahingehend gestellt werden, ob sie in Westeuropa überhaupt noch etwas bedeute, und was sie in Mitteleuropa bedeute, so der Minister. Für unsere Region bedeutet das, dass 30 Jahre nach der Wende die Frage nach der Verteidigung unserer Identität nachdrücklicher

gestellt wird als je zuvor. Die Antwort auf diese Fragen ist auch eine Antwort auf die Bedeutung des Europäismus, während die Achtung der nationalen Zuständigkeiten in grundlegenden Fragen unbestreitbar ist, da die Aufgabe der Europäischen Union darin besteht, eine effektive Zusammenarbeit zwischen den Verträgen zu organisieren und zu gewährleisten.

- Die westeuropäische Position hingegen ist, dass es die EU-Gremien sind, die bei Streitigkeiten zwischen Staaten letztlich entscheiden. Wenn jedoch einer der Spieler tatsächlich der Richter ist, dann sind die Wettbewerbe weniger interessant

- sagte der Politiker.

Die europäische Rechte steht vor einer Herausforderung

Er sagte, dass die Herausforderung für Fidesz und die europäischen Parteien, die sich selbst als rechts definieren, in der Tat eine große ist: wie man ein Parteienbündnis rechts von der Europäischen Volkspartei aufbauen kann, das frei von Extremismus ist. Er fügte hinzu, dass es auch sehr wichtig ist, dass wir, und nicht die politischen Gegner, definieren sollten, was extremistisch ist. Er merkte an, dass heute selbst hochrangige deutsche Politiker den Unterschied zwischen liberaler und illiberaler Demokratie entlang der Frage definieren, ob Homosexuelle in ihrem Land heiraten dürfen: „Es ist wichtig, festzustellen, dass in diesem Sinne das erste Jahrzehnt der Kanzlerschaft von Angela Merkel illiberal war“, fügte er hinzu.

Dominik Tarczyński, Europaabgeordneter der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) und Politiker der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), betonte in seiner Rede, dass man nicht ins 19. Jahrhundert zurückgehen müsse, um die Antwort auf die Frage zu finden, was christliche Demokratie im heutigen Europa bedeutet. – Wir sollten die Antwort nicht in Büchern suchen, sondern im wirklichen Leben, und ich denke hier an die Art und Weise, wie das Publikum der Freien Sommeruniversität des Karpatenbeckens gestern Abend zu ungarischer Volksmusik unterhalten wurde, sagte der Politiker und bezog sich dabei auf die Tatsache, dass Tanzsäle im Kommunismus überall verboten waren. Denn der Kommunismus hasste die Identität und alles, was die Menschen zu Europäern mache, fügte er hinzu.

„Wir sind die schweigende Mehrheit“



Die Podiumsdiskussion zur Renaissance der Christdemokratie in Europa wurde moderiert von Boris Kálnoky, Leiter der Medienschule am Mathias-Corvinus-Kolleg, Ján Marosz, slowakischer Berater des Ministerpräsidenten, und Zsolt Szilágyi, Leiter des außen- und nationalpolitischen Kabinetts der Ungarischen Volkspartei Siebenbürgens.

Foto: Loretta Tóth/Magyar Nemzet

Er sagte auch, dass die europäische Rechte, wenn sie über eine Renaissance der christlichen Demokratie sprechen will, zunächst einmal unsere Identität und unsere Wurzeln definieren muss.

- Die Kommunisten und die Linken hassen die Familie und alles, was traditionelle Werte verkörpert. Deshalb müssen wir als Familie zusammenarbeiten, und zwar auch auf europäischer Ebene

- sagte der polnische Politiker. Es ist ein geistlicher Krieg, denn unser Glaube und unser Christentum werden in Frage gestellt. Es ist das natürliche Bedürfnis eines jeden Menschen, sich an Gott zu wenden. Aber es ist sehr wichtig zu erkennen, dass wir in der Mehrheit sind, auch wenn diese Mehrheit schweigt“, sagte Tarczyński. Er fügte hinzu:

Die Kultur der Auslöschung hat in Amerika und Westeuropa zum Zerschlagen von Statuen geführt, aber das ist nur die Stimme einer lautstarken Minderheit. Es liegt also an uns, die schweigende Mehrheit endlich dazu zu bringen, unsere Stimme zu hören, denn die Zukunft Europas hängt von uns ab.

Wir brauchen eine christdemokratische Bewegung

Zur Situation in Rumänien sagte István Székely, geschäftsführender Vizepräsident der Ungarischen Demokratischen Allianz Rumäniens (RMDSZ), dass Bukarest, wenn man sich Rumänien in den letzten 30 Jahren anschaut, immer am meisten darauf bedacht war, externe Schirmherren zu finden, und das immer in der stärksten Position. – Auch in der

europäischen Politik ist eine Angleichung an die deutschen Erwartungen zu beobachten, die vor allem mit den Ansichten des deutschstämmigen Staatspräsidenten Klaus Johannis übereinstimmt, der die entscheidende Figur in der Außenpolitik ist, so der Vizepräsident des RMDSZ. Er betonte, dass, da Rumänien eine Politik der „Angleichung“ auf europäischer Ebene verfolge, nicht zu erwarten sei, dass rumänische Parteien an der Spitze einer christdemokratischen Renaissance stehen werden, obwohl es einen sehr hohen Konsens in der Gesellschaft über die Bedeutung der Werte der Christdemokratie gebe.

- Rumänien wird die Vorhut der christlichen Demokratie sein, wenn die christliche Demokratie in Europa gewinnt

- fügte der Politiker hinzu.

Zsolt Szilágyi, Leiter des Kabinetts für Außen- und Nationalpolitik der Ungarischen Volkspartei Siebenbürgens, sagte, die Europäische Volkspartei sei an einem Punkt angelangt, an dem sie sich in einer solchen Krise befinde, dass sie immer noch über ihre Identität debattiere. Zurzeit werden nur linke und liberale Werte akzeptiert“, sagte er. Er sagte auch, dass der aggressive Vorstoß der progressiven Linken in Zukunft weitergehen wird, weshalb identitätsbasierte Aktionen wichtig sind.

- Die christdemokratische Bewegung muss sich in Europa organisieren. Zwischen dem liberalen Pol und dem linken Pol, der formal den Anspruch erhebt, christlich-demokratisch zu sein, muss eine identitätsstiftende Zukunft geschaffen werden, die Europa vor der allgegenwärtigen Hinwendung zur progressiven Linken schützen kann.

- erklärte Zsolt Szilágyi.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) Das gefährliche Spiel der Westeuropäer

Von Boris Kálnoky

23. 07. 2021



Boris Kálnoky · Bildquelle: Ungarnreal

Westeuropäische Politiker schüren bewusst die wachsenden Spannungen zwischen dem alten und dem neuen Europa – also jenes im Osten. Das ist zynisch, gefährlich, und kann zum Zerfall der EU führen.

Ich schreibe diesen Text auf deutsch, weil es um einen klassischen deutschen Satz geht: „Wenn’s Dir hier nicht gefällt, kannst Du ja gehen“. Warum klassisch? Es ist ein Satz der immer wieder fällt, wenn sogenannte Bio-Deutsche mit sogenannten Neu-Deutschen streiten.

Bio-Deutsch, Neu-Deutsch: Das sind Begriffe, die es in meiner Jugend nicht gab. **Bio-Deutsch bezeichnet „biologische“ Deutsche, also von ihrer Abstammung her Deutsch. Neu-Deutsche sind zugewanderte**, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber zugewandert sind – oder zumindest deren Eltern, oder Grosseltern.

*Bio-Deutsche und Neu-Deutsche also streiten zuweilen, und dann kommt es vor dass ein Bio-Deutscher einem Neu-Deutschen sagt: „**Wenn’s Dir hier nicht gefällt, kannst Du ja gehen**“.*

Oftmals ist der Satz dann an jemanden adressiert, der (oder die) in dritter Generation in Deutschland lebt, dort geboren ist, dessen (oder deren) Muttersprache mehr oder minder Deutsch ist. Wenn – um ein Beispiel zu nehmen – ein solcher Deutschtürker dritter

Generation diesen Satz hört, kann die Reaktion eigentlich nur ratloses Schulterzucken sein: *Weggehen? Wohin? Ich bin Deutsch. Ich bin hier geboren. Ich bin hier zuhause. Das hier ist meine Heimat.*

Der Satz ist im öffentlichen Diskurs eindeutig konnotiert als rassistisch, ausgrenzend, intolerant. Die meisten Deutschen erkennen das sofort, wenn sie solche Worte hören oder sehen (vorzugsweise in den Sozialen Medien).

Neuerdings fällt dieser Satz immer öfter, **wenn deutsche und sonstige westeuropäische Politiker über „Osteuropäer“ sprechen**. Der niederländische Ministerpräsident **Mark Rutte** machte den Anfang: „Es ist jetzt meine Absicht, **Ungarn in die Knie zu zwingen**. Es muss einsehen, dass es entweder Mitglied der Europäischen Union ist und damit ein Mitglied einer Gemeinschaft geteilter Werte, oder es **muss raus**“, sagte er am 24. Juni in Brüssel, als Reaktion auf Ungarns neues Pädophilie-Gesetz.

CSU-Politiker und EVP-Fraktionschef **Manfred Weber** brachte seinerseits kürzlich **einen EU-Austritt Polens** ins Spiel, anlässlich der von Brüssel als inakzeptabel kritisierten polnischen Justizreform.

Seit Jahren herrscht in den Medien und in der westeuropäischen Politik eine aufgeheizte Grundstimmung im Diskurs über die „Osteuropäer“.

Das hat dazu geführt, dass heutzutage unter fast jedem Artikel in den Medien über Ungarn oder Polen in den Leserkommentaren Sätze auftauchen wie „Ungarn raus aus der EU“.

“Wenn’s denen nicht gefällt hier, können sie ja gehen.” Nur, wohin? Europa ist auch für Ungarn und Polen Heimat.

Linke und liberale Westeuropäer reden heute über Ostmitteleuropäer in einem Ton, wie man ihn sonst von rechtsradikalern Ausländerfeinden gewohnt ist, wenn sie über Türken, Muslime oder Juden sprechen. Das kann nicht gut sein für die EU.

Kürzlich debattierte ich mit einem (liberal-konservativen) europäischen Spitzenpolitiker in einer Talk-Show. Er leierte die klassische **EU-Mantra herunter: Man muss Ungarn das Geld wegnehmen, man muss strenger werden, die europäischen Grundwerte verteidigen.**

Nach der Show, beim Small-Talk, sagte er etwas ganz anderes: Es sei nicht gut, dass der Westen versuche, dem kulturell denn doch ganz anderen Osten seine Werte überzustülpen.

Und die ganze aktuelle Tendenz in der EU-Debatte, Länder wie Ungarn zu disziplinieren, sei „gefährlich“. Denn es könne eine Dynamik auslösen wie jene, die zum Brexit führte. Auf meine Frage, warum er in der Sendung genau das unterstützt habe, was er jetzt privat für gefährlich hielt, antwortete er nicht. Aber er hat recht.

Westeuropas Politiker spielen gegenüber Ostmitteleuropa ein zynisches und brandgefährliches Spiel, als dessen Folge der Zusammenhalt der EU zerbrechen kann.

Der Autor, Boris Kálnoky, ist Journalist und Leiter der Medienschule des Mathias Corvinus Collegiums in Budapest.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Ungarisch bei [Corvinak.hu](https://www.corvinak.hu) und in deutscher Übersetzung bei [UNGARNREAL](https://www.ungarnreal.com), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Ungarn: Hundert Millionen Forint Strafe gegen Facebook?

Der Fall von László Toroczkai, der wegen der Löschung seiner Facebook-Seite geklagt hat, ist noch nicht abgeschlossen

Von Krisztina Kincses

22. 07. 2021



László Toroczkai bei der Demonstration am 15. März 2021 in Budapest.

Foto: Ferenc Almássy / Visegrád Post.

László Toroczkais Klage gegen Facebook geht weiter. Bekanntlich hat der Vorsitzende der Unsere Heimat-Bewegung (Mi Hazánk Mozgalom) im Jahr 2019 hundert Millionen Forint Schadensersatz von Facebook gefordert, weil diese seine soziale Netzwerkseite ohne Begründung gelöscht hat. Richárd Danyi, sein Anwalt, der sich mit Persönlichkeitsrechten, Presse- und Medienrechtsverfahren befasst, sagte gegenüber Magyar Nemzet, dass der Fall jeden Ausgang nehmen könnte, dass aber, damit der strafrechtliche Charakter überwiegt, der zugesprochene Schadensersatz den Beklagten empfindlich treffen muss, so dass die 100 Millionen Forint (ca. 280.000 Euro) gegen Facebook angemessen erscheinen.

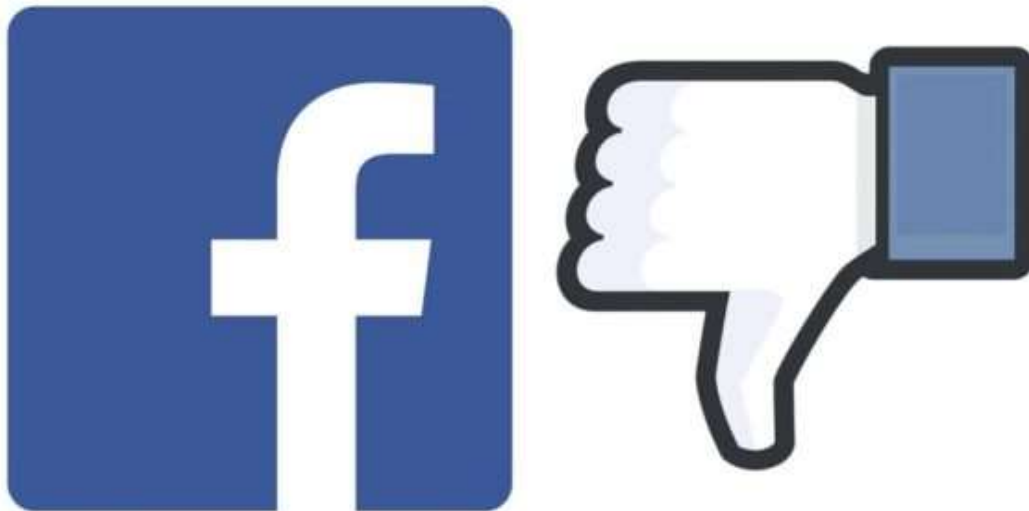
In einer Erklärung wies das Gericht in Szeged darauf hin, dass es entgegen den Presseberichten kein Urteil, sondern einen Gerichtsbeschluss in erster Instanz in dieser Sache erlassen hat. Rechtsanwalt Richárd Danyi erklärte, dass der Beklagte (Facebook Ireland Limited) auf die Klageschrift des Klägers (László Toroczka) in Form einer sogenannten Widerklage in der Sache antworten hätte können.

Es wurde jedoch eine gerichtliche Verfügung gegen Facebook erlassen, da die maximale Frist von vierzig Tagen zur Einlegung von Rechtsmitteln nicht eingehalten wurde.

Recht auf Berufung

- Die einstweilige Verfügung ist für den Fall gedacht, dass der Beklagte sich nicht zur Sache einlässt, d. h. keine Klageerwiderung zur Sache einreicht oder nicht zur Verhandlung erscheint, muss das Urteil auf der Grundlage des klägerischen Anspruchs basieren. Man spricht daher von einem Gerichtsbeschluss, wenn das Gericht in Ermangelung einer Reaktion des Beklagten die Ansprüche des Klägers akzeptieren muss“, erklärt Richárd Danyi.

Auch in diesem Fall hat der Beklagte, also Facebook, die Möglichkeit, in Berufung zu gehen, was Facebook auch getan hat, denn, wie es in der Erklärung des Gerichts in Szeged heißt, hat das Unternehmen „einen Antrag auf Feststellung der Richtigkeit, einen Einspruch gegen den Gerichtsbeschluss und einen Antrag auf Beendigung des Verfahrens gestellt, der derzeit geprüft wird“.



Facebook sieht sich einem Sturm der Kritik ausgesetzt, weil es Inhalte zensiert, die dem Unternehmen nicht gefallen

Ein seltener Präzedenzfall

- Nach dem derzeitigen Stand der Dinge könnte der Fall jeden Ausgang haben, da solche Präzedenzfälle sehr selten sind und die Forderung nach einem so hohen Schadensersatz im ungarischen Recht besonders krass ist, sagte Richárd Danyi unserer Zeitung und fügte hinzu, dass in einem durchschnittlichen Rechtsstreit Schadensersatzzahlungen zwischen zwei und fünf Millionen Forint üblich sind.

- Das Schadenersatzhonorar hat eine Art vergeltenden, d.h. strafenden Charakter, der besonders von ähnlichen Verstößen abschrecken soll, und obwohl dies weder im Gesetz

noch in einem Gerichtsurteil steht, erscheint es logisch, dass das Schadenersatzhonorar aufgrund der finanziellen Lage des Beklagten festgesetzt werden muss, damit der strafende Charakter überwiegt.

Wenn also eine natürliche Person für eine ähnlich schwerwiegende Persönlichkeitsverletzung eine oder zwei Millionen Forint zahlen müsste, scheinen hundert Millionen Forint gegen Facebook verhältnismäßig“, fügte Richárd Danyi hinzu.

Durchsetzung ist problematisch

László Toroczkai hatte sich auch darüber beschwert, dass seit der Löschung seiner Seite durch Facebook alle möglichen Warnungen neben seinem Namen in Beiträgen erscheinen, die vor der Löschung veröffentlicht wurden und besagen, dass er eine gefährliche Person ist. Wenn dadurch der Eindruck entsteht, dass Toroczkai ein Krimineller ist, dann kann man laut Rechtsanwalt Richárd Danyi von Verleumdung oder Rufschädigung sprechen, d.h. wenn es mehrere Schadensersatzansprüche gibt, könnte dies auch die Höhe des Schadensersatzes begründen.

- Die erste Instanz ist in der Regel die längste Phase des Verfahrens, und obwohl sich die Dauer des Rechtsstreits seit der neuen Zivilprozessordnung deutlich verkürzt hat, zeigt die Praxis, dass die zweite Instanz in der Regel zwischen einem halben und einem dreiviertel Jahr bis zur Entscheidung dauert“, sagt Richárd Danyi.

Der Anwalt sagte, dass sich diese Zeit verlängern könnte, wenn tatsächlich eine endgültige Strafe gegen Facebook verhängt wird, denn die Vollstreckung ist ein problematisches Thema: „Es ist nicht bekannt, ob das Urteil durch die europäischen Behörden, in Dublin oder auf anderem Wege vollstreckt werden kann“, fügte er hinzu.

Als Facebook erklärte auf Anfrage, dass man sich zu einem laufenden Fall nicht äußern wolle, bestätigte jedoch, dass Toroczkais Profil im Rahmen der Unternehmens-Richtlinien für gefährliche Personen und Organisationen entfernt wurde.

Virtuelle Sperrliste

Die Sperrung von László Toroczkai ist nicht der einzige Fall, in dem Facebook Inhalte zensiert, die es nicht mag. In den letzten Jahren wurden weltweit eine Reihe von rechten Politikern, Meinungsführern und Online-Nachrichtenseiten auf die schwarze Liste gesetzt, weil sie sich gegen Ansichten ausgesprochen haben, die dem liberalen Kanon des Unternehmens entsprechen. In Ungarn waren von Sperrmaßnahmen der diversen sozialen Netze betroffen: Justizministerin Judit Varga, der Politiker Zoltán Kovács, das Portal Vasárnap.hu, die Instagram-Seiten mehrerer rechtsgerichteter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und die Twitter-Seite der ungarischen Regierung.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) Ungarische Regierung schlägt ein Referendum zum Kinderschutz vor

22. 07. 2021



Viktor Orbán · Foto: Facebook

Brüssel hat Ungarn wegen seines Kinderschutzgesetzes deutlich angegriffen und fordert diesmal Änderungen des Bildungsgesetzes und der Kinderschutzregeln, sagte der Ministerpräsident Viktor Orbán am Mittwoch auf seiner Social-Media-Seite:

Viktor Orbán betonte, dass

die Zukunft unserer Kinder auf dem Spiel steht, deshalb dürfen wir in dieser Frage nicht nachgeben.

Der Ministerpräsident kündigte außerdem an:

wenn der Druck auf unser Land so stark ist, kann nur der gemeinsame Wille des Volkes Ungarn schützen, und deshalb hat die Regierung beschlossen, ein Referendum über fünf Fragen zu initiieren.

Die Fragen des Referendums lauten wie folgt:

1. Unterstützen Sie den Unterricht über sexuelle Orientierung für Minderjährige in öffentlichen Bildungseinrichtungen ohne elterliche Zustimmung?
2. Unterstützen Sie die Förderung der geschlechtsangleichenden Therapie für Minderjährige?
3. Unterstützen Sie die Verfügbarkeit einer geschlechtsangleichenden Therapie für Minderjährige?

4. Unterstützen Sie die uneingeschränkte Exposition von Minderjährigen gegenüber sexuell eindeutigen Medieninhalten, die ihre Entwicklung beeinflussen?
5. Unterstützen Sie das Zeigen von geschlechtsverändernden Medieninhalten für Minderjährige?

- Ich bitte Sie, zu diesen Fragen gemeinsam Nein zu sagen, so wie wir vor fünf Jahren Nein gesagt haben, als Brüssel die Einwanderer nach Ungarn zwingen wollte. Damals wurde Brüssel durch ein Referendum und den gemeinsamen Willen des Volkes gestoppt. Wir haben es einmal geschafft, und gemeinsam werden wir es wieder schaffen“, so Viktor Orbán.

Quelle: [Facebook](#) / [Origo.hu](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Ungarn: Oppositionelle mit israelischer Software ausspioniert?

20. 07. 2021



Foto: Pixabay

Die ungarische Nachrichten-Website [Direkt36](#) enthüllte, dass eine internationale journalistische Untersuchung, an der 17 linke Zeitungen (darunter die *Washington Post*, der *Guardian*, die *Süddeutsche Zeitung*, *Die Zeit* und *Le Monde*) beteiligt waren, Beweise dafür aufgedeckt hat, dass die ungarischen Behörden die von der israelischen Firma NSO entwickelte Software Pegasus verwenden, um Gegner über ihre Mobiltelefone auszuspionieren.

300 ungarische Persönlichkeiten durch israelische Software ausspioniert?

Das Netzwerk von Journalisten hat Berichten zufolge eine Datenbank in die Hände bekommen – sie sagen nicht, wie – einschließlich

„Mehr als 50.000 Telefonnummern, die laut den Recherchen der Untersuchung seit 2016 in mehr als 50 Ländern weltweit von NSO-Kunden als Ziele für die Beobachtung ausgewählt wurden.“

Direkt36 relativiert jedoch mit der Feststellung, dass

„Die Tatsache, dass eine Telefonnummer in der Datenbank auftaucht, nicht zwangsläufig bedeutet, dass Pegasus gegen die Zielperson eingesetzt wurde“.

Unter den 50.000 Telefonnummern, die durch Pegasus potenziell ausspioniert werden, befinden sich 300 Nummern ungarischer Persönlichkeiten, darunter:

- vier Journalisten – Szabolcs Panyi und András Szabó, beide Mitarbeiter von Direkt36, Dávid Dercsényi, ein ehemaliger Hvg-Journalist und ein vierter, der nicht genannt werden wollte,
- Zoltán Varga, Eigentümer der Central Media Group,
- Attila Chikán, Professor für Wirtschaftswissenschaften und ehemaliger Wirtschaftsminister unter Viktor Orbán,
- Lajos Simicska, Sohn des gleichnamigen ehemaligen Oligarchen,
- Adrien Beauduin, ein kanadischer Aktivist und ehemaliger Student der Central European University (CEU), der 2018 bei einem Anti-Regierungs-Protest verhaftet wurde.

Software, die ausdrücklich mit der „Genehmigung des israelischen Verteidigungsministeriums“ bereitgestellt wird

Direkt36 erwähnt ausdrücklich, dass es „nicht klar ist, wer genau die Spyware eingesetzt hat“, stellt aber fest, dass

„Mehrere Umstände deuten stark darauf hin, dass die ungarischen Behörden die Software verwendet haben.“

Es spezifiziert diese Umstände jedoch nicht, außer dass die fragliche Software offenbar nur an „Regierungen [oder] Regierungsorganisationen“ und ausdrücklich mit der „Erlaubnis des israelischen Verteidigungsministeriums“ bereitgestellt werden kann. Berichten zufolge begann Ungarn mit dem Einsatz der Software nach hochrangigen Treffen zwischen der ungarischen und israelischen Regierung...

Einberufung des parlamentarischen Ausschusses für nationale Sicherheit

Nach diesen Enthüllungen beantragten drei Abgeordnete der Opposition – János Stummer (Jobbik), Zsolt Molnár (MSZP) und Péter Ungár (LMP) -, dass der parlamentarische Ausschuss für nationale Sicherheit eine außerordentliche Sitzung abhält und die für die Angelegenheit zuständigen Regierungsmitglieder sowie die Leiter der betroffenen Dienste anhört:

„Wir wollen detaillierte Antworten auf jede Andeutung in dem Artikel, denn wenn die Regierung nicht in der Lage ist, die Behauptungen in der Sache zu widerlegen, werden wir sie als Tatsache annehmen,

sagten sie. „Außerdem werden wir es als ein Eingeständnis sehen, wenn entweder Regierungs- oder Pro-Regierungsmitglieder des Parlamentsausschusses die Sitzung boykottieren.

Offensichtlich bereitet sich die Opposition darauf vor, diesen Fall auszuschlachten, falls es einen Fall auszuschlachten gibt, da die Beteiligung der Regierung von Viktor Orbán noch nicht bewiesen ist.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Geheimdienstexperte: Es ist zweifelhaft, dass Hightech-Spionagesoftware Spuren hinterlässt

Direkt36 berichtete auf [Telex.hu](#), dass die Spyware Pegasus, die in der Lage ist, Smartphones zu hacken, von der israelischen Cyber-Firma NSO gegen ungarische Ziele eingesetzt wurde, darunter „faktenerhebende Journalisten, wohlhabende Geschäftsleute, die auch Medienunternehmen besitzen, und deren innerer Kreis.“

Im Zusammenhang mit dem Fall kontaktierte *Magyar Nemzet* den Geheimdienstexperten József Horváth, der gegenüber der Zeitung erklärte, dass er in den veröffentlichten Artikeln keine Neuigkeiten sieht. Seiner Meinung nach machen die nationalen Sicherheitsdienste ihre Arbeit in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen. Er fügte hinzu, dass „der Prozess, durch den eine klar definierte Gruppe von Menschen versucht, die Strafverfolgungsbehörden und die Geheimdienste in den politischen Sumpf zu ziehen, extrem schädlich ist“. Gleichzeitig hält es József Horváth für ganz natürlich, dass dank des technologischen Fortschritts neue Produkte auf den Markt kommen, die der ungarische Staat natürlich auch kauft.

Er äußerte jedoch Zweifel daran, dass die von Israel entwickelte Hightech-Spionagesoftware Spuren auf den Telefonen hinterlassen könnte.



Geheimdienstexperte József Horváth · Foto: Vanda Katona / Magyar Nemzet

János Halász, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Nationale Sicherheit der ungarischen Nationalversammlung, reagierte in einer Stellungnahme auf die Angelegenheit. In einem Brief an den Präsidenten der Nationalversammlung erklärte János Halász in seiner Antwort auf die parlamentarische EntschlieÙung des ungarischen Parlaments zu diesem Thema, dass „die Leiter des Innenministeriums den zuständigen Ausschüssen der Nationalversammlung, in denen alle Parlamentsparteien vertreten sind, regelmäßig über die Informationsbeschaffungstätigkeit der Geheimdienste berichten“.

Er betonte, dass die in der linken Presse veröffentlichten Berichte unbegründet sind und lediglich dazu dienen, die politische Stimmung zu schüren, und dass es daher keine Rechtfertigung für die Einberufung einer Sitzung des Nationalen Sicherheitskomitees gibt.

János Halász sagte: „In Ungarn halten sich die nationalen Sicherheitsorgane voll und ganz an das Gesetz und handeln immer im Einklang mit dem Gesetz. Wir erwarten von ihnen, dass sie weiterhin alle legalen Mittel einsetzen, um die Sicherheit und die legitimen Interessen Ungarns zu schützen“, hieß es in der Erklärung.

Es ist erwähnenswert, dass eine kanadische Organisation namens Citizen Lab neben Amnesty International (AI) eine aktive Rolle in dem Fall spielte. Letztere hat laut den Artikeln mehrere der an der Überwachung beteiligten Geräte getestet. Telex.hu berichtete: „AI teilte die Daten von mehreren Geräten mit den Forschern von [Citizen Lab](#), die bestätigten, dass sie mit Pegasus gehackt worden waren. Citizen Lab hat auch die Testmethodik von AI überprüft und für fachlich einwandfrei befunden“.

Es überrascht vielleicht nicht, dass beide Organisationen erhebliche finanzielle Unterstützung von den George Soros Open Society Foundations erhalten. Über diese starke Bindung wurde im Falle von AI bereits mehrfach in der Presse berichtet, und auch das

Citizen Lab berichtet auf seiner Website über diese Tatsache. Im Wesentlichen haben also zwei Soros-Organisationen die Arbeit der jeweils anderen beaufsichtigt und bewertet.

Die israelische Firma NSO, die die Spionagesoftware herstellt, bestreitet, dass die von Forbidden Stories, dem internationalen Journalistenteam, das den Fall untersucht, ermittelten Telefonnummern tatsächlich von Pegasus stammen. Nach Angaben des Unternehmens ist es möglich, dass die Nummern auf der Liste aus einer öffentlich zugänglichen sogenannten HLR-Datenbank stammen. Das HLR (Home Location Register) ist ein System, das den Betrieb von Mobilfunknetzen unterstützt, indem es den geografischen Standort und andere Identifikatoren einzelner Geräte aufzeichnet und so die Weiterleitung von Anrufen und Textnachrichten ermöglicht, berichtet Telex.hu.

Im Zusammenhang mit dem Fall schaute sich Index.hu eine Erklärung der israelischen Firma NSO an, die die Spionagesoftware herstellt, in der es heißt, dass „der Bericht von Forbidden Stories voller falscher Annahmen und unbegründeter Theorien ist, die ernsthafte Zweifel an der Zuverlässigkeit der Quellen aufkommen lassen. Sie haben Informationen berichtet, die weit von der Wahrheit entfernt sind. Wir weisen die falschen Behauptungen in diesem Bericht entschieden zurück. Ihre Quellen haben sie mit Informationen versorgt, die keine faktische Grundlage haben, was durch das Fehlen von Unterlagen zur Unterstützung ihrer Behauptungen belegt wird. In der Tat sind diese Behauptungen so ungeheuerlich und weit von der Wahrheit entfernt, dass NSO erwägt, eine Verleumdungsklage einzureichen.“ Sie fügen hinzu, dass das System ausschließlich an Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste überprüfter Regierungen verkauft wird, mit dem Ziel, Leben zu retten, indem Verbrechen und Terroranschläge verhindert werden.

Die ungarische Regierung hat gesagt, dass ihr „keine angebliche Datenerhebung bekannt ist“ und fügte hinzu, dass Ungarn „ein Rechtsstaat ist und daher immer in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht für alle Personen handelt“.

Laut Telex.hu könnten der Geschäftsmann Zoltán Varga, der Eigentümer von 24.hu und einige seiner Geschäftspartner oder Bekannten, Szabolcs Panyi und András Szabó, Journalisten von Direkt36 und Dávid Dercsényi, ehemaliger Journalist für HVG, in die Spionagesoftware-Affäre verwickelt sein.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Interview mit dem ungarischen Parlamentspräsidenten László Kövér: „Die Renaissance der Rechten wird kommen“

20. 07. 2021



Parlamentspräsident László Kövér · Foto: Árpád Földházi

Interview mit Laura Szalai in der Wochenzeitung Mandiner.

Er ist sich sicher, dass die Europäische Union in ihrer heutigen Form aufhören wird zu existieren. Parlamentspräsident László Kövér verrät im Interview auch, ob ihn ein Wechsel ins Amt des Staatspräsidenten reizen würde. Und ob dem Fidesz mit Blick auf die Wahlen 2022 die Rolle in der Opposition wohl bekommen würde.

Welche Art von Blume wählen Sie, wenn Sie eine Dame Ihrer Bekanntschaft erfreuen möchten?

Meine Frau sagt, dass ich in diesem Metier nicht gut bin. (lacht) Wenn wir zum Beispiel zu einem Gast gehen, vertraue ich meistens dem Floristen an, einen schönen Strauß für die Gastgeberin zu machen. Manchmal entscheide ich mich jedoch. Mein Favorit ist die Rose, aber ich kaufe gerne etwas anderes, je nachdem, welche Art von Blume zum Anlass passt.

Die Dialog-Abgeordnete Tímea Szabó hat kürzlich einen Blumenstrauß von Ihnen erhalten, weil sie einer regierungsfreundlichen Rede ohne Zwischenruf zugehört hat, aber sie war mit der Wahl nicht zufrieden, sie fand, die blauen Nelken sahen verwässert aus. Was sagen Sie dazu?

Ich würde auf den letzten Satz meiner vorherigen Antwort zurückgreifen.

Auch in dieser Legislaturperiode wurde Ihr Verhältnis zur Opposition nicht besser. Die liberale Wochenzeitung HVG hat nachgerechnet: Seit 2013 verhängten Sie in 159 Fällen Geldbußen im Gesamtwert von 96 Mio. Forint, nur in den seltensten Fällen waren Politiker des Regierungslagers betroffen. Glauben Sie nicht, dass Sie auf diese Weise Werbung für die Opposition machen?

Das glaube ich schon wegen der genannten Summe nicht (umgerechnet ca. 275.000 Euro). Aber mal im Ernst: Natürlich bin ich mir vollständig im Klaren darüber, dass die Opposition das Ganze als Theater auffasst. Es geht ihr einzig darum, den Sitzungsleiter so gut es geht zu provozieren, um dann spannende Beiträge für die Welt der Sozialmedien präsentieren zu können. Würde ich jedoch über die skandalträchtigen Aktionen hinwegsehen, wäre das ein Negieren der Hausordnung. Über die aber habe ich gemeinsam mit den Vizepräsidenten des Parlaments zu wachen. Weder ist die Hausordnung zu streng, noch zeige ich mich zu rigoros. Manche Abgeordnete der Opposition sind einfach ungehobelt, frech und heimtückisch. Es ficht sie nicht an, dass sie mit ihrem Verhalten nicht nur sich selbst ins Lächerliche ziehen, sondern auch den Parlamentarismus an sich.

Die HVG sollte ihre Statistik getrost fortführen: Wie oft bitte schön stören Abgeordnete der Opposition Sitzungen durch Zwischenrufe und wie oft reklamiere ich dies? Da sitzen Politiker, die sich als Verteidiger der liberalen Demokratie aufspielen, die aber nicht bereit sind, abweichende Meinungen anzuhören.

Deshalb darf die Opposition aber doch zweierlei Maß monieren, wenn sich der Ministerpräsident über die Opposition lustig macht und dafür ungesühnt bleibt, wohingegen Jobbik-Chef Péter Jakab deftig zahlen muss, weil er Tamás Deutsch als einen Gecken bezeichnete.

Der Ministerpräsident ist sehr überlegt in seiner Wortwahl, Jakab aber verdiente, sanktioniert zu werden. Jemanden als geckenhaft einzuordnen, ist nun mal nicht die feine englische Art, zumal der gesamte Redebeitrag nur darauf hinauslief, Deutsch zu beleidigen.

Die letzten Sitzungstage vor der Sommerpause des Parlaments waren durch das Pro und Kontra um das neue Anti-Pädophilie-Gesetz geprägt. Wäre nicht die Einführung der chemischen Kastration der drastischste Schritt gewesen?

Tatsächlich hatten wir das erwogen, verwarfen diese Passage jedoch auf Vorschlag der Regierung. Es ging um die Behandlung von Sexualstraftätern, um Gesellschaft und Täter vor den tragischen Folgen ihrer krankhaften Triebe zu schützen, die sich anders kaum kontrollieren lassen. Die Einführung hätte allerdings komplizierte juristische und moralische Fragen aufgeworfen, auf die unsere Justiz noch nicht vorbereitet ist.

Ergänzt wurde das Gesetz jedoch um Passagen, die homosexuelle Propaganda verbieten. Sie selbst verglichen einst die Forderung gleichgeschlechtlicher Paare, Kinder adoptieren zu dürfen, mit Pädophilie. Sind Sie nun glücklich mit der neuen Rechtsnorm?

Wir haben eins der wichtigsten Gesetze der letzten zwölf Jahre verabschiedet. Damit kann ich zufrieden sein. Die EU-Spitzen sehen das wieder einmal ganz anders, für sie findet in Ungarn eine weitere Rechtsbeugung statt. Wäre ich naiv, könnte ich es damit abtun, ich wüsste nicht, wo ihr Problem liegt. Man muss sich schon anstrengen, um diesen irrationalen,

immer wieder in offenen Hass umschlagenden Zorn und diese Antipathien zu verstehen, die das Gesetz bei vielen westeuropäischen Politikern auslöst. Diesen grenzenlosen Hass verspürte ich erstmals in den 1990er Jahren bei Politikern des liberalen SZDSZ. Die Erklärung lag aber wohl auf der Hand: Sie hatten ein schlechtes Gewissen, nachdem sie die Regierung des Ex-Kommunisten Gyula Horn unterstützt hatten, weil sie damit ihre eigenen Prinzipien in den Staub traten. Den Fidesz wollten sie eigentlich schon ab 1992 liquidieren, doch 1998 übernahm dieser dann erstmals Regierungsverantwortung. Und zwar als eine nach dem Verrat des SZDSZ besonders erfolgreiche, moralisch vertretbare Alternative. Diese Frustration der Liberalen erlebe ich heute wieder bei manchen westlichen Politikern.

Was meinen Sie damit?

Es liegt gar nicht so lange zurück, dass die juristische Diskriminierung der Homosexuellen in Deutschland aufgehoben wurde. Bis ins Jahr 1994 fand sich diese selbst noch im Strafgesetzbuch. Im Jahre 1957 urteilte das Bundesverfassungsgericht, ohne diese Diskriminierung würde „die Homosexuellen nichts daran hindern, die ehelichen Beziehungen zu zerrütten“. Und weiter: „...überall, wo die Sodomie zugelassen wurde, führte das zum biologischen und moralischen Verfall der Gesellschaft.“ Sie haben also keine Grundlage für die Behauptung, sie hätten die naturgegebenen und die abartigen geschlechtlichen Beziehungen schon immer als gleichwertig betrachtet. Mittlerweile haben die Konservativen in Deutschland – und praktisch in ganz Westeuropa – ihre frühere Überzeugung aufgegeben und sich vollständig vom moralischen Sockel der christlichen Kultur losgelöst. Vor einigen Jahren gestattete Angela Merkel eine Abstimmung zur Ehe für alle, die sie als Gewissensfrage deklarierte. Wenngleich sie selbst nicht für deren Einführung stimmte, wandten sich jedoch die CDU-Abgeordneten gegen ihre einst hochgehaltenen Prinzipien.

Kurz gesagt: Ich verstehe die ganze Aufregung heute nicht. Als Ungarn 1994 den Antrag auf Aufnahme in die europäische Gemeinschaft stellte, und auch, als wir 2004 dann den EU-Beitritt vollzogen, ging es nirgendwo um irgendwelche LGBTQ-Rechte, oder darum, dass diese Rechte einen Teil der grundlegenden Menschenrechte ausmachen sollen. Es konnte keine Rede sein davon, dass wir uns moralisch damit zu identifizieren und in die Umerziehung unserer Kinder einzuwilligen hätten. Und es war keine Rede davon, dass man die christliche Urbevölkerung Europas auf dem Wege der massenhaften Ansiedlung von Menschen fremder Kulturen auszutauschen versucht. Hätte man uns gleich zu Beginn damit konfrontiert, wäre die ungarische Volksabstimmung vermutlich anders ausgegangen.

Wollen Sie damit sagen, Ungarn habe keinen Platz mehr in der EU?

Ungarn bleibt solange Mitglied der Union, bis diese zusammenbricht. Es mag unglaublich klingen, aber ich war mir 1988 – bei der Gründung des Fidesz – nicht sicher, ob ich den Abzug der Russen aus Ungarn und den Zusammenbruch der Sowjetunion noch erleben werde. Oder dass es in meinem Leben wirklich freie Wahlen geben wird. Heute aber habe ich das Gefühl, dass die Europäische Union in ihrer jetzigen Form ziemlich sicher aufhören wird zu existieren. Sie entwickelt sich in Wirtschaft, Gesellschaft, Geist und Moral einfach nicht nachhaltig. Immer lauter werden die Stimmen, die Parallelen zum Niedergang des Römischen Reiches sehen.

Wir Ungarn mussten vor kaum einhundert Jahren erleben und erleiden, wie es ist, wenn die Elite eines Imperiums den Bezug zur Realität vollkommen verliert, kein Gespür mehr für die wahren Probleme und Gefühle der Regierten hat, deren Werte und Interessen außer Acht lässt. So wie in der Habsburgermonarchie geschehen. Wir drücken nicht die Daumen, dass

die EU ein Ende findet – ganz im Gegenteil. Ich persönlich bin nicht davon überzeugt, dass für Ungarn besser wird, was danach kommt. Wenn man die letzten siebzehn Jahre auf die Waage legt, stellt die EU eine Konstruktion dar, welche die günstigsten Bedingungen und den größten Spielraum für die Vertretung der ungarischen nationalen Interessen bietet. Aber das trifft immer weniger zu, je aggressiver sie versuchen, ein neues atlantisches Imperium aufzuziehen.

Entweder erhebt sich die Normalität gegen den Wahnsinn, womit die Gemeinschaft zerfällt, oder die nächste Politiker-Generation versucht, von diesem Pfad abzugehen – sagten Sie vor einem halben Jahr. In welche Richtung entwickeln sich die Ereignisse?

Auf dem letzten Gipfel hat die informelle Führungsriege der EU Schritte in Richtung des Zerfalls unternommen. Es sieht ganz so aus, als ob selbst jene Politiker dem Wahn verfallen, die von Amts wegen nüchterne, wohl durchdachte Entscheidungen treffen müssten. Der Erfolg einer Politik, die sich an deklarierten Prinzipien und Werten ausrichtet, macht sie nervös. Dabei kannten sie diese Prinzipien und Werte einst selbst, lebten wohl auch danach und tun sich nun schwer mit ihrem Verrat. Sehr wahrscheinlich wurde auch der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte in einem anderen Geist erzogen. In einem Holland, dessen Parteipolitik vor vierzig Jahren noch stark von den Konfessionen geprägt war. Ganz bestimmt wollten auch seine Eltern eine Werteordnung vermitteln, doch hat er diese für seine politische Karriere hinter sich gelassen. In diesem vom liberalen Mainstream total vereinnahmten Umfeld, welches die westlichen Mitgliedstaaten der EU heute prägt, wird noch die kleinste Abweichung von der Norm hart bestraft. Da droht ein schnelles Ende der Politikerkarriere. Ich beneide diese Leute nicht.

Welche Chancen sehen Sie denn für eine Renaissance der europäischen Rechten, wie diese auch Viktor Orbán anstrebt?

Das Gesamtbild ist vielleicht doch nicht so hoffnungslos, wie ich das gerade eben dargestellt habe. Die italienische Linke wird schon wissen, warum man sich so krampfhaft an die Regierungsposition klammert, hinter der doch keine Mehrheit in der Gesellschaft steht. Die Rechte wird die Regierungsverantwortung in Italien übernehmen, ganz gleich, ob dies unter Führung von Giorgia Meloni oder von Matteo Salvini geschieht. Damit aber verschieben sich die Kräfteverhältnisse in Europa. Das Gleiche spielt sich in Frankreich ab. Dort tobt ein eskalierender Kampf zwischen Zentristen und Linksliberalen auf der einen sowie Radikalen und Nationalkonservativen auf der anderen Seite. Von diesem könnten die traditionellen Mitterrechtsparteien als lachende Dritte profitieren. Die Renaissance der Rechten wird de facto schon bei den nächsten Wahlen eintreten und sich nicht an Landesgrenzen halten, sondern das politische Klima ganz Europas beeinflussen.

Ist es für den Fidesz außerhalb der Europäischen Volkspartei nun besser?

Mich hat die Trennung nicht gefreut, aber die Lage war tatsächlich untragbar. Vertreter winziger Parteien, die mit bloßem Auge nicht wahrnehmbar sind, versuchten laufend, uns zu provozieren und zu demütigen. Ohne die Rückendeckung unserer deutschen Freunde hätten sie sich das nicht gewagt. Letztere wollten keinen offenen Konflikt mit einem Mitglied der V4-Gruppe, mit der Deutschland blühende Wirtschaftsbeziehungen unterhält. Wir fanden in vielen relevanten Fragen Übereinstimmung mit der CDU/CSU, also in Fragen von Belang, nicht bei an den Haaren herbeigezogenen LGBTQ-Problemen. Wegen der innenpolitischen Verhältnisse ließen sich die Konservativen von den Linken vorführen, die das Verhältnis zur souveränen Politik eines anderen Staates zum Wahlkampfthema machten. Für die CDU/CSU ging es nur mehr darum, nicht zur Zielscheibe der Medien zu

werden, deren Mitarbeiter offen zu drei Vierteln die Grünen unterstützen. So viel zur Medienvielfalt im Westen!

Mit dem Osten tut sich die Orbán-Regierung nicht so schwer. Da werden Großprojekte mit russischen und chinesischen Krediten aufgezogen. Der geplante Campus der Fudan-Universität sorgt für Widerstand. Brauchen wir diese Institution überhaupt?

Vor einem halben Jahr hätte ich die Frage unbeantwortet gelassen, aber da jetzt so ein Rummel darum gemacht wird, bin ich überzeugt, dass wir eine gute Entscheidung getroffen haben. Man kann leicht seine Fassung verlieren, wenn man die „Kritiken“ hört. Ich meine die Kritiken aus dem Ausland, denn was ein Ferenc Gyurcsány sagt, kann man gar nicht ernst nehmen. Der heutige DK-Vorsitzende kroch den Chinesen 2007 als Ministerpräsident auf dem Tiananmen-Platz noch in den Hintern. Heute warnt der gleiche Mann, Ungarn werde zur chinesischen Kolonie. Für die übrigen lamentierenden Oppositionspolitiker gilt das Gleiche: Sie handeln so, wie es ihre Auftraggeber von ihnen erwarten. Aber was ist mit jenen Ländern, deren Meinungsführer sich wegen des ungarischen Fudan-Ablegers echauffieren?

Sie machen sich lautstark Sorgen um Europas Sicherheit und wegen des wachsenden chinesischen Einflusses. Dabei sind es gerade ihre Länder, deren Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu China prosperieren. Im Hochschulwesen haben unendlich viele westliche Universitäten institutionelle Kontakte zu chinesischen Hochschulen geknüpft. Es gibt nur eine Erklärung, warum sie überhaupt zur Sprache bringen, dass Ungarn die Fudan-Universität ins Land holen will: Was sie sich selbst erlauben, soll die ungarische Regierung ohne ihre Zustimmung nicht tun dürfen.

Der Fidesz beschreitet seit 2010 von der Wirtschaftspolitik über die Gesellschaftspolitik bis hin zur Außenpolitik unkonventionelle Wege. Dies verstört jene westlichen Politiker, die sich an die willfährige postkommunistische Garnitur im Osten gewöhnt hatten. Das gilt besonders bei Interessenkonflikten. In der Vergangenheit hat die Führungselite dieser westeuropäischen Länder die Mitteleuropäer übrigens nie für voll genommen.

Der Westen hat diese Region immer nur als Beutegebiet angesehen – mit Ausnahme des Königreichs Ungarn, das man bis Trianon notgedrungen akzeptierte. Polen wurde dreimal aufgeteilt, ohne irgendwelche moralischen oder zivilisatorischen Bedenken. Obendrein geschah das regelmäßig mit einem als „barbarisch“ betrachteten, halbasiatischen Russland. Die vierte Annexion machten das Dritte Reich und die Sowjetunion untereinander aus. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden Polens Grenzen zweihundert Kilometer westwärts verschoben. Uralische Gebiete fielen den Sowjets zu, die Polen erhielten wiederum als Entschädigung die deutschen Ostgebiete. Millionen vertriebene Polen wurden dort angesiedelt, wo die Deutschen gehen mussten. Letztlich überließ der Westen ganz Mitteleuropa Stalin, was die Völker dieser Region quasi einem Kolonialherrscher zuordnete.

Wenn wir also vom moralischen Niedergang der EU-Eliten sprechen, muss man den Zweiten Weltkrieg als Ausgangspunkt verstehen. Damals verbündete sich der Westen gegen den Satan mit dem Beelzebub, und dieses Dilemma ist bis heute nicht verdaut. Und jedes Mal, wenn wir ihnen diesen Spiegel vorhalten, wenn wir mit der Stimme freier, unabhängiger Völker auftreten, verstoßen wir gegen eine Weltordnung, die von ihrem Primat handelt. Wenn ich mich recht entsinne, handelte die EU-Erweiterung einst von der „Wiedervereinigung“ Europas, nicht von der Annexion Mittel- und Osteuropas.

Im vorigen Jahr sagten Sie, die Parlamentswahlen 2022 werden kein Spaziergang. In Brüssel und in Übersee werden enorme Kräfte aktiviert, um den Ausgang der Wahlen zu beeinflussen. Was meinten Sie damit?

Wir müssen uns auf alles vorbereiten. Berlin und Washington haben bereits Bedarf angemeldet, sich über die Öffentlichkeit – denken wir nur an die ungarischsprachigen Sendungen von Deutscher Welle und Free Europe – in die ungarische Innenpolitik einzumischen. Dieses Prinzip und die damit einhergehende Logik und Arroganz stimmen nachdenklich. Was würden wohl die USA sagen, wenn etwa die V4-Gruppe bekanntgäbe, einen Radiosender für Amerika zu starten. Man würde uns mit dieser Idee zum Teufel jagen. In Deutschland würde man verschnupft auf die Stimme der „Ungarischen Welle“ reagieren, die den Deutschen erzählt, was wir von den Zuständen in diesem Land halten: von der an Diktaturen erinnernden Unterdrückung der Meinungsfreiheit, von Irrationalität und Doppelzüngigkeit der Energiepolitik, von der närrischen Rolle, die Deutschland – noch immer – spielt, um für lange zurückliegende Verbrechen zu büßen, indem man sich zum Vorkämpfer des extremen Liberalismus erklärt. Das Tragische ist, dass die Deutschen auch heute wieder mit dem gleichen blinden Fanatismus zur Sache gehen, wie in jenen Zeiten, die sie eigentlich vergessen machen wollten.

Verschiedene Dienste sind außerordentlich intensiv in Ungarn präsent. Sie werden kein Mittel scheuen, selbst wenn es illegal ist, um die Positionen der Regierungsparteien zu schwächen. Seit dem berüchtigten Fünfpunkteplan von Charles Gati zum Sturz des Fidesz aus dem Jahre 2012 machen sie kein Geheimnis mehr daraus.

Die Sexskandale von Zsolt Borkai und József Szájer haben gelinde gesagt kein gutes Licht auf den Fidesz geworfen. Wie würden Sie den moralischen Zustand Ihrer Partei einschätzen?

Was mit dem Oberbürgermeister von Győr geschah, hat uns alle betroffen gemacht. Durch seine nicht durchdachten und moralisch unakzeptablen Handlungen machte Zsolt Borkai ein Lebenswerk zunichte. (Der verheiratete Borkai wurde auf einer Yacht gefilmt, als er sich gerade über eine Prostituierte hermachte. / Anm.d.Red.) Aus seinem Blickwinkel ist das eine Tragödie, und jeder normale Mensch wird ihm dafür nicht mit Schadenfreude begegnen, sondern ihn bedauern. Im Falle von József Szájer verhält es sich ähnlich. Es ist schier unerklärlich, was in ihn gefahren sein musste, um so etwas zu tun. (Der Europaabgeordnete flog bei einer homosexuellen Sexorgie in Brüssel auf, die wegen des Corona-Notstands zudem illegal war. / Anm.d.Red.) Diese Tat war politisch schädlich für den Fidesz. Dessen ungeachtet respektiere ich die langjährigen Leistungen von Szájer als Abgeordneter, seine Rolle bei der politischen Systemwende und später als Jurist.

Diese Ohrfeigen haben aber auch positive Effekte mit sich gebracht. Wir mussten mit einem Dilemma fertigwerden, der Frage des Umgangs mit Leuten aus unseren eigenen Reihen, die das Gesetz oder moralische Normen gebrochen haben. Bloß gut, dass wir noch moralische Normen als Richtschnur besitzen! Es gibt mehrere Politiker der Linken, die sich ähnliche Delikte zuschulden kommen ließen. Nach wenigen Monaten im Abseits kehrten sie im Stile des früheren Ministerpräsidenten Gyula Horn zurück, der bei der Revolution 1956 auf junge Aufständische schoss und darauf nach der Wende angesprochen nur meinte: „Na und?“

Wäre der Fidesz nicht gut beraten, nach zwölf Jahren an der Regierung in die Opposition zurückzukehren?

Dem Fidesz könnte diese Rolle – zur Erholung – guttun, dem Land sicher nicht. Die jetzige Opposition hat keinerlei Vorstellungen, wie sie regieren will. Ihre markigen Ansagen sind für

die Wähler bestimmt, widersprechen sich aber immer wieder. Jeder darf in diesem Witzbündnis Aussagen tätigen, die genau auf die eigene Wählergruppe zugeschnitten sind. Sie vertrauen darauf, dass sie diese Wählerlager am Ende einfach addieren können. Wie daraus eine Wählermehrheit, geschweige denn eine regierungsfähige Kraft im Parlament entstehen soll, ist mir aber schleierhaft.

Jeder, der diese Leute vor 2010 regieren sah, weiß aus eigener Erfahrung, woran er ist. Aber wir brauchen gar nicht mehr so weit zurückzureisen auf der Zeitleiste. In jenen Städten, wo die Opposition die Kommunalwahlen vom Herbst 2019 gewann, jagt ein Skandal den anderen, reiben sich die „Bündnisparteien“ im internen Machtkampf auf, werden die von ihren Vorgängern erwirtschafteten Reserven aufgebraucht. Gewissermaßen als Ersatzhandlungen lassen sie sich die verrücktesten Ideen einfallen, von der BLM-Statue aus Plastik in Regenbogenfarben über sogenannte Bienen-Wiesen bis zu Radwegen, die einfach auf den Asphalt gepinselt werden und somit noch mehr Staus in Budapest provozieren. Natürlich können sich die Wähler auch für diese Alternative entscheiden, die Demokratie ist nun mal eine gefährliche Kiste. Nichtsdestotrotz haben die Ungarn nach 2010 auch 2014 und 2018 klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie vom Amoklauf der Gyurcsány-Regierung ein für alle Mal genug haben. Im linken Lager, das auch 2022 wieder von Ferenc Gyurcsány angeführt wird, hat sich rein gar nichts verändert.

Worin müsste sich eine eventuell wiedergewählte Fidesz-Regierung von der heutigen unterscheiden?

Jede Legislaturperiode birgt andere Herausforderungen. Im Jahre 2018 konnten wir das Coronavirus nicht voraussehen, genauso wenig wie 2014 die Invasion der Migranten. Letztere Herausforderung bleibt ungelöst, solange die EU nicht bereit ist zu einer klaren Ansage. Diese lautete – im Einklang mit dem Standpunkt der V4 –, die als Auslöser der Migration identifizierten Probleme an ihrem Ursprungsort anzupacken und die Außengrenzen der Gemeinschaft zu schließen. Nach dem Auszug der Amerikaner aus Afghanistan können wir nur noch beten, dass nicht neuerlich Menschenmassen nach Europa flüchten.

Aber auch das Coronavirus wird wohl nicht mehr aus unserem Leben verschwinden, vielmehr müssen wir uns auf regelmäßig wiederkehrende Pandemien einstellen. Der liebe Gott hat schon einen feinen Humor: Endlich konnte Ungarn nach einem Jahrhundert zu sich finden, unser Land erlebte ab 2010 eines der erfolgreichsten Jahrzehnte seiner Geschichte, da fällt die Welt um uns herum in sich zusammen. Nicht von ungefähr ist die Bedeutung der ungarischen Politik über jene Rolle hinausgewachsen, die sich aus der Größe und dem internationalen Gewicht des Landes eigentlich ableiten ließe.

Es wird gemunkelt, Sie gehörten beim Fidesz zu den Anwärtern auf das Amt des Staatspräsidenten. Würden Sie gerne ins Sándor-Palais wechseln?

Der Fidesz ist für viele äußere Betrachter ein merkwürdiges Konstrukt, das sich nur schwer deuten lässt. Ein Grund dafür ist, dass unsere Spitzenpolitiker ab einem gewissen Niveau fast ausnahmslos den Ehrgeiz vermissen lassen, um hohe Ämter zu buhlen. Das zeigte sich gleich bei der ersten Übernahme von Regierungsverantwortung 1998. Schon damals ging es nicht darum, wen man verdrängen musste, um einen Ministerposten besetzen zu können. Für uns stellte sich die Frage so, wer am besten geeignet sei, diese Aufgabe zu meistern.

Das Mandat von Staatspräsident János Áder läuft erst Anfang 2022 aus, noch ist die Zeit für offizielle Kandidaturen nicht reif. Würde man mich zum rechten Zeitpunkt hinsichtlich meiner Ambitionen fragen, hielte sich meine Begeisterung gewiss in Grenzen. Freilich hat

sich auch mein Freund János nicht um das Amt geschlagen. Er hat es aber schließlich doch angenommen, weil er dies als seine Pflicht verstand, die es zu erfüllen gilt. Das trifft für die meisten in unserem Fidesz-Bund zu: Wir drücken uns nicht vor der Verantwortung. Aber wie gesagt, sehe ich die Zeit für solche Gedankenspiele nicht gekommen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MANDINER](#) und danach in deutscher Übersetzung von Rainer Ackermann bei der [BUDAPESTRER ZEITUNG](#).

BUDAPESTER ZEITUNG Beide Medien sind Mitglieder in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

34) Ex-Jobbik-Chef Gábor Vona: „Ich bereue nichts“

19. 07. 2021



Gábor Vona,

ehemaliger Vorsitzender von Jobbik · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

Gábor Vona: „Ich schäme mich für viele Dinge, aber ich bereue nichts“

Die Ungarische Garde wurde als Reaktion auf Ferenc Gyurcsánys Umgang mit den Ereignissen von 2006 gegründet, erinnerte sich Gábor Vona in einem Interview mit [Blick](#). Der ehemalige Jobbik-Chef wies auch darauf hin, dass er sich für viele Dinge schämt, aber nichts bereut. Er blickt nicht gerne auf sein früheres Ich zurück, weil er es peinlich findet. Er sieht nun seine Verantwortung darin, dass jeder ohne Überprüfung in die Garde eintreten durfte. Vona sagte auch, dass er nicht den Wunsch hat, in die Parteipolitik zurückzukehren.

Gábor Vona trat nach seiner Niederlage bei den Parlamentswahlen 2018 als Vorsitzender von Jobbik zurück und kehrte der Parteipolitik den Rücken. In einem [Interview mit Blick](#)

bemerkte der ehemalige Parteivorsitzende, dass es nicht einfach ist, mit dem Namen Gábor Vona auf dem Markt zu bestehen. Der ehemalige Rechtsaußen-Politiker verriet, dass er nicht mehr so viel verdient wie als Politiker und seine Existenz als Fraktionsvorsitzender aufgeben musste. Während seiner anderthalb Jahrzehnte in der Politik wurde der ehemalige Jobbik-Führer für eine Reihe von Dingen kritisiert, unter anderem für die militante Ungarische Garde, die er anführte.

- Für viele Menschen ist die Ungarische Garde eine Erinnerung an eine rechtsextreme freie Gruppe, die gegen die Roma, Juden und Minderheiten in Ungarn im Allgemeinen gegründet wurde. Das stimmt nicht: Die Ungarische Garde wurde als Reaktion auf Ferenc Gyurcsánys Umgang mit den Ereignissen von 2006 gegründet“, erinnert sich Vona, der sich dafür verantwortlich fühlt, dass viele Nazis und Pfeilkreuzler zur Ungarischen Garde gelockt wurden und die Bewerber nicht gefiltert wurden.

In dem Interview erwähnt er auch, dass, obwohl das Lieblingsthema der frühen Jobbik „Zigeunerkriminalität“ war, es nie seine Position war, dass Zigeuner durchwegs Kriminelle seien:

- „Ich schäme mich für viele Dinge, aber ich bereue nichts.“

„Ich schaue nicht gerne auf mein früheres Ich zurück, weil ich es peinlich finde, aber ich will es auch nicht verleugnen, denn was ich durchgemacht habe, hat mir geholfen, für das einzustehen, wofür ich jetzt stehe: Wir müssen uns über Stammeskriege erheben.“

- sagte Vona, der meinte, er schwebe immer noch in der Nähe des öffentlichen Lebens, habe aber keine Lust, in die Parteipolitik zurückzukehren. Zumindest nicht im Moment. Der ehemalige Jobbik-Vorsitzende glaubt, dass die Sympathisanten der ehemaligen radikalen Partei ihn als Verräter sähen und wütend auf ihn seien, weshalb er nur minimalen Kontakt zu seinen alten Mitstreitern hat.

Der derzeitige Vorsitzende der Partei, Péter Jakab, hat Vona ebenfalls kritisiert, aber letzterer weigerte sich, darauf zu reagieren. „Ich möchte meine Eleganz behalten“, schloss Gábor Vona.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

35) Offensive gegen Ungarn

Von Álvaro Peñas

19. 07. 2021



Bildquelle: El Correo de España

Das am 15. Juni vom ungarischen Parlament verabschiedete Kinderschutzgesetz hat eine der größten Offensiven gegen die Regierung von Viktor Orbán ausgelöst. Das neue Gesetz löste eine Welle der Hysterie unter den Brüsseler Bürokraten und eine sofortige Reaktion der Kommissarin Vera Jourova aus, die seit langem die Messer gegen Ungarn und Polen wetzt und am 22. Juni ankündigte, dass sie ein Sanktionsdossier gegen Ungarn vorbereiten würde. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die das neue Gesetz „beschämend“ nannte, weil es Gespräche über Homosexualität in ungarischen Schulen verbietet, sagte, sie werde „die volle Macht der Kommission“ nutzen, um die Grundrechte der Europäer in Ungarn zu schützen. Offenbar sind LGBT-Gespräche für Kinder ein Grundrecht. Die größte Überreaktion kam jedoch vom niederländischen Premierminister und guten Freund der Familie Soros, Mark Rutte, der erklärte, dass die Ungarn in die Knie gezwungen werden sollten. Auf ungarischer Seite antwortete Justizministerin Judit Varga in einem Interview auf Radio Kossuth, dass „die Europäische Kommission mit Unterstützung des Europäischen Parlaments will, dass Ungarn LGBTQ-Aktivisten und -Organisationen in Kindergärten und Schulen zulässt, aber Ungarn will das nicht“, und betonte, dass das Gesetz keine europäischen Standards verletze. Doch egal, was die Ungarn sagten oder was im Gesetz stand, die Hexenjagd hatte bereits begonnen.



Alexander Soros und Mark Rutte

Natürlich wurde die Kampagne von den Mainstream-Medien enthusiastisch unterstützt, die das ungarische Kinderschutzgesetz schnell als „homophobes Gesetz“ bezeichneten. Die Rolle einer von Soros' Organisationen, der Civil Liberties Union for Europe, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für bürgerliche Freiheiten in der Europäischen Union einsetzt, ist bemerkenswert. Auf ihrer Website Liberties veröffentlichten Israel Butler und Valentin Toth am 15. Juni in der Rubrik „Empowerment“ einen Artikel, in dem sie darauf hinwiesen, dass es ein Fehler sei, von einem Gesetz gegen Pädophilie zu sprechen. Die Autoren raten, dass „Journalisten und Aktivisten einen Moment innehalten und über die Worte nachdenken sollten, die sie in ihren Berichten und Kampagnen verwenden“, d.h. sie belehren Journalisten darüber, welche Phrasen sie verwenden sollten, wenn sie über das ungarische Gesetz berichten, und dass sie das Gesetz nicht beim Namen nennen sollten. Drei Tage später begann das Nachrichtenportal hvg.hu das Gesetz als „homophobes Gesetz“ zu bezeichnen und erwähnte diesen Begriff innerhalb von 26 Stunden in neun Artikeln, und andere liberale Zeitungen begannen, dasselbe zu tun.

In der Zwischenzeit fügte Reporter ohne Grenzen (RSF) den ungarischen Premierminister Viktor Orbán zu seiner Liste der Regierungschefs hinzu, die die Pressefreiheit „[räuberisch](#)“ missachten, eine kleine Gruppe, zu der auch Jair Bolsonaro, der weißrussische Alexander Lukaschenko, Nicolas Maduro und Wladimir Putin gehören. In der [Rangliste](#) der Pressefreiheit 2021 platziert RSF Ungarn auf Platz 92, hinter Haiti und Lesotho, aber besser als Mauretanien und Guinea-Bissau. Angesichts dieser neuen Hetzkampagne wies [Judit Varga](#) darauf hin, dass die „Soros-,ex machina‘ wieder in Aktion ist“ und erinnerte an die riesigen Spenden von Soros' Stiftungen an RSF.

Eine tausendmal wiederholte Lüge ist keine Wahrheit, und die Wahrheit ist, dass es in Ungarn viele regierungsfeindliche Medien gibt und dass es keine Zensur gibt, etwas, dessen man sich in der Europäischen Union nicht rühmen kann. Im Juni beschloss die ungarische Regierung, für eine Anzeige in verschiedenen europäischen Zeitungen und Online-Medien zu zahlen, die sieben Schlüsselpunkte für die Zukunft der Europäischen Union enthält. Einige Zeitungen, wie Spaniens ABC, hatten kein Problem mit der Werbekampagne, aber 20 Medienunternehmen weigerten sich, sie zu veröffentlichen. Fünf begründeten ihre Entscheidung nicht einmal und der Rest verwies auf „redaktionelle Entscheidungen“. Ein weiteres Beispiel ist die Website POLITICO Europe, die sich weigerte, einen [Meinungsartikel](#) von Judit Varga über das Kinderschutzgesetz zu veröffentlichen.

Im Inneren werden ungarische LGBT-Organisationen wie die Labrisz Lesbian Association (Labrisz Leszbikus Egyesület), Háttér Társaság, Budapest Pride, die Transgender Association Transvanilla oder die Hungarian LGBTQ Association vom Soros-Netzwerk finanziert. Das ungarische Portal [Origo](#) hat die in den letzten Jahren gestiegenen Gelder zusammengestellt, die die Open Society Foundation (OSF) in diese Vereine gesteckt hat: Labrisz erhielt im Jahr 2019 11 Millionen Gulden, 25 Millionen Gulden gingen an Háttér Társaság und 6 Millionen Gulden an Budapest Pride. Mit diesem Geld werden nicht nur ihre Gehälter bezahlt, sondern auch die Gender-Ideologie gefördert. Ein gutes Beispiel dafür ist das Kinder-Märchenbuch „Märchenland ist für alle da“, das im September 2020 vom Verein Labrisz Lesbian veröffentlicht wurde. Ein homosexuelles Bilderbuch für Kinder, das laut dem vereinseigenen „Jahresbericht 2020“ mit rund 4,1 Millionen Forint, die vom OSF bezahlt wurden, redigiert, korrigiert und beworben wurde. Das Buch, das mit dem neuen Gesetz in Ungarn nicht das Licht der Welt hätte erblicken können, war laut ursprünglichem Untertitel für „Aktivitätspläne für Vorschul- und Grundschullehrer“ gedacht. Dies wurde später in „Aktivitätspläne für Lehrer“ geändert, wobei die Altersgruppe der Vorschulkinder angesichts der enormen Kontroverse, die dies auslöste, weggelassen wurde. Neben [Protestdemonstrationen](#) nannten alle möglichen Gruppen und Publikationen wie Élet és Irodalom (Leben und Literatur) das Buch „beschämend“.



Soros-Spenden an ungarische LGBT-Bewegung

Das Buch war die Grundlage für eines von zwei [Vertragsverletzungsverfahren](#), die Brüssel am Donnerstag gegen Ungarn eingeleitet hat. In der ersten, die auch Polen einschließt, geht es um die angebliche Verletzung von „LGBT-Rechten“. In der zweiten geht es darum, dass das Buch angeben muss, dass es „von traditionellen Geschlechterrollen abweichendes Verhalten darstellt“ und dass dies gegen die Meinungsfreiheit und sogar gegen die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken verstößt. Diese Verfahren müssen vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) geklärt werden, in einem Prozess, der Jahre dauern kann, aber die Wahrheit ist, dass diese Maßnahme, wie Ungarn zu Recht anmerkt, in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten fällt und dass die EU-Grundrechtecharta selber besagt, dass nur die Eltern das Recht haben, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. In der Zwischenzeit wird diese Kampagne weitergehen, eine weitere Offensive gegen Ungarn, und in geringerem Maße gegen Polen, als Teil des besonderen Krieges Brüssels gegen Länder, die sich weigern, ihre Souveränität aufzugeben und die globalistische ideologische

Achterbahn zu akzeptieren. Ein Krieg, in dem das Soros-Netzwerk eine zentrale Rolle spielt: durch die Beeinflussung oder Lenkung der Medien, durch den Einsatz „zivilgesellschaftlicher“ Gruppen zur Denunziation und Vorlage anklagender Beweise und durch seinen enormen Einfluss innerhalb der [Europäischen Kommission](#) und der [europäischen Justiz](#). Das Europäische Parlament hat bereits ein Einfrieren der versprochenen EU-Gelder gefordert, bis die Ungarn einlenken, aber die Kommission hat noch nicht die Mittel, um diese Drohung wahr zu machen. Die Offensive wird also in den Medien und in politischen Stellungnahmen weitergehen und mit dem Näherrücken der ungarischen Wahlen in weniger als einem Jahr noch zunehmen. Man kann nur hoffen, dass auch diesmal, wie bei allen früheren Gelegenheiten, Ungarn und Polen standhaft bleiben werden.

Quelle: [El Correo de España](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

36) Szeklerland: István Beke und Zoltán Szócs freigelassen

19. 07. 2021



Kundgebung der Hatvannégy Vármegye Jugendbewegung (HVIM) für István Beke und Zoltán Szócs aus Anlass des 168. Jahrestages des Ausbruchs der Revolution und des Unabhängigkeitskrieges von 1848-49 in Szekler Neumarkt (Kézdivásárhely), Siebenbürgen, am 15. März 2016 - Foto: Magyar Nemzet

Die wegen Terrorismus verurteilten Szekler István Beke und Zoltán Szócs wurden heute freigelassen, wie das Portal Erdély.ma aus mehreren zuverlässigen Quellen erfahren konnte. Eine positive Entscheidung in ihrem Fall war bereits Anfang Juni ergangen, als das

Gericht in Kronstadt (ungar. Brassó, rumän. Braşov) in erster Instanz entschied, dass Beke und Szócs freigelassen werden können, doch das Urteil war noch nicht endgültig.

István Beke und Zoltán Szócs hatten seit Mai 2020 Anspruch auf Bewährung. Seitdem haben sie vier Anträge auf Entlassung gestellt, und der zuständige Ausschuss des Gefängnisses hat in allen Fällen ihre Entlassung aufgrund ihres guten Verhaltens empfohlen.

Die bisherigen Anträge von István Beke wurden jedoch von den Gerichten abgelehnt. Zoltán Szócs wurde bereits bei zwei früheren Gelegenheiten vom Kronstädter Kreisgericht freigelassen, aber nach einem Einspruch der Staatsanwaltschaft hob das Kreisgericht das Urteil wieder auf, wie MTI früher berichtet hatte.

István Beke und Zoltán Szócs waren am 4. Juli 2018 vom Obersten Gericht in Bukarest wegen terroristischer Handlungen und Anstiftung zu solchen Handlungen zu fünf Jahren Haft verurteilt worden.

Die Urteile gegen die Anführer der Hatvannégy Vármegye Jugendbewegung (HVIM) in lösten unter den Ungarn in Siebenbürgen große Bestürzung aus, da das erstinstanzliche Gericht in Bukarest die meisten Argumente der Staatsanwaltschaft für unbegründet hielt und nur 11 bzw. 10 Monate Haft verhängte, dieselben Strafen, die sie bereits in Untersuchungshaft verbüßt hatten.

István Beke und Zoltán Szócs wurden jedoch von der rumänischen Staatsanwaltschaft gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus (DIICOT) angeklagt, weil die rumänischen Behörden aus ihren abgehörten Gesprächen und den in István Bekes Wohnung gefundenen Feuerwerkskörpern schlossen, dass sie 2015 geplant hatten, eine selbstgebaute Bombe auf dem Hauptplatz von Kézdivásárhely zu zünden, und zwar während einer Militärparade, die anlässlich des rumänischen Nationalfeiertags am 1. Dezember stattfand.

Die ungarische Öffentlichkeit in Siebenbürgen war von Anfang an der Meinung, dass die jungen Leute aus rein politischen Gründen verfolgt wurden. Nach ihrer Verhaftung protestierten die Menschen wochenlang in Neumarkt am Mieresch (ungar. Marosvásárhely, rumän. Târgu Mures). Nach ihrer endgültigen Verurteilung wurden mehrere außerordentliche Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt, die aber alle von den rumänischen Gerichten abgelehnt wurden.

Quelle: Erdely.ma

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER